



UH
252a

Universitätstätt Tübingen Verwaltungsbericht 1955-1960

Stadtarchiv
Tübingen
JM
252a
5

UM 252a15



UM
252a
5



Universitätsstadt Tübingen

Verwaltungsbericht 1955-1960

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen	6
Chronik für die Zeit v. 1. 1. 1955–31. 12. 1960	8
Bevölkerungsentwicklung	13
Straßenbenennungen	13
Unterbringung der städtischen Dienststellen	15
Der Gemeinderat und seine Ausschüsse	15
<i>I. Allgemeine Verwaltung</i>	
1. Hauptamt	18
2. Geschäftsstellen Lustnau und Derendingen	22
3. Stadtarchiv	22
4. Personalamt	23
5. Rechnungsprüfungsamt	28
<i>II. Finanzverwaltung</i>	
1. Stadtpflege	29
2. Stadtkasse	31
3. Steuerabteilung	31
4. Schulpflege	33
5. Liegenschaftsamt	38
<i>III. Sicherheits- und Ordnungsverwaltung</i>	
1. Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung	42
2. Standesamt	44
3. Wohnungsamt	44
4. Preis- und Sühneamt	45
<i>IV. Kulturamt</i>	<i>47</i>
<i>V. Sozialamt</i>	<i>54</i>
<i>VI. Baudirektion</i>	<i>57</i>
<i>VII. Schlacht- und Viehhof</i>	<i>82</i>
<i>VIII. Stadtwerke</i>	<i>85</i>



Gesamtherstellung: Druckerei Tübinger Chronik, Tübingen
Fotos: A. Brugger Umschlag; Gebr. Metz 88, 89, 90; H. Schwöbel 55, 66, 70, 83, 86; H. Wöckener 69; alle übrigen Bilder A. Göhner

Vorwort

Zum erstenmal seit meinem Amtsantritt am 3. Januar 1955 tritt die Stadtverwaltung mit einem umfangreichen Verwaltungsbericht an die Öffentlichkeit. Dieser reich illustrierte Band soll der Bürgerschaft von den außerordentlichen Bemühungen Kenntnis geben, die vom Gemeinderat und von der Stadtverwaltung unternommen wurden, um den gestiegenen Bedürfnissen unserer rasch wachsenden Stadt gerecht zu werden. Der Verwaltungsbericht zeigt die eigenartige historische Struktur unserer Stadt, er zeigt die besonderen Sorgen und Schwächen unseres Gemeinwesens, und er bittet um Verständnis bei der Bürgerschaft für die großen Aufgaben, die noch vor uns liegen.

Auch an dieser Stelle möchte ich meinen Mitbürgern herzlichen Dank sagen für das Vertrauen, das mir in den vergangenen sechs Jahren entgegengebracht wurde, und für die vielfältige Bereitschaft zur Mitarbeit, die ich die ganzen Jahre hindurch in so großem Maße spüren durfte. Mein Dank gilt ganz besonders den Mitgliedern des Gemeinderats, den ehrenamtlichen Vertretern der Bürgerschaft in den Ausschüssen und Beiräten des Gemeinderats, den Mit-

gliedern der Ortsausschüsse und den vielen ehrenamtlich Tätigen in den bürgerschaftlichen Gremien unserer Stadt. Unseren langjährigen Stadtdirektor und Bürgermeister Helmut Weihenmaier – den jetzigen Landrat von Freudenstadt – sowie seinen Nachfolger, Bürgermeister Eberhard Doege, vor allem auch unseren Stadtbaudirektor Richard Jäger darf ich ganz besonders in meinen Dank einbeziehen. Sie waren und sind mir erfahrene und loyale Helfer mit viel Initiative und Pflichtbewußtsein.

Ich danke meinen Mitarbeitern in der Verwaltung und den Betrieben unserer Stadt für ihre Pflichttreue. Ich habe die Gewißheit, daß sie sich alle in den kommenden Jahren mit derselben Hingabe bemühen werden, den Wünschen unserer Bürgerschaft gerecht zu werden und den Rang und das Ansehen unserer geliebten Universitätsstadt Tübingen zu erhalten und zu mehren.

Diesem Ziele soll auch meine ganze Kraft gewidmet sein.

G m e l i n
Oberbürgermeister

		Jahr der Ernennung	
Dr. von Bruns, Viktor	Professor der Medizin und der Chirurgie	1868	†
Dr. Gärtner, Gustav	Sanitätsrat	1890	†
Dr. von Schönberg, Gustav	Professor der Staatswissenschaften; Kanzler der Universität	1907	†
Theurer, Johannes	Fabrikant in Weehawken (USA)	1920	†
Rath, Hans	Staatsrat	1927	†
Frau Bosch, Anna		1934	†
Scheef, Adolf	Oberbürgermeister	1939	†
Dannenmann, Friedrich	Bauwerkmeister	1952	†
Löffler, Paul	Eisenbahn-Obersekretär i. R.	1952	†
D. Dr. Heim, Karl	Professor der Theologie	1954	†
Erbe, Otto	Diplom-Optiker, Fabrikant	1956	
Dr. Haering, Theodor	Professor der Philosophie	1957	

*Otto Erbe wird am 11. Juni 1956
Ehrenbürger der Stadt Tübingen*



*Übergabe der Ehrenbürgerurkunde
an Theodor Haering am 11. No-
vember 1957 – im Hintergrund der
langjährige Kulturreferent Dr. Hu-
ber*





Amtseinführung von Oberbürgermeister Gmelin am 3. Januar 1955

Chronik der Universitätsstadt Tübingen

für die Zeit vom 1. 1. 1955 bis 31. 12. 1960

1 9 5 5

- 3. 1. Amtseinführung von Oberbürgermeister Gmelin durch Regierungspräsident Dr. Walser
- 9. 1. Chorkonzert im Uhlandsaal anlässlich des 480jährigen Bestehens des Pauperats
- 12. 1. Walter Keilpflug, letzter Heimkehrer aus franz. Gewahrsam, eingetroffen
- 12./13. 1. Größte Hochwasserkatastrophe in Tübingen seit 130 Jahren
- 16./17. 1. Sturmtief braust mit 100 km/h durchs Neckartal
- 4. 2. Wahl von Professor Dr. Georg Eißer zum neuen Rektor der Universität für 1955/56
- 19. 3. Einweihung der Diözesansiedlung am Galgenberg mit 39 Wohneinheiten
- 21. 3. Neckarbettregulierung im Schwanzergebiet; Sportplätze und Schwanzerswiesen nunmehr hochwassersicher
- 29. 3. 1. Jahreshauptversammlung des neugegründeten Stadtverbands für Leibesübungen
- 31. 3. Einweihung der franz. Schule an der Galgenbergstraße, dadurch Freigabe des Wildermuth-Gymnasiums
- 5. 4. 1. Sportler-Ehrung durch Oberbürgermeister Gmelin
- 14.-22. 5. 4. Tübinger Musiktage
- 5. 6. Leichtathletik-Städtekampf Straßburg gegen Tübingen 107,5:107,5 Punkte
- 16. 6. Empfang des Heimkehrers Ludwig Griesinger durch den Oberbürgermeister
- 7. 7. Jungbürgerfeier
- 17.-24. 7. Jubiläumswoche der TSG Tübingen anlässlich des 110jährigen Bestehens

- 23. 7. Überschwemmungen in Lustnau
- 23. 7. 1. Sportmannschaft aus der Ostzone, Handball-Frauenmannschaft aus Babelsberg, bei der TSG Tübingen zu Gast. Empfang durch den Oberbürgermeister
- 3. 8. Begrüßung der Jugendgruppen aus Monthey (Schweiz) und Bougie (Nordafrika)
- 14. 9. Tod des Ehrenbürgers Paul Löffler
- 16.-18. 9. Empfang anlässlich der Tübinger Reitertage 1955 - Internationale Olympia-Reiter-Military
- 8. 10. Einweihung der neuen Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule in Derendingen
- 13. 10. Empfang amerikanischer Austauschstudenten
- 17. 10. 110 Jahre Weingärtner-Liederkrantz
- 23. 10. 90. Stiftungsfest des Silberbundes
- 23. 10. Einweihung des Gertrud-Bäumer-Hauses
- 24. 10. Wahl des Regierungsdirektors Helmut Weihenmaier vom Regierungspräsidium Nordwürttemberg zum neuen Stadtdirektor
- 25. 10. Indienststellung des Motorschiffs der Hamburg-Amerika-Linie „Tübingen“
- 26. 10. Empfang einer ungarischen Wirtschaftsdelegation
- 29. 10. 100 Jahre Uhlandgymnasium
- 30. 10. Die Evang. Martinskirche eingeweiht
- 7. 11. Gemeinderat stellt den Ortsbauplan „Feuerhägle“ fest
- 7. 11. 110 Jahre Tübinger Chronik
- 12. 11. Auszeichnung von 100 Bürgern beim Abschlußabend des Blumenschmuckwettbewerbs
- 27. 11. Tag der Treue: 12 Vermisstenamen auf der Ehrentafel an der Stiftskirchenmauer gestrichen
- 3. 12. Einweihung der Doppelturnhalle im Westen
- 13. 12. Bürgerversammlung in den oberen Sälen des Museums
- 15. 12. Bürgerversammlung in Lustnau
- 16. 12. Bürgerversammlung in Derendingen

1 9 5 6

- 12. 1. Großbrand bei der Firma Zanker
- 18. 1. Eintreffen des letzten Heimkehrers Eugen Schlauch
- 23. 1. Feststellung des Ortsbauplans Galgenberg-Ost mit 110 WE
- 28. 1. Besuch von Marshall Juin, Oberbefehlshaber der NATO-Truppen von Europa, in Tübingen
- 5. 2. Eröffnung des neuen Ausstellungsraums im Technischen Rathaus mit der Gedächtnisausstellung Friedrich Schütz
- 8. 2. Landesarbeitsgericht kommt nach Tübingen
- 26. 2. Einweihung der Carlo-Steck-Gedächtniskirche und des Louise-Poloni-Heimes
- 4. 3. Dr. Gebhard Müller und Erwin Geist in den Landtag gewählt
- 5. 3. Gemeinderat bewilligt Mittel zur Erstellung von Wohnungen für kinderreiche Familien
- 12. 3. Eröffnung der neuen Stadtbücherei in der Brunnenstraße
- 26. 3. Verabschiedung des Haushaltsplans 1956/57
- Getränksteuer fällt ab 31. 3. 1957 weg
- 5. 4. Wilhelm Schussen (Frick) im Alter von 82 Jahren gestorben
- 10. 4. Wiederwahl von Hermann Zahr zum Landrat
- 20. 4. Eröffnung der Ausstellung „Wir mahnen“
- 3. 5. Besuch einer Delegation aus Nord-Wales und Cheshire

- 5. 5. 5. Tübinger Musiktage
- 8. 5. Rektoratsübernahme durch Professor Dr. Otto Schindewolf
- 24. 5. Unwetter über dem Ammertal, Überschwemmung
- 9. 6. Jahreshauptversammlung der Friedrich-Hölderlin-Gesellschaft und Empfang durch die Stadt
- 11. 6. Ernennung von Otto Erbe zum Ehrenbürger
- 14. 6. 20 franz. Schüler treffen aus Chalons-sur-Marne zu einem dreiwöchigen Besuch in Tübingen ein
- 16. 6. 400. Stiftskirchenmotette
- 17. 6. Feier des 17. Juni: Ansprache von Ferdinand Friedensburg, Berlin
- 17. 6. Leichtathletik-Städtekampf Tübingen gegen Straßburg 109:108
- 2. 7. Empfang der Schüler aus Monthey
- 6. 7. Eintreffen der ersten Berliner Ferienkinder in Tübingen
- 9. 7. Besuch irakischer Professoren anlässlich einer Deutschlandfahrt
- 10. 7. Jungbürgerfeier im Museum
- 18. 7. Einweihung des neuen Strahleninstituts in Tübingen
- 23. 7. Gemeinderatsbeschluss über Erstellung eines Obdachlosenheims im Backofen
- 26. 7. Sänger des Uhlandbundes New York treffen in Tübingen ein (Konzert am 28. Juli)
- 29. 7. Begrüßung der International Folkmusik Society
- 12. 8. Württ. Turnspielmeisterschaften in Tübingen



Ungarn-Kundgebung - Redner Klaus Mehnert - 8. November 1956



Empfang des US-Botschafters Conant – im Hintergrund Mr. Langstaff und Gattin und der verstorbene Fahrer des OBM, August Gerstle



Besuch des französischen Botschafters und heutigen Außenministers Couve de Murville am 21. November 1957 im Rathaus

- 18. 8. Zimmereifachschule Kress 50 Jahre alt
 - 31. 8. Richtfest am Erweiterungsbau der Kläranlage
 - 31. 8. Baden-Württembergischer Malertag in Tübingen
 - 7. 9. Direktor der Univ.-Augenlinik Professor Dr. Wolfgang Stock 82jährig gestorben
 - 9. 9. Endkämpfe der Württ. Mannschaftsmeisterschaft im Tennis in Tübingen
 - 18. 9. Begrüßung von Dozenten und Studenten der Universität Siena (Italien)
 - 1. 10. Kindergarten Gartenstraße in Betrieb genommen
 - 10. 10. Begrüßung der Fulbright-Studenten
 - 13. 10. Amtseinführung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts, Dr. Rappenecker
 - 1. 11. Freigabe der letzten Wohnungen des Universitätsstadions und des Reithauses durch die französischen Streitkräfte
 - 11. 11. Gemeinderatswahl
Ergebnis der Gemeinderatswahl:
FDP: 9 Sitze; CDU: 7 Sitze; SPD: 6 Sitze; FWV: 4 Sitze; JSt.: 4 Sitze
 - 28. 11. Inbesitznahme des wieder frei gewordenen Justizgebäudes
 - 30. 11. Richtfest Erweiterungsbau Kepler-Gymnasium
 - 30. 11. Besuch des Kultur-Attachés bei der französischen Botschaft G. Deshusses
 - 7. 12. Richtfest der neuen Medizinischen Klinik
 - 14. 12. Richtfest der Schlachtviehmarkthalle
 - 18., 19., 20. 12. Bürgerversammlungen
 - 22. 12. Richtfest am Hochbehälter Heuberg
Turnwettkampf Tübingen gegen Zürich-Aussersiehl
- 1 9 5 7
- 7. 2. Eröffnung des Studentenwohnheims gegenüber der Universität
 - 17. 2. Einweihung des neuen Gemeindehauses in Lustnau
 - 21. 2. Aushändigung der ersten Wehrpässe in Tübingen
 - 15. 3. Besuch des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel

- 30./31. 3. Empfang anlässlich des ersten Springturniers der berittenen Garden von Württemberg
- 1. 4. Verabschiedung des Haushaltsplans 1957/58
- 9. 4. Baubeginn des Mädchenwohnheimes an der Schnarrenbergstraße (Jugendsozialwerk)
- 18. 4. Gedächtnisausstellung Tübinger Künstler
- 4. 5. Empfang anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Volkshochschule Tübingen
- 4. 5. Einweihung eines Verbindungshauses Luginsland
- 9. 5. Rektoratsübernahme durch Professor Dr. Rosenkranz
- 10.-17. 5. 6. Tübinger Musiktage
- 12. 5. Hagelschlag im Ammertal
- 26. 5. Empfang ungarischer Studenten
- 1. 6. Flugsportverein weiht neues Heim an der Schaffhausenstraße ein
- 15./16. 6. Empfang anlässlich des Treffens der Pommerschen Landsmannschaft, Landesgruppe Baden-Württemberg
Empfang anlässlich der Jahrestagung der Dante-Gesellschaft
- 16./17. 6. 100 Jahre Sängerkränz Derendingen
- 21. 6. Besuch von Sportstudenten aus Leicester (England)
- 26. 6. Besuch von General Dr. Hans Speidel
- 27. 6. Drei neue Institute eingeweiht:
Ökonomische Theologie
Institutum Judaicum
Evang.-Theol. Seminar
- 1. 7. Besuch amerikanischer Dozenten und Studenten
- 3. 7. Begrüßung der Austausch-Schüler aus Monthey und Aigle
- 3./4. 7. Gauturnfest in Lustnau
- 4. 7. Hitzewelle 35,2 Grad
- 9. 7. Jungbürgerfeier im Museum
- 13. 7. Eröffnung der Ausstellung „Plastik des Rokoko“
- 22. 7. Neue Kläranlage in Betrieb genommen
- 7. 8. Frauenhandballspiel Tübingen gegen Kopenhagen
- 29. 8. Besuch französischer Neuphilologen

- 5. 9. Beginn der Bauarbeiten für das Männerwohnheim Eberhard-/Stuttgarter Straße
 - 13./15. 9. Reitturnier CHI in Tübingen und Empfang durch die Stadt
 - 14. 9. Empfang der Vertreter der Stadt Monthey
 - 21. 9. Auszeichnung der Preisträger des Blumenschmuckwettbewerbs
 - 23. 9. 80 Jahre Tübinger Ruderverein
 - 9. 10. Empfang der Fulbright-Studenten
 - 11. 11. Feierliche Verabschiedung von Professor Dr. Haering aus dem Gemeinderat; Verleihung des Ehrenbürgerrechts und der Hölderlinplakette
 - 17. 11. 150 Jahre katholische Pfarrgemeinde, Weihe der neuen Glocken
 - 21. 11. Besuch des französischen Botschafters Couve de Murville
 - 7. 12. Eröffnung der Ausstellung: Tübinger Jugend verschönt Weihnachten
 - 11./12./13. 12. Bürgerversammlungen
 - 15. 12. Großfeuer im Sägewerk Fritz & Sohn
 - 22. 12. Weihnachtssingen der Pauper
- 1 9 5 8
- 16. 1. Hallenhandballspiel der Frauen: Tübingen gegen Slavoje-Prag
 - 28. 1. Richtfest für Erweiterung der Dorfackerschule Lustnau
 - 30. 1. Verabschiedung von Colonel Poupelin, Leiter der französischen Verbindungsstelle Tübingen
 - 31. 1. Der Tübinger Postgaul zieht zum letztenmal durch die Stadt
 - 7. 2. Großer Schneefall (52 cm) erfordert Katastropheneinsatz
 - 17. 2. Benennung der Westturnhalle in „Hermann-Hepper-Turnhalle“
Heimatabend der Tübinger Vereine und Heimatvertriebenenverbände

- 11. 3. Verleihung der Hölderlinplakette an Dr. Forderer anlässlich seines 70. Geburtstags
- 24. 3. Verabschiedung des Haushaltsplans 1958/59
- 28. 3. Richtfest am Galgenberg-Kindergarten
- 8. 4. Amtseinführung von Regierungspräsident Willi K. Birn
- 11. 4. Eröffnung der Ausstellung: Niederländische Graphik der Gegenwart
- 21. 4. Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs in Derendingen
- 25. 4. Richtfest am Männerwohnheim
- 28. 4. Beschluß des Gemeinderats über Einführung der 5-Tage-Woche
- 7.-27. 5. Ausstellung „Henry Moore“ in Tübingen
- 9. 5. Rektoratsübernahme durch Professor Dr. Vogt
- 9. 5.-18. 5. 7. Tübinger Musiktage
- 11. 5. Frauenhandball TSG Tübingen gegen ASUL Lyon 7:1
- 22. 5. Einweihung der Jugendlesestube der Stadtbücherei
- 27.-30. 5. Landpädagogischer Kongreß in Tübingen
- 13. 6. Besuch des Staatssekretärs Professor Dr. Gschntzer, Wien
- 14. 6. 7444 Studierende immatrikuliert
- 16. 6. Einrichtung der Ratstube als Mensa II
- 20. 6. Einweihung des neuerbauten AOK-Gebäudes an der Kastanienallee
- 23. 6. Richtfest für weitere Bauten der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere auf der Waldhäuser Höhe
- 28. 6. Besuch von Studenten aus Aix-en-Provence
- 30. 6. Besuch von Kindern aus Monthey und Aigle
- 3. 7. Landestagung der Liebhabergartenbauer
Stocherkahnrennen
- 4. 7. Ausspracheabend des Bürger- und Verkehrsvereins über Altstadtsanierung
- 9. 7. Jungbürgerfeier
Besuch des Sohnes des verstorbenen Ehrenbürgers Johannes Theurer aus USA
- 25. 7. Gründung des Kreiskuratoriums „Unteilbares Deutschland“
- 26. 7. Empfang italienischer Polizeibeamter

28. 7. Gemeinderatsbeschuß über Anlage einer Musterobstbaumanlage auf dem Bläsiberg
Begrüßung der Austauschschüler aus Durham (England)
4. 8. Verabschiedung von Colonel Renucci, Leiter der französischen Verbindungsstelle
18. 8. Begrüßung einer Gruppe der Deutschen Jugend aus Südafrika
29. 8. 50 Jahre „Tübinger Hütte“ im Montafon
9. 9. Empfang anläßlich der 46. Tagung der Orthopädischen Gesellschaft
12. 9. Erweiterungsbau des Kepler-Gymnasiums eingeweiht
15. 9. Begehung der Germanenstaffel durch den Gemeinderat
3. 10. Jahresversammlung des Landesverkehrsverbandes Württemberg
Landesdurchgangslager Stuttgarter Straße eingerichtet
21. 10. Die ersten 300 Flüchtlinge treffen im Landesdurchgangslager ein
22. 10. Tübingen an die Bodenseewasserversorgung angeschlossen
29. 10. Besuch Berliner Jugendleiter
1. 11. Verwaltungsgerichtshof von Bebenhausen nach Sigmaringen umgezogen
9. 11. 130. Stiftungsfest des „Sängerkranz Harmonie“
11. 11. Begrüßung von Mitgliedern der Moralischen Aufrüstung
15. 11. Richtfest am Erweiterungsbau des Geologischen Instituts
16. 11. Investitur von Dekan Epting
21. 11. Richtfest des Astronomischen Instituts auf der Waldhäuser Höhe
22. 11. Einweihung des Friedrich-Bodenschwingh-Männerwohnheims
10. 12. Finnische Gäste besuchen Tübingen
- 1 9 5 9
7. 1. Bürgerversammlung in Lustnau
9. 1. Bürgerversammlung in Derendingen
9. 1. Einweihung des Kindergartens am Galgenberg
17. 1. Besuch des französischen Botschafters François Seydoux de Clausonne
29. 1. Einweihung des Neubaus des Staatlichen Gesundheitsamtes an der Kastanienallee
13. 2. Eröffnung der Ausstellung „Der deutsche Holzschnitt“
15. 2. Empfang anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Bundes der vertriebenen Deutschen – Landesgruppe Baden-Württemberg
20. 2. Einweihung des Neubaus des Philosophischen Seminars
6. 3. Abriß eines Teils des Gebäudes der Herberge zur Heimat
10. 3. Stadtrat Karl Klett gestorben
- 11./12. 4. Montheysaner Tage in Tübingen
13. 4. Verabschiedung des Haushaltsplans 1959/60
- 22.–25. 4. Westdeutsche Chemie-Dozententagung
27. 4. Chemikertreffen der Universitäten Tübingen und Lyon
3. 5. Rektoratsübernahme durch Professor Dr. Bachof
4. 5. Neuer Feuerwehrkommandant Paul Waiblinger

27. 5. Einweihung des Erweiterungsbaues des Paul-Lechler-Krankenhauses
31. 5. 3. Internationales Frauenleichtathletiktreffen der TSG Tübingen 1845
- 4.–11. 6. 8. Tübinger Musiktage
5. 6. Einweihung des Erweiterungsbaues der Dorfackerschule Lustnau
Richtfest am Staatlichen Fernheizwerk II auf dem Schnarrenberg
10. 6. Empfang des italienischen Botschafters Quaroni
- 12.–15. 6. Tübinger Tage in Monthey
17. 6. Feier des 17. Juni – Ansprache von Arno Scholz, Berlin
1. 7. Landratsamt bezieht neues Haus in der Doblerstraße
2. 7. Begrüßung der Orsa-Volkstanzgruppe (Schweden)
4. 7. Mr. Curran, bisheriger Leiter des Amerika-Hauses, verabschiedet sich
7. 7. Jungbürgerfeier im Museum
11. 7. Empfang anläßlich der 5. Landeskunstaussstellung des Künstlerbundes Baden-Württemberg
12. 7. Eröffnung der Landeskunstaussstellung im Rittersaal
13. 7. Staubfreie Müllabfuhr in Betrieb genommen
22. 7. Mr. Chapman neuer Leiter des Amerika-Hauses
27. 7. Bezug des neuen Waldheims „Spatzennest“ bei Pfrondorf
27. 7. Gemeinderat genehmigt 1. Nachtragshaushaltsplan 1959
28. 7. Bürgerversammlung in der Hermann-Hepper-Turnhalle
1. 8. 100-Jahrfeier der AV Guestfalia
10. 8. Neckar wird abgestaut wegen Reparaturarbeiten an den Walzen des Stauwehrs
4. 9. Verbesserte und verbreiterte Einmündung Grabenstraße/Wilhelmstraße dem Verkehr übergeben
19. 9. Preisverteilung an 217 Teilnehmer des Blumenschmuckwettbewerbs
21. 9. Gemeinderatsbeschuß über Einführung des Lochkartensystems
25. 9. Beginn der Bauarbeiten am Omnibusbahnhof
3. 10. Einweihung des „Platzes der Stadt Monthey“
12. 10. Besuch von Professor Albert Schweitzer
16. 10. Richtfest am Studentenwohnheim Geigerle
26. 10. Landespressekonferenz in Tübingen; Information durch Oberbürgermeister Gmelin über die Probleme der Stadt
30. 10. Heimatabend in der Hermann-Hepper-Turnhalle
8. 11. Gemeinderats- und Kreistagswahl
20. 11. Richtfest an 48 GSW-Wohnungen im Feuerhäggle
14. 12. Zehn-Jahresfeier der Deutsch-Italienischen Gesellschaft
25. 12. Frau Zundel stiftet 150 000 DM für einen Kindergarten in Lustnau
- 1 9 6 0
13. 1. Eröffnung der Ausstellung „Tübinger Kulturdokumente“
20. 1. Bürgerversammlung in Lustnau
21. 1. Bürgerversammlung in Derendingen
- 1.–6. 2. Gesamtdeutsche Woche in Tübingen
10. 2. Eröffnung einer „Südsee-Ausstellung“
18. 2. Besuch des französischen Botschafters François Seydoux de Clausonne

22. 2. Verabschiedung der 2. Nachtragshaushaltssatzung 1959 durch den Gemeinderat
11. 3. Eröffnung der Ausstellung „Französische Graphik des 20. Jahrhunderts“
17. 3. Tod des ehemaligen Stadtrats Eugen Friesch
11. 4. Verabschiedung des Haushaltsplans 1960
12. 4. Wahl von Bürgermeister Weihenmaier zum Landrat in Freudenstadt
- 25./26. 4. Frühjahrstagung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung
1. 5. Maifeier auf dem Marktplatz: Redner MdL Erwin Geist
7. 5. Rektoratsübernahme durch Professor Dr. Alfred Nitschke
15. 5. Wahl der Stadträte Prof. Dr. Erbe, Krauß und Geist in den Landtag
27. 5. Richtfest am Luise-Wetzel-Stift
30. 5. Verleihung der Tübinger Medaille in Silber an Bürgermeister Weihenmaier als Abschiedsgeschenk
1. 6. Besuch von Professoren der Universität Aix-Marseille auf dem Rathaus
- 11./12. 6. 9. Liederfest des Uhlandgau-Sängerbundes
19. 6. Einweihung des CVJM-Heimes Derendingen
23. 6. 5. Tübinger Stocherkahnrennen
1. 7. Auflösung des Flüchtlingslagers an der Stuttgarter Straße
1. 7. Besuch von Kindern aus Monthey
4. 7. Besuch des Evangelischen Stifts durch Alt-Bundespräsident Prof. Heuss
5. 7. Begrüßung von amerikanischen und schweizerischen Gästen auf dem Rathaus
8. 7. Jungbürgerfeier
- 16.–23. 7. Sommerfest
20. 7. Gedenkstunde zum 20. Juli
22. 7. Einweihung des Studentenwohnheims im Geigerle
25. 7. Wahl des Oberbürgermeisters Doege (Freudenstadt) zum neuen Bürgermeister
11. 8. Empfang für ausländische Germanisten auf dem Rathaus
26. 8. 100. Todestag von Friedrich Silcher, Gedenkfeier am Grab
27. 8. Besuch des St. Gallener Gemeinderats in Tübingen
- 1.–4. 9. Deutsche Turnspielmeisterschaften in Tübingen
3. 9. Enthüllung einer Gedenktafel am Rathaus zur Erinnerung an die Wiedergründung des Deutschen Turnerbundes am 1. 9. 1950
- 10./11. 9. Deutsch-französisches Reitturnier bei der Hindenburgkaserne
10. 9. Einweihung des neuen Zahnärztheuses an der Wilhelmstraße
11. 9. Tag der Heimat: Redner Dozent Dr. Besson
- 13.–16. 9. Deutscher Pfarrertag in Tübingen
- 15./16. 9. Besichtigungsreise des Gemeinderats ins Bodenseegebiet
19. 9. Eröffnung des neuerbauten Sportheims des TSV Lustnau
26. 9. Amtseinführung von Bürgermeister Doege
30. 9. Empfang anläßlich der Tagung des Witiko-Bundes auf dem Rathaus
15. 10. Empfang anläßlich der Tagung des Werbefachverbands auf dem Rathaus
- 18.–23. 10. Feierliche Besiegelung der Städtefreundschaft Aix-Tübingen in Aix-en-Provence

19. 10. Tod des Rektors der Universität Professor Dr. Alfred Nitschke
- 28.–30. 10. Bundestagung des Kinderschutzbundes in Tübingen
2. 11. Verkaufsmesse des „Schwäbischen Frauenfleißes“
6. 11. Landrat Zahr wird 65 Jahre alt
17. 11. Besuch des Apostolischen Nuntius Bafile im Wilhelmstift
15. 12. Bürgerversammlung im Museum
23. 12. Inbetriebnahme des Omnibusbahnhofs

Bevölkerungsentwicklung

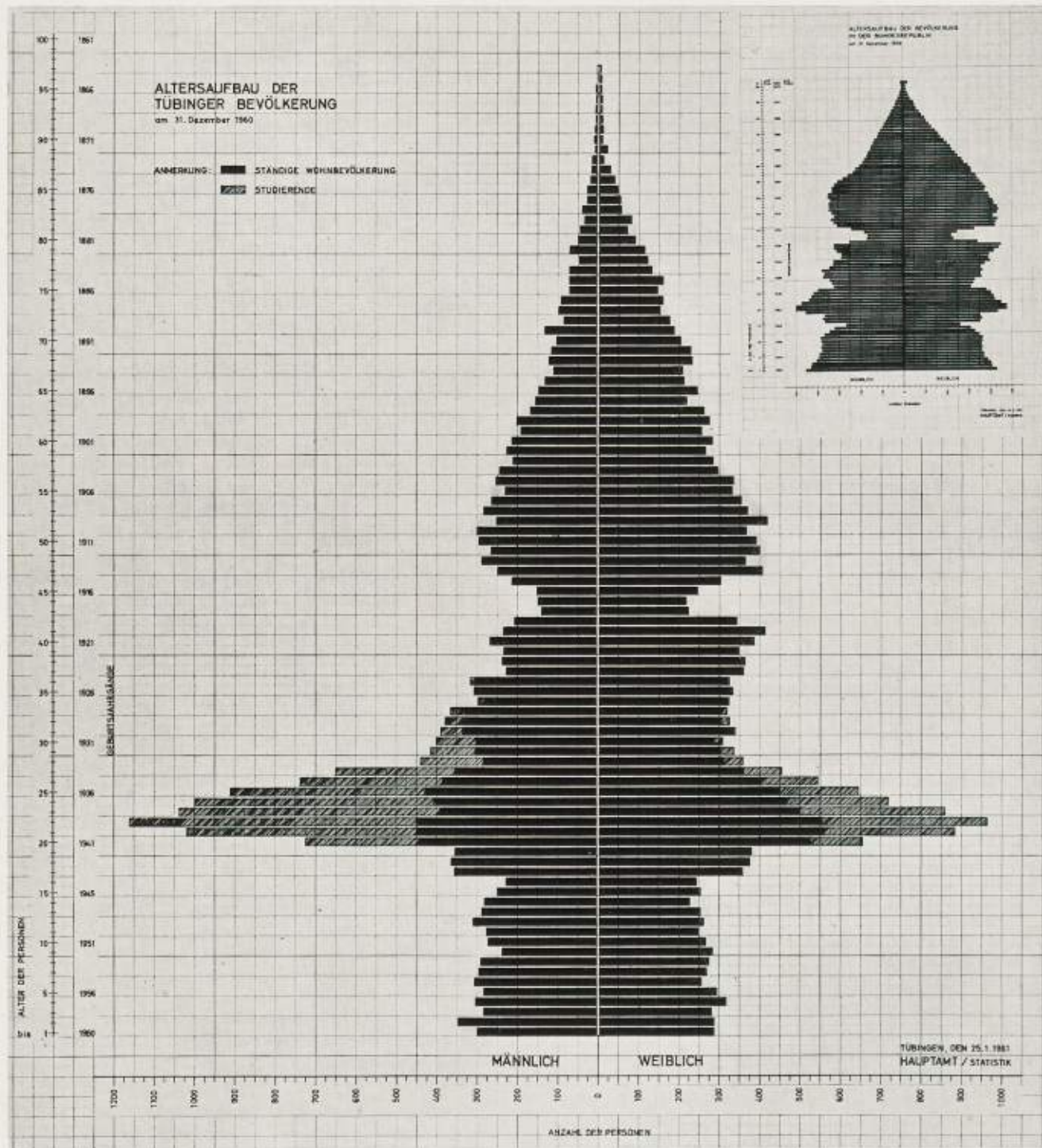
Stichtag	Einw.-Zahl	
16. 6. 1925	21 259	Volkszählung
16. 6. 1933	28 686	Volkszählung (unter Berücksichtigung des Zuwachses von 5429 Einwohner durch die Eingemeindung der Vororte Lustnau und Derendingen und des Weilers Waldhausen im Frühjahr 1934)
17. 5. 1939	a) 30 418 b) 28 459	a) = Wohnbevölkerung b) = Ständige Bevölkerung (ohne Wehrmacht)
29. 10. 1946	34 354	Volkszählung
13. 9. 1950	37 506	Volkszählung
31. 12. 1951	40 400	Fortschreibung
31. 12. 1952	41 562	Fortschreibung
31. 12. 1953	42 765	Fortschreibung
31. 12. 1954	45 182	Fortschreibung
31. 12. 1955	46 163	Fortschreibung
25. 9. 1956	44 264	Kleine Volkszählung i. V. mit der Wohnungsstatistik 1956/57
31. 12. 1956	45 093	Fortschreibung
31. 12. 1957	46 288	Fortschreibung
31. 12. 1958	47 787	Fortschreibung
30. 6. 1959	49 175	Fortschreibung
31. 12. 1959	49 328	Fortschreibung
31. 12. 1960	50 650	Fortschreibung

Der Anteil der Vertriebenen und Zugewanderten an der Wohnbevölkerung nach dem Stand vom 31. 12. 1959 beträgt 10 630 Personen, das sind 21,5 %.

Straßenbenennungen

In den Jahren 1955–1960 sind nachstehende Straßenbenennungen durch den Gemeinderat beschlossen worden:

Straßennamen	benannt am	nach
Am unteren Herrlesberg	9. 7. 1956	dem Gewand
Bei der Ochsenweide	24. 9. 1956	dem Gewand
Bohnenbergerstraße	22. 2. 1960	dem Astronomen Prof. Dr. Bohnenberger



Christian-Laupp-Straße	8. 12. 1958	Altschultheiß Christian Laupp	Görlitzer Weg	13. 6. 1960	der Stadt Görlitz
Damaschkeweg	5. 12. 1960	dem Führer der Bodenreformbewegung Adolf Damaschke	Hagellocher Weg	7. 5. 1956	der Gemeinde Hagelloch
Enno-Littmann-Straße	24. 5. 1956	dem Universitätsprofessor Dr. Enno Littmann	Hofmeisterstraße	8. 10. 1956	dem Universitätsprofessor Hofmeister
Farrenbergstraße	8. 12. 1958	dem Gewand	Iglerslohstraße	27. 7. 1958	dem Gewand
Geisweg	13. 6. 1960	dem Gewand	Im Feuerhägle	8. 12. 1958	dem Gewand
			Im Schwanzer	9. 7. 1956	dem Gewand
			In der Weißheit	14. 10. 1957	dem früheren Feldwegnamen

Kolberger Weg	12. 9. 1960	der Stadt Kolberg
Kusterdinger Straße	9. 7. 1956	der Gem. Kusterdingen
Lieschingstraße	22. 2. 1960	dem früheren württ. Finanzminister Theodor Liesching
Matthias-Koch-Weg	24. 9. 1956	dem Heimatdichter Matthias Koch
Memelweg	24. 9. 1956	Memelland
Niethammerstraße	8. 10. 1956	Professor Dr. Emil Niethammer
Ob der Grafenhalde	21. 11. 1960	dem Gewand
Otfried-Müller-Straße	10. 2. 1958	Universitätsprofessor Dr. Otfried Müller
Paul-Ehrlich-Straße	7. 7. 1958	Nobelpreisträger Paul Ehrlich
Paul-Löffler-Weg	24. 9. 1956	dem verstorb. Ehrenbürger Paul Löffler
Platz der Stadt Monthey	27. 7. 1959	der Stadt Monthey (Schweiz)
Raichbergstraße	8. 12. 1958	dem Raichberg
Röntgenweg	24. 5. 1956	Wilhelm Konrad Röntgen, Entdecker der nach ihm benannten Strahlen
Roßbergstraße	8. 12. 1958	dem Roßberg
Salzwasenweg	24. 9. 1956	dem Gewand
Scheefstraße	8. 6. 1959	Oberbürgermeister Scheef
Schlachthausstraße	24. 9. 1956	—

Sudetenstraße	24. 9. 1956	dem Sudetenland
Tilsiter Weg	10. 2. 1958	der Stadt Tilsit
Vöchtingstraße	8. 10. 1956	Professor Hermann Vöchting
Wächterstraße	24. 9. 1956	Professor Georg Wächter
Wennfelder Garten	7. 5. 1956	dem Gewand
Wilhelm-Schussen-Weg	24. 9. 1956	dem Heimatdichter Wilhelm Schussen
Wolfgang-Stock-Straße	8. 10. 1956	Professor Dr. Wolfgang Stock, Gemeinderat

Räumliche Unterbringung der städtischen Dienststellen

Nachstehende städt. Dienststellen der Stadtverwaltung sind wegen Raummangels im Rathaus in folgenden Gebäuden im Stadtgebiet untergebracht:

Baudirektion	} in der Brunnenstraße 3 (Technisches Rathaus)
Stadtbücherei	
Amt für öffentl. Ordnung	} im Wierngäßle 1 (Silberburg)
Wohnungsamt	
Einwohnermeldeamt	} in der Schulstraße 3-5 auf dem Gottesacker 4
Adrema	
Sozialamt	} Uhlandstraße 30 (Keplergymnasium)
Friedhofverwaltung	
Städt. Sammlungen und Teile des Archivs	} in der Schlachthausstraße 11
Schlacht- und Viehhof	
Städt. Freibank	} in der Haaggasse 35
Stadtwerke	
Kraftwerk Tübingen GmbH	} in der Nonnengasse 19
Geschäftsstelle des Vororts Lustnau	
Geschäftsstelle des Vororts Derendingen	} in der Steige 14
	} in der Sieben-Höfe-Straße 11



Der unvergessene Stadtrat Karl Klett – Oberbürgermeister Gmelin

Der Gemeinderat und seine Ausschüsse

Nach § 25 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. 7. 1955 besteht der Gemeinderat aus 30 auf 6 Jahre gewählten Gemeinderäten. Auf Grund der alle drei Jahre stattfindenden Ergänzungswahl des Gemeinderats, die letztmals am 8. November 1959 durchgeführt wurde, ergibt sich folgende derzeitige Zusammensetzung des Gemeinderats:

Amtszeit bis Ende 1962	Amtszeit bis Ende 1965
------------------------	------------------------

Freie Demokratische Partei

Stadträtin Dr. Bohnet	Stadtrat Prof. Dr. Erbe
Stadtrat Brack	Stadtrat Göhner
Stadtrat Dannemann	Stadtrat Grauer
Stadtrat Endriss	Stadtrat Märkle
Stadtrat Hepper	Stadtrat Weber

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stadtrat Geist Stadtrat Dr. Goeßler
 Stadtrat Lang Stadtrat Schittenhelm
 Stadträtin Rieth Stadtrat Schuster
 Stadtrat Schmid Stadtrat Vödich

Christlich-Demokratische Union

Stadtrat Höhle Stadträtin Dr. v. Dadelsen
 Stadträtin Kerridge Stadtrat Krauß
 Stadtrat Riekert Stadtrat Lutz
 Stadtrat Dr. Weng

Wählergemeinschaft Junge Stadt e. V.

Stadtrat Scheible Stadtrat Kentner
 Stadtrat Zwirner Stadtrat Lindner
 Stadtrat Steinbacher

Ehrenamtliche Stellvertreter des Oberbürgermeisters:

FDP: Stadträtin Dr. Bohnet SPD: Stadtrat Vödich
 CDU: Stadtrat Krauß JSt: Stadtrat Zwirner

Fraktionsvorsitzende:

FDP: Stadtrat Endriss SPD: Stadtrat Lang
 CDU: Stadtrat Dr. Weng JSt: Stadtrat Kentner

Durch die Hauptsatzung sind ferner folgende Ausschüsse gebildet worden:

- a) *Beschließende Ausschüsse*
- Verwaltungsausschuß
- Sozialausschuß
- Kulturausschuß
- Ausschuß für Grundstücksschätzungen
- b) *Beratende Ausschüsse und Beiräte*
- Ortsausschuß Lustnau
- Ortsausschuß Derendingen
- Rationalisierungsausschuß
- Verkehrsbeirat

Verteilungsbeirat für Baudarlehen
 Sachverständigenbeirat für Werbeeinrichtungen
 Gutachterbeirat für besondere Fragen der Stadtgestaltung
 Beirat für Friedhofangelegenheiten

Die Aufgaben, über die der Gemeinderat und seine Ausschüsse zu beraten und zu beschließen hatten, sind in den letzten sechs Jahren nicht geringer und einfacher, sie sind eher größer und schwieriger geworden. Hier soll deshalb nur ersichtlich gemacht werden, wie oft das Plenum des Gemeinderats und der Verwaltungsausschuß in Sitzungen getagt und wieviel Beratungsgegenstände dabei zu erledigen waren:

Jahr	Gemeinderat		Verwaltungsausschuß	
	Zahl	Beratungs- punkte	Zahl	Beratungs- punkte
1955	27	705	25	745
1956	30	689	20	415
1957	25	520	20	450
1958	23	600	22	370
1959	25	483	23	353
1960	22	433	23	448

Neben diesen Sitzungen hat der Gemeinderat in der Berichtszeit eine große Zahl von Besichtigungen allgemeiner und spezieller Art in und außerhalb Tübingens durchgeführt. Welcher Zeitaufwand für die einzelnen Mitglieder des Gemeinderats für diese Vielzahl von Sitzungen notwendig ist, vermag man nur zu beurteilen, wenn man sich die Mühe macht, die Zeitdauer der einzelnen Sitzungen zusammenszurechnen. Ein Gemeinderatsmitglied, das dem Gemeinderat und gleichzeitig auch dem Verwaltungsausschuß angehört, muß allein für die Sitzungen etwa 240 Stunden im Jahr zur Verfügung stehen, das sind umgerechnet etwa 30 Acht-Stunden-Tage. Man kann daraus ersehen, daß die Bürger, die sich für das Ehrenamt eines Gemeinderats zur Verfügung stellen, nicht nur bereit sein müssen, Mitverantwortung für das kommunale Geschehen zu übernehmen, sondern daß sie auch einen erheblichen Teil ihrer Freizeit opfern müssen. Dazu kommt noch der erhebliche Zeitaufwand für Beratung von Bürgern usw.



Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Gemeinderats 1956



Gemeinderatssitzung 1957

I. Allgemeine Verwaltung

Hauptamt

Aus der vielseitigen Arbeit des Hauptamts in den zurückliegenden sechs Jahren ragen vor allem zwei große Gebiete heraus, die von besonderer Bedeutung sind, nämlich die Rationalisierung der Verwaltung und die Überarbeitung des Ortsrechts.

a) Rationalisierung der Verwaltung

Wirtschaftlichkeit ist heute nicht mehr nur eine Angelegenheit der Fertigungsbetriebe, sondern sie muß überall gefordert und gefördert werden, wo Menschen arbeiten. Auch die öffentliche Verwaltung kann daher nicht umhin, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um ihre Aufgaben schneller, besser und wirtschaftlicher zu erledigen. Von dieser Erkenntnis getragen, hat das Hauptamt im Jahre 1956 begonnen, sich intensiv mit der Frage der Rationalisierung der Verwaltung zu befassen.

Voraussetzung und Teil einer umfassenden Rationalisierung ist eine zweckmäßige Gliederung der Verwaltung. Diese Aufgabe mußte daher zwangsläufig am Beginn der Bestrebungen zur Rationalisierung der Stadtverwaltung stehen.

Im Oktober 1957 wurde nach umfangreichen Vorarbeiten der *Aufgaben- und Verwaltungsgliederungsplan* der Stadt Tübingen in Kraft gesetzt. Die beiden Pläne wurden unter Berücksichtigung der modernen Erkenntnisse auf dem Gebiet der kommunalen Verwaltungsorganisation erstellt. Während der Aufgabengliederungsplan – wie schon sein Name sagt – auf den Aufgaben der Stadt aufbaut und sie nach ihrer Art, Artverwandtschaft und Zweckbestimmung mit dem Ziele einer Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zusammenfaßt, zieht der Verwaltungsgliederungsplan die organisatorischen Folgerungen aus dieser Aufgabenverteilung, indem in ihm für jede Aufgabengruppe eine Einzelverwaltung, für jede Aufgabengruppe ein Amt und für große Aufgabenuntergruppen eine Abteilung gebildet wird.

Die Pläne, die von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln ihren Mitgliedsstädten im gesamten Bundesgebiet als Muster vorgestellt wurden, haben sich schon nach kurzer Zeit gut bewährt. Sie haben dazu beigetragen, daß die gesamte Verwaltung zu einem nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeitenden und von einem einheitlichen Willen durchdrungenen funktions- und anpassungsfähigen Verwaltungskörper wurde.

Kurze Zeit nach dem Erlaß dieser Pläne wurde zu ihrer folgerichtigen Ergänzung eine neue *Zuständigkeitsordnung* für den gesamten Bereich der Verwaltung erlassen. Hierin sind die Zuständigkeiten für die Befugnisse und Entscheidungen der einzelnen Ämter und Abteilungen numerativ festgelegt.

Schließlich wurden noch – wiederum als Folge der Neuorganisation der Verwaltung – die *Stellensatzung* und der *Stellenplan* auf 1. April 1958 bzw. 1. April 1959 neu gefaßt.

Nach Abschluß dieser grundlegenden Arbeiten hat das Hauptamt mit einer Untersuchung über die Möglichkeiten einer umfassenden Rationalisierung der Verwaltung begonnen. Diese Untersuchung erstreckte sich sowohl auf die vorhandenen und in der Praxis erprobten Rationalisierungsmittel, als auch auf die in der kommunalen Verwaltung möglichen Anwendungsgebiete.

Als eine Vorwegmaßnahme war die Frage zu prüfen, ob bzw. bis wann in der Stadtverwaltung Tübingen mit hinreichender Wirtschaftlichkeit das Lochkartenverfahren eingeführt werden könnte. Diese Untersuchung wurde deshalb in den Vordergrund gestellt, weil gerade die Einführung des Lochkartenverfahrens von langer Hand vorbereitet werden muß, um all jene maschinellen Investitionen zu vermeiden, die sich bei der Einführung dieses Verfahrens als überflüssig erweisen. Nachdem die Stadtwerke Tübingen zusammen mit den Stadtwerken Reutlingen bereits im Jahre 1956 für die Verbrauchsabrechnung das Lochkartenverfahren eingeführt hatten, war zu überlegen, ob sich weitere Arbeitsvorgänge zur Übernahme auf Lochkarten anbieten.

Gegen Ende des Jahres 1958 waren die Vorüberlegungen zu dieser Frage so weit gediehen, daß im Benehmen mit der IBM Deutschland eine umfassende Untersuchung über die Anwendungsmöglichkeiten des Lochkartenverfahrens im Bereich der Stadt Tübingen angestellt werden konnte. Der Untersuchungsbericht kam zu dem Ergebnis, daß der Einsatz des Lochkartenverfahrens für die Stadtverwaltung aus der Perspektive der Wirtschaftlichkeit heraus jederzeit vertretbar ist und im Hinblick auf die wachsenden Aufgaben der Stadt effektiv eine Notwendigkeit darstellt.

Nach einer Besichtigung der Lochkartenanlage der Stadt St. Gallen und des IBM-Werkes in Sindelfingen sowie nach Einholung verschiedener Sachverständigengutachten hat der Gemeinderat am 24. 9. 1959 beschlossen, bei der Stadtverwaltung zum 1. 1. 1961 das *Lochkartenverfahren* einzuführen und eine eigene Lochkartenanlage aufzustellen. Diesem Beschluß kommt auf dem Weg zu einer umfassenden Rationalisierung der Verwaltung weittragende Bedeutung zu, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Umstellung auf Lochkarten erwiesenermaßen an sich schon zu einer rationelleren Arbeitsweise zwingt.

Nach Abschluß der Vorplanungen und nach Auslieferung der Lochkartenmaschinen durch die IBM Sindelfingen sind die Arbeiten in der Lochkartenanlage Ende 1960 angelaufen.

Zunächst werden drei Arbeitsgebiete lochkartenmäßig bearbeitet, und zwar die Verbrauchsabrechnung der Stadtwerke – die bisher von der Lochkartenanlage der Stadt Reutlingen bearbeitet wurde –, das Einwohnermeldewesen (mit Adressenschreibung, Ausschreibung der Lohnsteuerkarten, Schreiben der Wählerlisten und der Wählerbenachrichtigungen u. a.) sowie die Hörrgebührenabrechnung der Universität Tübingen als Lohnarbeit.

Neben der Arbeit auf dem Lochkartensektor wurde im Jahre 1960 schließlich auch mit der Durchführung von allgemeinen Arbeitsuntersuchungen begonnen. Bisher wurden folgende Arbeitsuntersuchungen durchgeführt:

Teiluntersuchung bei den Schreibkräften des Hauptamts,
Teiluntersuchung bei den Schreibkräften der Stadtpflege, der Schulpflege und des Liegenschaftsamts,
umfassende Untersuchung der Steuerabteilung.

Die Untersuchungen, die zum großen Teil organisatorisch noch nicht ausgewertet sind, führten zur Einführung des Phono-Diktatsystems und zur Einrichtung einer zentralen Schreibstelle beim Hauptamt.

b) Überarbeitung des Ortsrechts

Mit dem Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung im Jahre 1956 rückten die langjährigen Bemühungen, das gesamte Ortsrecht zu überarbeiten und in zusammengefaßter Form herauszubringen, in den Vordergrund. Es wurde notwendig, auf dem Gebiet des allgemeinen Gemeinderechts eine Reihe von Satzungen zu erlassen, so vor allem das Grundgesetz der Gemeinde, die Hauptsatzung, und die Satzungen über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Gemeindebürger sowie über die öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Tübingen. Außerdem mußte die Geschäftsordnung des Gemeinderats neu bearbeitet werden.

Diesen Satzungen folgte Zug um Zug die generelle Überarbeitung des Ortsrechts.

Bedingt durch verschiedene Umstände, so vor allem durch den Neubau eines Viehhofes, wurde eine Überarbeitung der örtlichen Bestimmungen im Bereich des Veterinärwesens notwendig. In einer Vereinbarung mit der Schlachthausgesellschaft Tübingen wurden zunächst die Voraussetzungen für die Einführung des Benutzungszwanges im Schlachthof geschaffen. Zugleich wurden die Satzung über die Benutzung des Schlachthofes sowie die Gebührenordnung für die Benutzung des Schlachthofes und seiner Einrichtungen erlassen. Auch wurde, um eine Umgehung des Schlachthofzwanges zu vermeiden, die Satzung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf eingeführtes Frischfleisch in Kraft gesetzt.

Im Zusammenhang damit wurde die Benutzung des Viehhofes durch Satzung geregelt. Mit dem Erlaß der Gebührenordnung für die Benutzung des Viehhofes, der Satzung über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages für Lebendvieh sowie der Fleischbeschaugebührensatzung wurde die rechtsetzende Tätigkeit der Stadt auf veterinärpolizeilichem Gebiet zunächst abgeschlossen.

Eine weitere wichtige Arbeit konnte mit dem Erlaß der allgemeinen Polizeiverordnung im Jahre 1956 beendet werden. In dieser Polizeiverordnung wurden Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung auf öffentlichen Wegen, öffentlichen Gewässern, in öffentlichen Anlagen und Friedhöfen sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz des Eigentums in der Feldmarkung erlassen.

Besondere Sorgfalt bei der Überarbeitung des Ortsrechts galt der Verwirklichung des Kostendeckungsprinzips bei den sogenannten Gebührenhaushalten. So wurden nach Durchführung der Neufassung der Friedhofordnung insbesondere die öffentlichen Einrichtungen der Straßenreinigung und der Müllabfuhr mit neuen Rechtsgrundlagen ausgestattet und dabei die Gebühren den gestiegenen Aufwendungen der Stadt im Rahmen des Zumutbaren angepaßt.

Ähnliche Gesichtspunkte waren Anlaß für die Neufassung der Ortsbausatzung über die Erhebung von Anliegerbeiträgen. Die Satzung wurde im Jahre 1957 grundlegend überarbeitet und den heutigen Erfordernissen angepaßt. Während früher die Anliegerbeiträge nach den tatsächlichen Aufwendungen für den Ausbau einer Straße berechnet wurden, sind in der neuen Satzung für bestimmte Arbeiten Einheitspreise vorgesehen. Auf diese Weise konnten die durch die topographischen Verhältnisse der Stadt Tübingen bedingten ungleich hohen Anliegerbeiträge wenigstens zum Teil nivelliert werden.

Schließlich verdient noch die im September 1957 erlassene Feuerwehrsatzung besondere Beachtung. In ihr wurden vor allem die Organisation und die Aufgaben der „Freiwilligen Feuerwehr Tübingen“ festgelegt.

Im Jahre 1957 war die Überarbeitung des Ortsrechts so weit vorangekommen, daß die verschiedenen Satzungen in einer Ortsrechtsmappe in Lose-Blatt-Form herausgegeben werden konnten.

Die Überarbeitung des Ortsrechts war damit im wesentlichen abgeschlossen.

c) Adrema und Beschaffungsstelle

Seit dem Jahre 1936 besitzt die Stadt eine Adremanlage für Adressenschreibungen. Der Adrema, die dem Hauptamt angegliedert ist, obliegt gleichzeitig die zentrale Beschaffung des Bürobedarfs und die Erledigung von Vervielfältigungsarbeiten im Metall-Matrizenverfahren. Auf dem vorhandenen Printo-Abzugsapparat werden Vervielfältigungsarbeiten aller Art hergestellt, so vor allem die Tagesordnungen für die verschiedenen Sitzungen, die Mitteilungen des Bürgermeisteramts sowie einfachere Vordrucke. Seit dem Jahre 1957 wird auch der Haushaltsplan mit diesem Verfahren vervielfältigt, was eine beträchtliche Einsparung und Vereinfachung gebracht hat.

d) Postabfertigung

Die gesamte Post sämtlicher städtischen Dienststellen wird zentral gesammelt, sortiert und durch Freistempler (Francotyp) frankiert. Die Beförderung zum Postamt erfolgt täglich zweimal, und zwar um 11.30 Uhr und um 17.00 Uhr. Jährlich wurden zwischen 65 000 und 72 000 Postsendungen aller Art durch Freistempler frankiert.

Die früher im Stadtbezirk übliche Postzustellung durch Amtsboten wurde erheblich eingeschränkt. Gegenüber fünf Amtsboten im Jahre 1955 sind heute nur noch zwei ständige Amtsboten tätig.

e) Plakatanschlag

Im Stadtgebiet befinden sich 42 Anschlagstellen, darunter 31 Plakatanschlagzeilen und elf Anschlagtafeln. Der Plakatanschlag in der Universitätsstadt Tübingen ist seit 1. 4. 1956 an einen privaten Unternehmer verpachtet.

f) Adreßbuch

Unter Mitwirkung der Stadt bringt der Adreßbuchverlag Windhager KG, Stuttgart, alle zwei Jahre ein Adreßbuch für Tübingen und Umgebung heraus. Die letzte Ausgabe des Adreßbuchs ist im Jahre 1960 erschienen.

g) *Wahlen, Statistiken*

Im Berichtszeitraum wurden neben den jährlich gleichbleibenden eigenen und auftragsstatistischen Arbeiten (Bevölkerungsstatistik, Einzelhandelspreisstatistik, landwirtschaftliche Bodennutzungserhebungen, Weinbauerhebungen, Viehzählungen, Beiträge zur vergleichenden Städtestatistik, Beiträge zum Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden usw.) folgende Wahlen und Zählungen durchgeführt:

4. 3. 1956	Landtagswahl
25. 9. 1956	Wohnungsstatistik 1956/57 (Wohnungszählung, verbunden mit kleiner Volkszählung)
11. 11. 1956	Gemeinderatswahl
15. 9. 1957	Bundestagswahl
6.-8. 6. 1958	Wahlen zu den Vertreterversammlungen in der Sozialversicherung
8. 11. 1959	Gemeinderats- und Kreistagswahl
15. 5. 1960	Landtagswahl
31. 5. 1960	Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft

h) *Fremdenverkehr*

Es ist eine Tatsache, daß der Fremdenverkehr für die Gemeinden und ihre Einwohner einen wirtschaftlichen Nutzen bringt. Daher sind heute alle Gemeinden, die landschaftliche oder städtebauliche Schönheiten zu bieten haben, um die Förderung des Fremdenverkehrs bemüht.

Die Stadt Tübingen, die einen bunten Strauß von Sehenswürdigkeiten in ihrer engeren und weiteren Umgebung aufweisen kann, ist es nicht nur ihrer Finanzlage, sondern auch ihrer Bedeutung und ihrem Rufe schuldig, eine intensive Fremdenverkehrsförderung zu betreiben. Die Förderung dieses „Wirtschaftszweiges“ hat aber nur dort Erfolg, wo die Bevölkerung den Bemühungen der Stadtverwaltung aufgeschlossen gegenübersteht und an den Bestrebungen zur Hebung des Fremdenverkehrs aktiv mithilft. Diese Voraussetzungen sind in Tübingen erfüllt.

Seit langem liegt die Förderung des Fremdenverkehrs in der Stadt Tübingen in den Händen des Bürger- und Verkehrsvereins und damit bei einer freien Bürgerinitiative.

Welche Aufwärtsentwicklung der Fremdenverkehr in unserer Stadt ständig nimmt, zeigen nachstehende Fremdenverkehrszahlen in den Jahren 1950-1960 (einschließlich Campingplatz ab 1954).

	Zahl der Gäste		darunter Ausländer	
	Gäste	Übernacht.	Gäste	Übernacht.
1950	27 951	47 328		
1951	30 477	49 103	4 248	7 042
1952	38 204	71 860	6 537	16 130
1953	45 386	76 650	8 479	18 087
1954	55 838	91 038	11 622	22 101
1955	58 915	95 407	15 133	26 313
1956	61 940	100 582	16 256	27 516
1957	68 993	115 159	18 009	31 473
1958	69 695	117 328	18 948	32 796
1959	72 959	122 229	19 156	33 090
1960	75 975	129 045	20 011	36 898

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Gebietsausschusses „Mittlere Alb-Neckar“ des Landesverkehrsverbands Württemberg wurde Oberbürgermeister Gmelin zum neuen Vorsitzenden gewählt.

i) *Ehrungen*

An rund 765 Bürger und Bürgerinnen, die 70 Jahre und älter wurden, sind die für Altersjubilare üblichen Glückwünsche und Geschenke überbracht worden.

Bei einer diamantenen und 34 goldenen Hochzeiten wurden neben den Glückwünschen des Ministerpräsidenten die Glückwünsche und Geschenke der Stadtverwaltung überbracht, ebenso an elf Arbeitsjubilare aus Anlaß von 40- oder 50jähriger ununterbrochener Tätigkeit im gleichen Betrieb.

Der Gemeinderat hat im Jahr 1959 beschlossen, Persönlichkeiten, die sich um die Stadt Tübingen besondere Verdienste erworben haben, durch Überreichung einer Medaille zu ehren. Die Medaille geht auf einen Entwurf des italienischen Künstlers Prof. Manfredo Borsi zurück und zeigt auf der einen Seite einen Reiter mit dem Tübinger Stadtwappen – in Anlehnung an das Siegel der Tübinger Pfalzgrafen aus dem 13. Jahrhundert – und die Inschrift „Tubinga honorat amicum“. Auf der anderen Seite ist das Bild der Minerva mit ihrem Attribut, der Eule, dargestellt. Die Medaille wurde von dem Florentiner Goldschmied Moschi geschnitten. Sie wird in drei Stufen verliehen, und zwar in Gold, in Silber und in Bronze. Die Medaille wurde vom Gemeinderat im Jahr 1960 verliehen:

in Silber:

an Bürgermeister Weihenmaier aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Dienst der Stadt Tübingen;

in Bronze:

an den amerikanischen Generalkonsul in Stuttgart, Mr. Allen B. Moreland, anläßlich seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten;

an Paul Riehle, dem Organisator des Tübinger Blumenschmuckwettbewerbs, aus Anlaß seines 80. Geburtstages.



Bürgermedaille der Universitätsstadt Tübingen (Entwurf Manfredo Borsi)

k) *Bemühungen der Stadtverwaltung zur Förderung der bürgerschaftlichen Mitarbeit an der Kommunalverwaltung*

Es war der Stadtverwaltung in den zurückliegenden sechs Jahren ein wichtiges Anliegen, die bürgerschaftliche Mitarbeit und das Interesse an der Kommunalverwaltung zu wecken und zu fördern und den Bürger an die kommunale Arbeit heranzuführen. Auch dem Oberbürgermeister war es eine Herzensangelegenheit, das gute Klima zwischen den Bürgern und der Stadtverwaltung zu erhalten und noch weiter zu fördern, wobei allgemein anerkannt und begrüßt wurde, daß jeder Bürger der Stadt die Tür zu seinem Oberbürgermeister offen fand. Die Bemühungen, die Bürger nicht nur bei der Wahrnehmung von Einzelinteressen, sondern bei der Erörterung von Allgemeinaufgaben heranzuziehen, hatten vor allem in den Bürgerversammlungen in den Stadtteilen Lustnau und Derendingen Erfolg.

1. *Bürgerversammlungen*

Seit 1955 wurden alljährlich zum Jahresende Bürgerversammlungen durchgeführt, in denen der Oberbürgermeister einen Rechenschaftsbericht über das jeweils abgelaufene Jahr gab. Im Anschluß an diesen Bericht war Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Insgesamt sind seit 1955 in Tübingen und in den Vororten Lustnau und Derendingen 15 derartige Versammlungen durchgeführt worden. Die Versammlungen waren insbesondere in den beiden Vororten außerordentlich gut besucht und führten zu lebhaften und anregenden Diskussionen.

Außer diesen „turnusmäßigen“ Versammlungen wurden zwei Bürgerversammlungen mit bestimmten Themen abgehalten, und zwar am 27. März 1957 über die Frage des Baues eines Männerwohnheimes in der Südstadt und am 28. Juli 1959 zum Thema Universitätserweiterung und Wannebebauung.

2. *Jungbürgerfeiern*

Die Stadt Tübingen hat, einem alten Brauch in der Schweiz folgend, seit dem Jahre 1954 alljährlich in Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Verkehrsverein und einer Reihe weiterer Organisationen eine Jungbürgerfeier durchgeführt, in der die wahlberechtigt gewordenen jungen Frauen und Männer symbolisch in die Gemeinschaft der Bürger aufgenommen wurden. Mittelpunkt der Feier war die Überreichung der Jungbürgerbriefe durch den Oberbürgermeister. Im Anschluß an die offizielle Feier hatten die Jungbürger an einer Kaffeetafel Gelegenheit, sich in zwangloser Aussprache mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu unterhalten.

Die Jungbürgerfeiern finden von Jahr zu Jahr mehr Anklang bei den Jugendlichen und es besteht die begründete Hoffnung, daß es mit diesen Feiern gelingt, bei der jüngeren Generation das Interesse am öffentlichen Geschehen zu wecken.

3. *Jugendparlament*

In Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Verkehrsverein wurde erstmals am 8. Juni 1959 in der Aula des Kepler-Gymnasiums ein Jugendparlament veranstaltet. An einer normalen Arbeitssitzung des Gemeinderats haben 28 Schülerinnen und Schüler aus den Oberklassen der hiesigen Schulen sowie Angehörige des Stadtjugendringes teilgenommen. Die Jugendlichen hatten Gelegenheit, sich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zu äußern; sie waren lediglich von der Abstimmung ausgeschlossen.



Bürgermeister Doege beglückwünscht den langjährigen Stadtinventierer August Bayer zum 80. Geburtstag – 1960



Stadtamtmann a. D. Seizinger gratuliert Oberlehrer Mebold zum 95. Geburtstag

Obwohl auf der Tagesordnung schwierige Planungs- und Baufragen im Vordergrund standen, darf der Versuch als gelungen betrachtet werden. Die jungen Sitzungsteilnehmer haben sich ernsthaft und teilweise recht geschickt an der Diskussion beteiligt. Erfreulicherweise besteht Grund zu der Annahme, daß bei vielen der jugendlichen Sitzungsteilnehmer ein bleibendes Interesse für die kommunale Arbeit und die kommunalen Probleme geweckt werden konnte. Die Veranstaltung soll daher in nächster Zeit wiederholt werden.

4. *Andere Bemühungen*

Aus dem Katalog der vielen Versuche, bei den Bürgern das Interesse an dem Geschehen „auf dem Rathaus“ zu heben und den Bürgersinn und den Bürgerstolz zu stärken, seien kurz noch die Ausspracheabende des Bürger- und Verkehrsvereins über aktuelle Probleme der Stadt und der jährlich stattfindende Blumenschmuckwettbewerb erwähnt. Vor allem der Blumenschmuckwettbewerb hat sich unter Leitung des Vorstandes des Obst- und Gartenbauvereins, Herrn Paul Riehle, zu einer Einrichtung entwickelt, die man nicht mehr missen möchte. Man kann sich in den Sommermonaten bei einem Gang durch die Stadt selbst davon überzeugen, welches Echo diese Aktion findet und mit welcher Hingabe, ja Liebe, sich viele Tübinger ihren Blumenfenstern und Vorgärten widmen.



Jungbürgerfeier 1960

Geschäftsstellen Lustnau und Derendingen

In den Eingemeindungsverträgen ist festgelegt, daß die Stadt für die Stadtteile Lustnau und Derendingen bürgermeisteramtliche Geschäftsstellen zu unterhalten hat. Den Geschäftsstellen obliegt aus rein praktischen Erwägungen heraus in der Hauptsache die Aufgabe, in einer Art Mittelstellung der Stadtteilbevölkerung nach Möglichkeit Gänge zu den entfernter gelegenen städtischen Zentralverwaltungen abzunehmen. Neben dieser Tätigkeit, die einen sehr breiten Raum einnimmt, haben die Geschäftsstellen u. a. auch die Aufgaben des Standesamts, der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, des Sühneamts usw. wahrzunehmen.

Durch die Einschaltung der beratenden Ortsausschüsse ist in den vergangenen sechs Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Bemerkenswert ist, daß die früheren selbständigen, vorwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden Lustnau und Derendingen immer mehr städtischen Charakter annehmen und sich damit dem übrigen Stadtgebiet anpassen. Die in den Stadtteilen sehr starke Industrie zieht mehr und mehr bis jetzt nur in der Landwirtschaft tätige Personen der Stadtteile an sich, so daß die Zahl der rein landwirtschaftlichen Betriebe immer mehr abnimmt. Dadurch ist auch die Verpachtung landwirtschaftlicher Grundstücke schwieriger geworden.

Stadtarchiv

Im Archiv der Stadt Tübingen konnten im Berichtszeitraum die Ordnungs- und Erschließungsarbeiten erheblich weitergeführt werden. Durch Zuteilung eines weiteren Magazinraums wurde

die Raumnot des Archivs gemildert, und nach Aufstellung von Stahlregalen wurden die Bestände übersichtlich geordnet. Weitere Archivaliengruppen wurden daraufhin ins Archiv übernommen, so der Bestand des früheren Gemeindearchivs Derendingen, Akten des Sozialamts von 1850 bis 1900 und, dank dem Entgegenkommen der zuständigen Behörde, auch die Archivalien des Grundbuchamts von 1820 bis 1900.

Zur Erschließung der älteren Bestände vor 1806 wurden mehrere Repertorien angefertigt, und zwar über die Bände von Stadt und Amt Tübingen, des Klosteramts Bebenhausen und des Gemeindearchivs Lustnau, über die Testamente Tübinger Bürger von 1700 bis 1846 und über die Akten von Stadt und Amt Tübingen. Die Ordnungs- und Ausscheidungsarbeiten an der *Altregistratur*, deren Akten von der Verwaltung ständig benötigt werden, sind zu einem großen Teil schon durchgeführt. Über die Akten der Gas- und Wasserversorgung sowie Kanalisation (ca. 1900–1950) wurde ein besonderes Repertorium angelegt.

Die für die archivarische Tätigkeit wie für die Erforschung der Stadtgeschichte gleich wichtige, rund 1500 Bände umfassende *Handbibliothek* wurde katalogisiert und die Registratur des Archivs selbst nach dem neuen Aktenplan umgestellt.

1956 konnte unter dem Titel „Das Archiv der Stadt Tübingen“ in der Reihe der Kleinen Tübinger Schriften eine kurze gedruckte Darstellung der Geschichte und eine summarische Übersicht über die Bestände des Archivs vorgelegt werden.

Auf dem Gebiet der *Stadtgeschichtsforschung* ist neben dieser Schrift der Beitrag „Tübingen“ zum Deutschen Städtebuch zu nennen. Mehrere Dissertationen und Diplomarbeiten wurden auf Grund des vorhandenen Archivmaterials gefertigt. Weiterhin erschien eine Reihe bedeutender Aufsätze namhafter Stadt-

geschichtsforscher in den Tübinger Blättern, den Heimatkundlichen Blättern für den Kreis Tübingen und in anderen Zeitschriften.

Die Ordnungsarbeiten wurden fortgesetzt mit der Zusammenführung, Sichtung und vorläufigen Verzeichnung des Aktenbestandes vor 1900. Es handelt sich um die folgenden Akten:

Stadtgerichtsakten (1650–1850),
Testamente (1700–1850),
Nachlaß-Akten (1525–1850),
Eheverträge (1700–1900),
Pflegerakten (1700–1900),
Spital-Akten (1600–1900),
Stiftungspfleg-Akten (1700–1812),
Armenkasten-Akten (1700–1812),
Lazarettspfleg-Akten (1750–1812),
Nachlässe: Carl Wüst, Gottfried Maier, Eugen Nägele, Manfred Eimer, Paul Löffler.

Als Vorarbeiten zur Tübinger Stadtgeschichte wurden in Karteiform angelegt: ein Verzeichnis der Tübinger gedruckten Literatur, ein ausführliches Register zu den Tübinger Blättern und ein Sachkatalog zur Handbibliothek des Archivs. Mit der „Geschichte der Stadt Tübingen“, einem Beitrag zur geplanten Kreisbeschreibung Tübingen, wurde begonnen.

Personalamt

Die Personalangelegenheiten der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die ein großes, vielseitiges Aufgabengebiet umfassen, haben in den letzten Jahren immer mehr Arbeit verursacht. Der Personalbestand nahm infolge neuer Aufgaben zu, die sozialen Leistungen für die Bediensteten wurden erhöht und vermehrt, und die Personalsachbearbeitung wurde wegen vieler Veränderungen im Recht des öffentlichen Dienstes wegen seiner Unübersichtlichkeit und der Sondervorschriften ständig komplizierter.

Bei der Stadtverwaltung und bei den Stadtwerken waren am Ende der Rechnungsjahre 1955: 731, 1956: 786, 1957: 804, 1958: 845, 1959: 840, und am 31. Dezember 1960: 835 Bedienstete beschäftigt. Sie verteilten sich im einzelnen wie folgt:

1. Zahl der Bediensteten bei der Stadtverwaltung

	1. 1. 1955	1. 1. 1956	1. 1. 1957	1. 1. 1958	1. 1. 1959	31. 12. 1960
Beamte	73	76	76	76	73	70
Angestellte	233	252	261	267	270	303
Arbeiter	253	282	286	315	315	291
(einschl. der nicht vollbeschäftigten)						
	559	610	623	658	658	664

2. Zahl der Bediensteten bei den Stadtwerken

	1. 1. 1955	1. 1. 1956	1. 1. 1957	1. 1. 1958	1. 1. 1959	31. 12. 1960
Beamte	13	12	13	13	13	12
Angestellte	47	51	54	54	54	58
Arbeiter	112	113	114	120	115	101
(einschl. der nicht vollbeschäftigten)						
	172	176	181	187	182	171
Bedienstete insgesamt	731	786	804	845	840	835

Als wichtigste Gründe für die laufende Stellenvermehrung werden angeführt: die intensive Bautätigkeit der Stadt selbst, was sich vor allem beim Personalstand der Baudirektion auswirkt, ferner die Erweiterung der Wohngebiete, die mit größeren Anforderungen an die Straßenreinigung, die Müllabfuhr, den Fuhrpark usw. verbunden ist, sowie die Errichtung neuer oder Erweiterung vorhandener Einrichtungen bei der Stadtbücherei und beim Sozialamt sowie bei den Stadtwerken. Infolge der mehrfachen Gehalts-, Vergütungs- und Lohnerhöhungen für alle städtischen Bediensteten und durch die vermehrten Neueinstellungen haben sich die *Personalausgaben* nicht unerheblich erhöht. Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung in den Rechnungsjahren 1955 bis 1960:

A Stadtverwaltung

Rechnungsjahr	Gesamtausgaben des ordentl. HH	Personalausgaben DM	in %
1955	13 976 377.—	3 416 629.—	24,4
1956	15 898 980.—	3 862 582.—	24,2
1957	16 222 106.23	4 157 900.98	25,63
1958	16 305 598.37	4 458 192.43	27,34
1959	18 075 160.—	4 598 890.—	25,5
1960 (Voransch.)	20 589 080.—	5 313 470.—	25,81

B Stadtwerke

Wirt- schaftsjahr	Erträge u. a.	Betrieb u. a.	Personalkosten %d. Ertr.	Verwal- tung %d. Ertr.	zus. %d. Ertr.	%d. Ertr.	
1955	7 304 125	650 937	8,9	288 831	3,9	939 769	12,8
1956	7 916 490	767 805	9,7	312 157	3,9	1 079 962	13,6
1957	8 495 023	784 741	9,2	314 569	3,7	1 099 214	12,9
1958	9 314 744	871 425	9,4	313 976	3,4	1 185 401	12,8
1959	10 176 564	1 007 465	9,9	338 583	3,7	1 346 048	13,2
1960	10 090 000	1 141 500	11,3	347 500	3,4	1 489 000	14,7

Nach dem Gesetz über die *Beschäftigung Schwerbeschädigter* vom 16. 6. 1953 ist die Stadt verpflichtet, in bestimmtem Umfang Schwerbeschädigte zu beschäftigen.

Über die Entwicklung der Zahl der Pflichtplätze und der besetzten und unbesetzten Pflichtplätze gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

a) Stadtverwaltung	1. 1. 1956	1. 1. 1958	1. 1. 1960
Zahl der Arbeitsplätze	520	587	582
Pflichtplätze	52	59	58
Hiervon besetzt	46	51	43
Unbesetzt	6	8	15
b) Stadtwerke			
Zahl der Arbeitsplätze	173	186	167
Pflichtplätze	18	15	13
Hiervon besetzt	9	6	6
Unbesetzt	9	9	7

Wenn es bisher nicht gelungen ist, die a. o. Verpflichtung voll zu erfüllen, so liegt dies u. a. daran, daß geeignete Arbeitsplätze nicht in genügender Zahl verfügbar werden und zum Teil keine geeigneten Schwerbeschädigten zu bekommen sind.

Die Universitätsstadt anerkennt es als ihre soziale Pflicht, den Lebensunterhalt ihrer aus dem Dienst ausgeschiedenen Angestellten und Arbeiter in Würdigung ihrer langjährigen Dienstleistung für die Allgemeinheit sicherzustellen. Zu diesem Zweck hat der Gemeinderat am 15. Oktober 1951 eine *Ruhe Lohnordnung* erlassen. Obwohl die Rentenreform des Jahres 1957 eine ganz beachtliche Erhöhung der Renten aus der Sozialversicherung brachte, sind es jetzt immerhin noch 35 frühere Bedienstete bzw. deren Hinterbliebene, die in den Genuß eines Ruhelohns bzw. eines Witwengeldes kommen. Die in § 5 der Ruhe Lohnordnung festgesetzten monatlichen Mindesteinkommen entsprechen längst nicht mehr den heutigen Lebenshaltungskosten. Der Gemeinderat hat deshalb am 28. 3. 1955, 6. 5. 1957 und, nachdem durch das erste Rentenanpassungsgesetz vom 21. 12. 1958 die Renten abermals erhöht wurden, am 20. 4. 1959 Teuerungszulagen zu den Ruhegehältern und Witwengeldern beschlossen. Weiter zahlt die Stadt an neun frühere Bedienstete bzw. deren Hinterbliebene, die auf Grund der Ruhe Lohnordnung keinen Ruhe Lohn bzw. kein Witwengeld erhalten können, *Gratiale*. Im Unterschied zu den Ruhegehältern und Witwengeldern, die durch die Rentenreform im Jahre 1957 wesentlich gekürzt wurden oder sogar ganz weggefallen sind, haben die Gratiale keine Änderung erfahren, weil es sich fast durchweg um einen Personenkreis handelt, der weniger bemittelt ist. Außer der allgemeinen Regelung der Einkommensverhältnisse fällt noch die zusätzliche soziale Hilfe ins Gewicht. Dabei sind die *Beihilfen* zu erwähnen, die nach den Beihilfegrundsätzen vom 25. Juni 1942 bzw. der Verordnung der Landesregierung vom 13. Juli 1959 zu den Aufwendungen bei Geburts-, Krankheits- und Todesfällen an Beamte, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge sowie Versorgungsempfänger gewährt werden. Ausbezahlt wurden:

a) bei der Stadt in den Rechnungsjahren

1955	in 188 Fällen rd.	22 145.— DM
1956	in 262 Fällen rd.	30 208.— DM
1957	in 333 Fällen rd.	40 966.— DM
1958	in 338 Fällen rd.	48 460.— DM
1959	in 321 Fällen rd.	43 018.— DM
1960	Angabe nicht möglich, weil Rechnungsjahr noch nicht abgelaufen.	

b) bei den Stadtwerken in den Wirtschaftsjahren

1955	in 66 Fällen rd.	5 913.— DM
1956	in 103 Fällen rd.	10 050.— DM
1957	in 99 Fällen rd.	12 251.— DM
1958	in 76 Fällen rd.	9 167.— DM
1959	in 85 Fällen rd.	9 787.— DM

In der Berichtszeit sind infolge Zurruesetzung aus dem Dienst der Stadt folgende Bedienstete ausgeschieden:

a) Beamte

Blietle, Fritz, Stadtoberamtmann	30. 4. 1959
Brodbeck, August, Stadtsekretär	30. 11. 1957
Giesing, Paul, Stadtoberbaurat	31. 3. 1957
Graf, Rudolf, Techn. Stadtoberamtmann	31. 7. 1959
Hartter, Rudolf, Stadtoberamtmann	31. 10. 1959
Kehrer, Hermann, Stadtverm.-Hauptsekretär	30. 9. 1959
Kimmich, Karl, Stadthauptsekretär	30. 11. 1959

Krauß, Gustav, Stadtbauinspektor	30. 6. 1958
Krebs, Christof, Stadthauptsekretär	31. 5. 1959
Kürner, Ernst, Stadtbauhauptsekretär	30. 9. 1959
Mozer, Heinrich, Stadtsekretär	1. 7. 1955
Rothschenk, Josef, Stadtinspektor	31. 10. 1956
Sauter, Adolf, Stadtoberbaurat	31. 3. 1960
Seizinger, Georg, Stadtamtman	31. 10. 1955

b) Angestellte

Antoni, Emilie, Verwaltungsangestellte	30. 9. 1957
Bader, Alfred, Hausverwalter	30. 6. 1956
Bärtle, Gebhard, Verwaltungsangestellter	29. 8. 1958
Brodbeck, Gotthilf, Obermonteur	31. 8. 1955
Fidler, Paul, Verwaltungsangestellter	30. 6. 1956
Fiebig, Annemarie, Pflegeschwester	6. 8. 1956
Finger, Johannes, Hausverwalter	31. 12. 1958
Frey, Luise, Kassiererin	31. 10. 1955
Füger, Karl, stv. Prüfamt-saußenstellenleiter	31. 12. 1960
Graf, Gottlieb, Angestellter	15. 7. 1955
Held, Hermann, Betriebsobermeister	4. 4. 1955
Jäger, Hermann, 2. Rathausverwalter	31. 3. 1956
Johst, Josef, Verwaltungsangestellter	31. 8. 1956
Kleinig, Alwin, Angestellter	31. 5. 1958
Kürner, Hermann, Friedhofaufseher	30. 9. 1955
Langner, Karl, Verwaltungsangestellter	21. 10. 1957
Märkle, Gottlob, Fleischbeschauer	28. 2. 1957
Müller, Karl, Betriebsobermeister	31. 3. 1955
Peters, Willy, Verwaltungsangestellter	27. 6. 1958
Rausch, Adolf, Schlossermeister	30. 11. 1960
Reinhard, Wilhelm, Maschinenmeister	31. 12. 1958
Reuter, Wilhelm, Vollziehungsbeamter	31. 7. 1957
Schadewald, Johannes, Angestellter	30. 9. 1959
Schäffer, Gottlob, Verwaltungsangestellter	31. 3. 1959
Schneck, Klara, Verwaltungsangestellte	30. 6. 1957
Streich, Otto, Verwaltungsangestellter	30. 9. 1958
Villinger, Rudolf, Aushilfsangestellter	31. 3. 1957

c) Arbeiter

Bühler, David, Steinbrucharbeiter	31. 5. 1958
Finis, August, Gärtner	2. 9. 1957
Gärtner, Karl, Gartenarbeiter	30. 6. 1957
Grießing, Eva, Flicknäherin	31. 12. 1959
Gugel, Gottlieb, Tiefbauarbeiter	19. 11. 1959
Heusel, Christian, Tiefbauarbeiter	31. 10. 1956
Höflich, Luise, Geldeinzieherin	31. 3. 1960
Maier, Linus, Hilfsmonteur	31. 12. 1956
Mall, Jakob, Obermaschinist	30. 6. 1959
Müller, Max, Maschinist	6. 12. 1958
Narr, Johannes, Tiefbauarbeiter	31. 7. 1958
Pötz, Friedrich, Gärtner	31. 7. 1958
Rapp, Sofie, Hausverwalterin	30. 6. 1955
Reichle, Frank, Geldeinzieher	13. 9. 1957
Ritter, Adolf, Tiefbauarbeiter	31. 3. 1958
Schelle, Apollonia, Waldarbeiterin	14. 11. 1955
Straub, Hermann, Hilfsarbeiter	31. 8. 1956
Wezel, Friedrich, Heizer	28. 2. 1957
Wolf, Luise, Näherin	31. 12. 1956
Zehender, Karl, Zählerableser	30. 9. 1959

Zum Nachfolger für den am 31. Dezember 1954 ausgeschiedenen Stadtdirektor Asmuß hat der Gemeinderat am 24. Oktober



Stadtoberamtmann a. D. Fritz Blietle, langjähriger Leiter des Rechnungsprüfungsamts



Verabschiedung des langjährigen Leiters des Tiefbauamts, Stadtoberbaurat Adolf Sauter



Stadtoberamtmann a. D. Rudolf Hartter, langjähriger Leiter des Hauptamts und des Standesamts



Verabschiedung des Stadtvermessungshauptsekretärs Hermann Kehrer



Verabschiedung von Stadtbauinspektor Gustav Krauß -
30. Juni 1958

1955 den fr. Regierungsdirektor Helmut Weißenmaier bestellt. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 2. Juli 1956 wurde Stadtdirektor Weißenmaier gem. § 50 Abs. 1 der neuen Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 zum Ersten Beigeordneten mit der Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ gewählt.

Nachdem Bürgermeister Weißenmaier im Frühjahr 1960 zum Landrat des Landkreises Freudenstadt gewählt worden war, wurde zu seinem Nachfolger am 25. Juli 1960 mit großer Mehrheit der bisherige Stellvertreter des Leiters der Landespolizeidirektion Südwestfalen - Hohenzollern, Oberregierungsrat Eberhard Doege, gewählt. Bürgermeister Doege hat seinen Dienst am 16. September 1960 angetreten.

Im Zusammenhang damit hat der Gemeinderat durch Beschluß vom 25. Juli 1960 die Stelle eines Zweiten Beigeordneten mit der Amtsbezeichnung „Stadtbauinspektor“ geschaffen, die am 10. Oktober 1960 dem bisherigen Leiter der Baudirektion, Stadtbauinspektor Jäger, übertragen wurde.

In der Berichtszeit feierten folgende städtische Bedienstete ihr 25jähriges, 40jähriges oder 50jähriges Dienstjubiläum:

a) Beamte

Bliestle, Fritz, Stadtoberamtmann	am 17. 4. 1956	50jähriges
Buck, Gustav, Stadtverm.-Amtm.	am 1. 6. 1959	25jähriges
Engel, Alfred, Stadtoberinspektor	am 16. 2. 1955	25jähriges
Finkbeiner, Karl, Revieroberförster	am 16. 11. 1955	25jähriges
Fromm, Fritz, Stadthauptsekretär	am 20. 4. 1959	25jähriges
Kehrer, Hermann, Verm.-O.-Sekr.	am 1. 4. 1958	50jähriges
Keuerleber, Erwin, Stb.-Amtmann	am 9. 12. 1960	25jähriges
Kimmich, Karl, Stadthauptsekretär	am 1. 3. 1959	40jähriges
Luz, Adolf, Stadtoberinspektor	am 30. 7. 1959	25jähriges
Schäberle, Friedrich, Stadtspektor	am 17. 1. 1959	25jähriges

b) Angestellte

Bader, Alfred, Hausverwalter	am 4. 9. 1955	25jähriges
Bauer, Eugen, Verw.-Angestellter	am 1. 10. 1957	25jähriges
Brodbeck, August, Telefonist	am 8. 3. 1957	40jähriges
Fritz, Jonathan, Verw.-Angestellter	am 26. 4. 1958	25jähriges
Füger, Karl, stv. Prüfungsamtsaufst.-L.	am 13. 12. 1960	40jähriges

Gaus, Wilhelm, Rathausverwalter	am 4. 9. 1955	25jähriges
Grüniger, Christian, Angest.	am 19. 4. 1960	25jähriges
Harter, Eugen, El.-Ingenieur	am 17. 10. 1957	25jähriges
Held, Hermann, Betriebsobermstr.	am 1. 2. 1955	40jähriges
Hörz, Paul, Ingenieur	am 30. 5. 1959	25jähriges
Karrer, Wilhelm, Maschinist	am 29. 1. 1955	25jähriges
Kost, Albert, Hausmeister	am 2. 3. 1959	25jähriges
Krauss, Adolf, Verw.-Angestellter	am 6. 2. 1959	25jähriges
Krauss, Christian, Angestellter	am 2. 11. 1960	25jähriges
Mack, Heinrich, Telefonist	am 1. 4. 1959	25jähriges
Maigler, Karl, Bademeister	am 25. 11. 1955	25jähriges
Rampf, Alfred, Maschinenmeister	am 23. 5. 1957	25jähriges
Rühle, Adolf, Verw.-Angestellter	am 28. 10. 1960	25jähriges
Schmid, Paul, Marktmeister	am 17. 2. 1959	40jähriges
Schnaidt, Amalie, Masseuse	am 24. 11. 1958	25jähriges
Waiblinger, Albert, Maschinist	am 24. 5. 1958	25jähriges
Waiblinger, Alfred, Maschinist	am 23. 5. 1957	25jähriges
Weidle, Heinrich, Lichtpauser	am 21. 3. 1959	40jähriges
Wulle, Friedrich, Feldschütze	am 1. 8. 1955	40jähriges
Zamoryn, Heinrich, Amtsbote	am 17. 11. 1958	25jähriges

c) Arbeiter

Aberle, Wilhelm, Waldarbeiter	am 3. 12. 1955	25jähriges
Bechthold, Alfred, Tiefbauarbeiter	am 25. 9. 1958	25jähriges
Beuter, Jakob, Friedhofarbeiter	am 7. 11. 1959	25jähriges
Bürker, Otto, Straßenwart	am 21. 1. 1960	25jähriges
Denneker, Wilhelm, Straßenwart	am 19. 6. 1957	40jähriges
Dieter, Karl, Schlosser	am 20. 10. 1958	25jähriges
Hartmaier, Hermann, Holzfäller	am 1. 2. 1957	25jähriges
Haug, Emil, Holzhauer	am 15. 11. 1958	25jähriges
Kürner, Albert, Rohrleger	am 2. 4. 1959	25jähriges
Lichtenberger, Paul, Freileit.-Mont.	am 22. 5. 1958	25jähriges
Rempfer, Christian, Haumeister	am 6. 10. 1955	40jähriges
Schärrer, Heinrich, Kraftfahrer	am 1. 4. 1955	25jähriges
Schiebel, Otto, Geldeinzieher	am 14. 12. 1956	25jähriges

Personalrat der Stadtverwaltung

Nach dem Personalvertretungsgesetz sind in den Verwaltungen der Gemeinden Personalvertretungen zu bilden. Im Mai 1955 wurde für die Stadtverwaltung eine Vertretung von acht Mitgliedern gewählt, und zwar für die Beamten 1, für die Angestellten 4 und für die Arbeiter 3 Vertreter.

Diese Vertretung mit acht Mitgliedern war bis 30. November 1959 in Funktion.

Am 25. November 1959 wurde auf Grund des neuen P.V.G. für das Land Baden-Württemberg der Personalrat für zwei Jahre neu gewählt. Nach diesem Gesetz war er aus elf Mitgliedern zu bilden. Die Gruppe der Beamten wird von 2, die der Angestellten von 4 und die der Arbeiter von 5 gewählten Bediensteten vertreten.

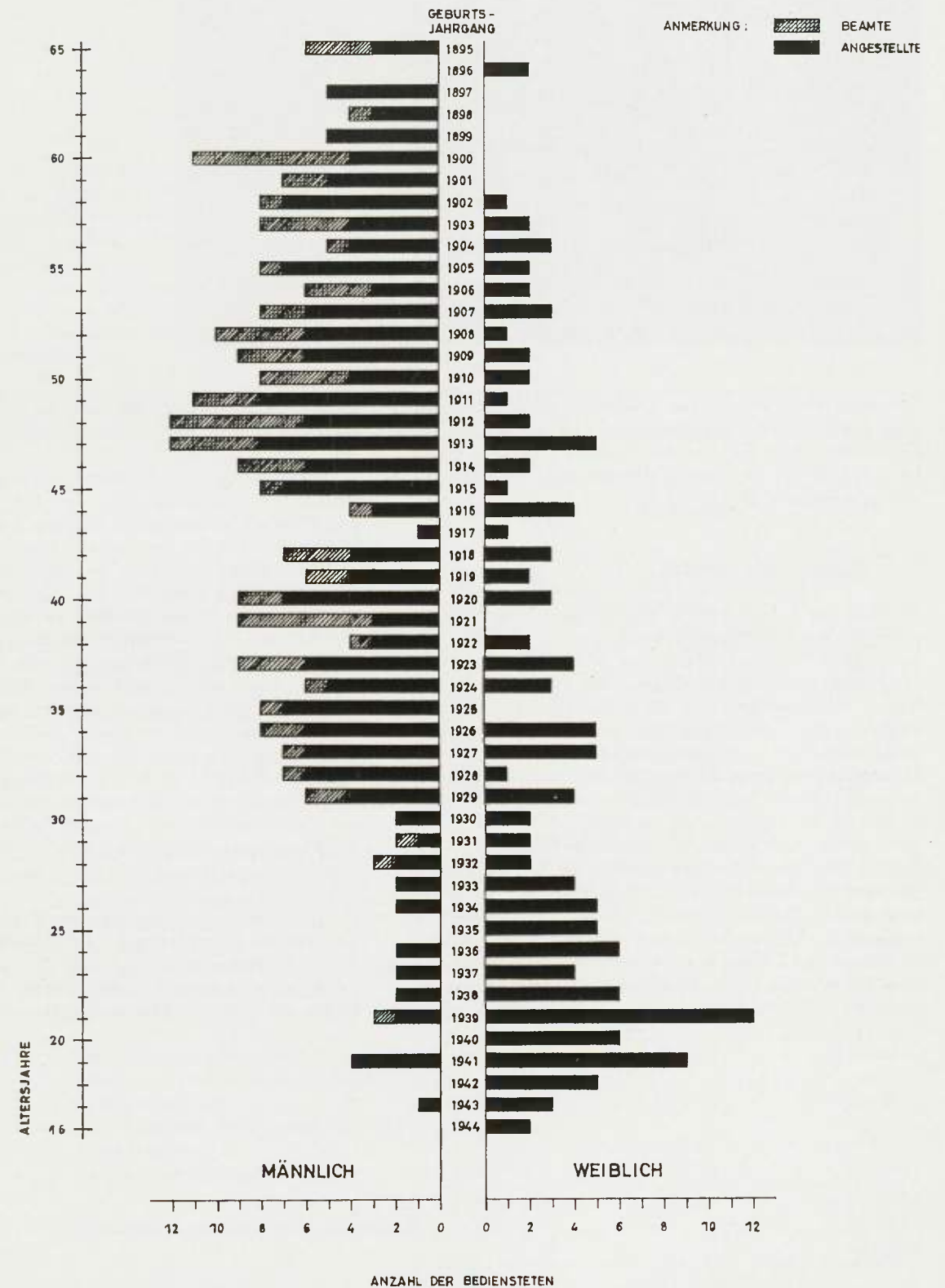
Die Personalvertretung war jeweils bei den jährlichen Beförderungen, Vorrückungen und Höhergruppierungen mittätig. Außerdem wirkte sie bei Einstellungen und Versetzungen mit. Die Stadtverwaltung ließ es sich besonders angelegen sein, in außergewöhnlichen Notfällen den betroffenen Bediensteten durch Unterstützungen zu helfen.

Bei Jubiläen und sonstigen Ehrungen war der Vorsitzende des Personalrats anwesend, um den Geehrten die Glückwünsche der Mitarbeiter zu übermitteln.

An der Einführung der Fünf-Tage-Woche hatte die Personal-

ALTERSAUFBAU DER BEAMTEN UND ANGESTELLTEN
DER STADTVERWALTUNG UND DER STADTWERKE

AM 31. DEZEMBER 1960



TÜBINGEN, DEN 28.2.1961
HAUPTAMT / STATISTIK



Verabschiedung des inzwischen verstorbenen, verdienten Oberbaurats Paul Giesing am 31. März 1957

vertretung starken Anteil. Diese Arbeitszeitregelung wurde von allen Angehörigen der Stadtverwaltung dankbar begrüßt. Ganz besonders ist die gute Zusammenarbeit zwischen Oberbürgermeister und Gemeinderat einerseits und Personalrat andererseits hervorzuheben.

Rechnungsprüfungsamt

Durch die am 1. April 1956 in Kraft getretene Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wurde auch die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamts auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Die Gemeindeordnung hat nicht nur die Pflichtaufgaben des Amtes erweitert, sondern auch die Kann-Aufgaben bei grundsätzlich gleicher Zielsetzung teilweise neu formuliert. Das Rechnungsprüfungsamt ist nunmehr durch Gesetz verpflichtet, zur Vorbereitung der Beschlußfassung des Gemeinderats über den Jahresabschluß die Rechnungsunterlagen sowohl bei der Stadt als auch bei den Eigenbetrieben zu prüfen.

Schwerpunkt der Prüfungsarbeit war in den Berichtsjahren die Prüfung der Jahresrechnungen einschließlich der Rechnungen des außerordentlichen Haushalts, des Verwahr- und Vorschufsbuchs und der Vermögensrechnung. Die Prüfung erstreckte sich auch auf die Kassenrechnung, also auf das gesamte Material an Büchern und Belegen, das durch den Zahlungsverkehr und seine Verbuchungen bei der Stadtkasse und der Zahlstelle beim Sozialamt in dieser Zeit angefallen ist. Dabei wurden alle Ein-

nahmen und Ausgaben erfaßt, die in den Zeit- und Sachbüchern einschließlich Vorschufbuch und Verwahrbuch zu buchen waren.

Das Gesamtergebnis der Prüfung wurde in einem umfassenden Schlußbericht zusammengestellt, der dem Oberbürgermeister und alsdann dem Gemeinderat vorgelegt wurde.

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge umfaßte alle baren und bargeldlosen Zahlungen, die Erstattungen zwischen den Einzelplänen und Abschnitten des ordentlichen Haushalts sowie den inneren Rechnungverkehr zwischen dem ordentlichen Haushalt und dem Vermögen einschließlich der über das Vorschufbuch und das Verwahrbuch laufenden Beträge.

Bei der *Visa-Kontrolle* sind die von den sachbearbeitenden Dienststellen mit Feststellungsvermerken und Annahme- oder Auszahlungsanordnung versehenen Rechnungsbelege vor der Zahlung geprüft worden. Die Zahl der Einzelbelege betrug rund 225 000 und ist ein Beispiel für die vielseitige Arbeit des Amtes. In der gleichen Zeit wurden weit über 350 unvermutete Kassenprüfungen zur Überwachung des Geldverkehrs der Stadt sowie die erforderlichen Bestandsprüfungen bei Fahrnisgegenständen, geldwerten Drucksachen, Wertzeichen u. a. durchgeführt.

Durch die sinnvolle Verbindung von Prüfung und Beratung einerseits und Unterstützung bei der Durchführung der als notwendig erachteten Forderungen und Ziele andererseits ist das Rechnungsprüfungsamt in zunehmendem Maße Helfer und Berater der städtischen Dienststellen geworden.

II. Finanzverwaltung

Stadtpflege

Die Stadtpflege ist die zentrale Dienststelle für das Finanz-, Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie für die Verwaltung des städtischen Geldvermögens.

Durch die wirtschaftliche Hochkonjunktur haben sich auch im Berichtszeitraum 1955–1960 die ordentlichen Einnahmen, insbesondere das Gewerbesteueraufkommen und die Finanzzuweisungen des Landes, von Jahr zu Jahr erhöht. Entsprechend hat sich auch das *Haushaltsvolumen* gesteigert. Die Entwicklung zeigt folgendes Bild:

Rechn.-Jahr	ordentlicher Haushalt DM	außerordentl. Haushalt DM	Einnahmen und Ausgaben zus. je DM
1955	13 911 700	4 390 000	18 301 700
1956	15 824 200	5 212 000	21 036 200
1957	16 327 700	4 861 000	21 188 700
1958	16 509 200	3 560 000	20 069 200
1959	18 075 160	4 832 000	22 907 160
1960	20 589 080	5 896 000	26 485 080

einschl. Nachtrag

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben *im ordentlichen Haushalt* nach den Zahlen der Rechnungsjahre 1955, 1958 und 1960

a) Einnahmenseite		1955 Rechn.-Erg. DM	1958 Rechn.-Erg. DM	1960 lt. HHPi. einschl. Nachtrag DM
01-04	Steuern	5 192 202	7 492 573	9 169 250
07/08	Zuweisungen	4 075 254	3 695 443	4 739 400
0	Steuern und Zuweisungen	9 267 456	11 188 016	13 908 650
1	Gebühren, Entgelte, Strafen	2 177 340	2 408 873	2 845 230
2	Andere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	2 904 394	3 334 455	3 648 240
3	Einnahmen aus Vermögensbewegung	68 000	379 025	186 960
		14 417 190	17 310 369	20 589 080
	In den vorgenannten <i>Steuern</i> sind an <i>Gewerbesteuer</i> enthalten	3 062 316	5 263 165	7 000 000
	Auf die Zuweisungen entfallen folgende <i>Finanzzuweisungen des Landes</i> nach dem FAG 1958	1 131 778	1 762 381	2 600 000
	In diesen Zahlen kommt die wirtschaftliche Hochkonjunktur zum Ausdruck.			
b) Ausgabenseite				
4	Persönliche Ausgaben	3 401 826	4 457 544	5 118 470
5	Zuweisungen, Steuerbeteiligungsbeträge, Fürsorgeleistungen	4 716 570	4 808 782	5 155 610
6/7/8	Andere sächliche Verwaltungs- und Zweckausgaben	3 560 205	4 605 701	6 547 920
9	Ausgaben aus Vermögensbewegung	2 297 775	2 433 571	3 767 080
		13 976 376	16 305 598	20 589 080
	Überschuß als Ergebnis der Jahresrechnung	440 814	1 004 771	noch nicht bekannt
	ergibt wieder (wie oben)	14 417 190	17 310 369	

Ein großer Teil der Ausgaben ist zwangsläufig, so z. B. die persönlichen Ausgaben. Sie betragen in Prozenten der Gesamtausgaben:

1955	25,1 %
1958	27,3 %
1960	28 %

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im außerordentlichen Haushalt

a) die Einnahmen und Ausgaben betragen:

1955 DM	1956 DM	1957 DM	1958 DM	1959 DM	1960 DM
je 4 390 000	5 212 000	4 861 000	3 560 000	4 832 000	5 896 000

b) die Bauinvestitionen betragen

	1955 DM	1956 DM	1957 DM	1958 DM	1959 DM	1960 DM	zus. DM
im Hochbau	1 745 000	1 844 000	1 923 000	1 605 000	678 000	333 000	8 128 000
im Tiefbau	1 783 000	1 568 000	1 587 000	361 500	2 574 000	4 217 000	12 090 500
	3 528 000	3 412 000	3 510 000	1 966 500	3 252 000	4 550 000	20 218 500

Der größte Teil der Investitionen ist nicht rentierlich. Im Hochbau handelt es sich in der Hauptsache um Ausgaben für Schulgebäude, Kindergärten, Altersheime und für den Viehhofneubau.

Im Tiefbau wurden durchweg Ausgaben für Straßen, Kanäle und Erweiterung der Kläranlage geleistet.

b) Der Schuldenstand

Er steigert sich von Jahr zu Jahr, wenn auch angestrebt wird, die Vorhaben, die im außerordentlichen Plan veranschlagt werden, mit möglichst wenig Darlehen zu finanzieren.

Die Entwicklung zeigt folgende Übersicht:

Rechnungsjahr	Einwohnerzahl Stand der Fortschreibung jeweils auf 30.6.	Schuldenstand auf Schluß des Rechn.-Jahres (Rechn.-Ergebnis ohne Stadtwerke DM)	pro Kopf der Bevölkerung DM
1955	46 141	4 802 272.—	104.—
1956	46 414	7 719 553.—	166.—
1957	46 262	8 836 685.—	191.—
1958	47 569	8 544 557.—	180.—
1959	49 175	9 660 183.—	191.—
1960 lt. HHPl. einschl. Nachtrag	50 641	10 201 954.—	201.—

Die inneren Darlehen sind in obigen Zahlen inbegriffen.

Da sich die Durchführung der Vorhaben, die im außerordentlichen Haushaltsplan veranschlagt sind, in der Regel auf mehrere Jahre erstreckt, erfolgt die Abrechnung der Vorhaben erst nach Beendigung der Bauvorhaben.

Eine jährliche Rechnungslegung kann daher nicht so wie im ordentlichen Haushalt erfolgen.

Interessant ist aber, zu erfahren, welches Volumen und welche Bauinvestitionen im Berichtszeitraum veranschlagt waren.

Es ergibt sich folgende Übersicht:

Es ist bedauerlich, daß die meisten Darlehen unrentierlich sind. In dem Schuldenstand von 1960 sind unrentierliche Darlehen in Höhe von 8 862 518.— DM enthalten.

c) Der Vermögensstand der Stadt

Die Werte des Sachvermögens der Stadt (unbebaute und bebaute Grundstücke, Waldungen usw. sowie bewegliches Vermögen) sind bis jetzt noch nicht in die Vermögensrechnung einbezogen.

Die Einführung einer Vollvermögensrechnung unter Einbeziehung des gemeindlichen Sachvermögens in allen Ländern befindet sich noch im Vorfeld der Verhandlungen.

Es ist daher nur möglich, einen Überblick zu geben über die Geldvermögensrechnung.

Die Zahlen nach dem Stand vom 31. 3. 1955, 31. 3. 1958 und 31. 3. 1960 sollten genügen, um zu beweisen, daß das Geldvermögen in seinem Bestand erhalten blieb.

Es ergibt sich folgende Übersicht:

	Stand vom 31. 3. 1955 DM	31. 3. 1958 DM	31. 3. 1960 DM
1. Allg. Kapitalvermögen	2 397 286.56	1 902 070.51	1 489 492.94
2. Haushaltsvermögen	969 998.25	894 905.50	898 548.71
3. Rücklagen	1 460 248.50	1 896 818.—	2 676 225.94
4. Beteiligungen	64 921.49	245 900.—	248 900.—
5. Stiftungsvermögen (unselbständige Stiftung)	181 089.48	430 686.74	523 861.90
	5 073 544.28	5 370 380.75	5 837 029.49

Das Vermögen dient der Aufgabenerfüllung. Von diesem Grundsatz wird Gebrauch gemacht durch innere Darlehen beim Allg. Kapitalvermögen, beim Rücklage- und beim Stiftungsvermögen, sowie auch durch Entnahmen ohne Wiederersatz in den Fällen, wo die Umwandlung von Geldvermögen in Sachvermögen vertretbar ist.

Schlußbemerkung

Die Finanzen der Stadt Tübingen als Universitäts- und Behördenstadt sind unzureichend. Das Gewerbesteueraufkommen beträgt gegenüber anderen etwa gleich großen Städten mit mehr Industrie ungefähr die Hälfte.

Das Grundsteueraufkommen ist wegen der vielen steuerbefreiten Gebäude des Landes und auch derjenigen der Landesanstalten weit unter dem Durchschnitt.

Der Aufwand für die öffentlichen und unrentierlichen Einrichtungen aller Art steigert sich immer mehr.

Die Stadt erwartet daher vom Land und vom Bund angemessene Finanzhilfen. Die diesbezüglichen Bemühungen der Stadt sind im Gange, um den vielschichtigen und als Universitätsstadt zusätzlichen Aufgaben nachkommen zu können.

Stadtkasse

Die Stadtkasse ist als Einheitskasse für die Stadt und die Stadtwerke eingerichtet. Mit der Erhöhung des Volumens des Haushalts- bzw. Wirtschaftsplans steigerte sich auch der Geldumlauf bei der Stadtkasse. Während die Umsätze (bar und unbar) im Jahre 1955 noch rd. 54 Millionen betragen, stiegen sie im Jahre 1959 auf rd. 74 Millionen. Entsprechend steigerten sich die Buchungsleistungen. Im Rechnungsjahr 1955 gingen 145 700 Buchungen über die Buchungsmaschinen der Einnahmekasse. Im Rechnungsjahr 1959 wiesen diese Maschinen 151 400 Buchungen aus, während sich die Buchungen im Sachbuch von rd. 21 000 im Jahr 1955 auf rd. 23 500 im Jahr 1959 erhöhten. Die Stadtkasse war in den vergangenen sechs Jahren stets flüssig. Auch größere Summen für die zahlreichen Bauvorhaben, für Grundstückskäufe, für Strom-, Gas- und Wasserbezug der Stadtwerke usw. konnten ohne Verzögerung bereitgestellt werden.

Der Beitreibung mußte laufend große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es war sehr viel Kleinarbeit erforderlich, um die Außenstände beim Rechnungsabschluß im Rahmen zu halten. Jährlich ergingen, um die hauptsächlichen Beitreibungsmaßnahmen zu nennen, rd. 5700 Zahlungserinnerungen, 11 000

Mahnungen, 2800 Vollstreckungsanordnungen und 70 Lohnpfändungen. Nicht immer war Unvermögen der Grund für Zahlungsverzögerungen. Oft mußte auch wegen Zahlungsunwilligkeit eingeschritten werden. Es kann jedoch festgestellt werden, daß sich die Zahlungsmoral im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre gebessert hat. Bei den Einzugsgeschäften ist es weder bei der Kasse selbst noch im Außendienst der Vollziehungsbeamten zu Unzutraglichkeiten mit dem Steuerzahler gekommen. Seit 1. April 1959 wird die Grundsteuer in vierteljährlichen Raten erhoben. Die Änderung der Zahlungstermine hat sich sehr bewährt. Nur noch rd. 200 Grundsteuerpflichtige von rd. 5800 zahlen wie bisher monatlich. 1400 Steuerpflichtige zahlen durch Dauerauftrag.

Auch die Umstellung der Hausgebühren auf jährliche Fälligkeit (bisher vier Raten) ab 1. April 1959 hat keinerlei Anstände ergeben.

Die Umstellung des Hebedienstes der Stadtwerke in 24 Bezirken (Umwandlung von Hol- auf Bringschuld) vollzog sich bei der Stadtkasse reibungslos.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde auf 1. April 1957 die Nebenkasse beim Städtischen Sozialamt in eine Zahlstelle umgewandelt.

Die Belastung der Stadtkasse durch Erledigung von Einziehungsersuchen für Unfallversicherungsträger und Kirchen ist in den letzten drei Jahren merklich geringer geworden.

Im Sommer 1959 konnte in dankenswerter Weise der schon länger geplante Umbau der Schalteranlagen der Einnahmekasse durchgeführt werden.

Steuerabteilung

Die Gemeindesteuern lagen im Berichtszeitraum im besonderen Maße im Widerstreit der Meinungen um ihre Abschaffung, Beibehaltung, Senkung, Erhöhung oder gar Neu- bzw. Wiedereinführung. Die dabei aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten haben mitunter zu längeren politischen, rechtlichen, wirtschafts- sowie kommunalpolitischen Erörterungen und Auseinandersetzungen geführt. Presse, Rundfunk, Wirtschafts- und andere Verbände haben sich dabei in weitem Maße eingeschaltet.

Die offenbar unter dem Eindruck der stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung getroffenen Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften haben die Steuereinnahmen der Gemeinden erheblich geschmälert. Demgegenüber ist durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes vom 24. Dezember 1956 - BGBl. I S. 1077 - ein alter

Wunschtraum der Gemeinden: die volle Ertragshöhe über die Realsteuern zu haben, in Erfüllung gegangen. Die Ertragsgarantie ist aber leider noch keine Bestandsgarantie. Gegen Ende des Berichtsjahres haben die von verschiedenen Interessengruppen während der vergangenen Jahre mit immer stärkerem Druck erhobenen Forderungen auf Senkung einiger Gemeindesteuern bei der Gewerbesteuer und bei der Vergnügungssteuer konkrete Formen angenommen. Hingegen ist die Forderung der Gemeinden, die längst fällige Neubewertung des

	1955	1957	1959	1960 (voraussichtl.)
	DM	DM	DM	DM
Grundsteuer	1 373 233	1 437 674	1 508 821	1 560 000
Gewerbesteuer (Ohne Gew.-St.-Ausgleich)	3 062 316	4 624 561	6 054 054	7 000 000
Einwohnersteuer	176 179	194 161	213 233	230 000
Getränkesteuer	175 982	—	—	—
Vergnügungssteuer	206 698	233 297	239 151	245 000
Hundesteuer	45 335	46 491	48 962	50 000
	5 039 743	6 536 184	8 064 221	9 085 000

Über die einzelnen Steuern und die Entwicklung des Steueraufkommens ist auszuführen:

1. Grundsteuer:

Das Zweite Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familiengesetz) vom 27. Juni 1956 hat den Kreis der Begünstigten gegenüber dem Ersten Wohnungsbaugesetz vom 24. April 1950 wesentlich erweitert. Nach dem Stand vom 1. April 1955 wurden in 730 Fällen Grundsteuerbegünstigungen mit einem Steuerausfall von jährlich 131 100 DM gewährt. Bis zum 1. April 1960 hat sich die Zahl der Steuerbegünstigten auf 1670 Fälle und der jährliche Steuerausfall auf 324 500 DM erhöht.

Die in der Öffentlichkeit seit Frühjahr 1959 bekannten Bestrebungen der kommunalen Spitzenverbände, das Grundsteueraufkommen vor der sich immer wieder hinauszögernden Hauptfeststellung der Einheitswerte durch eine lineare Erhöhung der Grundsteuermaßbeträge um 40 Prozent – beziehungsweise als Kompromißlösung um 20 Prozent – zu steigern, haben bisher nicht zum Erfolg geführt.

Für unbebaute, aber baureife Grundstücke wurden die Bestimmungen über die Erhebung der Grundsteuer durch das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) geändert. Ab 1. Januar 1961 ist die Grundsteuer (C) unter Anwendung erhöhter Maßzahlen zu berechnen.

2. Gewerbesteuer

Das mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 5. Oktober 1956 (BGBl. I S. 786) ist in dem Bestreben ergangen, dem Mittelstand Steuererleichterungen zu gewähren. Dies wurde – für die Begünstigten allerdings nur in geringem Umfang – durch eine Erhöhung der Freigrenze und der Stufenbeträge bei der Festsetzung des Steuermaßbetrags für natürliche Personen und Personengesellschaften bewirkt.

Durch die Erhöhung der Steuerfreigrenze sind in Tübingen die der Gewerbesteuer unterliegenden Personen im Verhält-

Grundbesitzes als Voraussetzung für eine gerechte und zeitnahe Besteuerung von wirtschaftspolitischen Erwägungen zurückgedrängt worden. Auch den Bestrebungen, den durch das dauernde Hinausschieben der Hauptfeststellung der Einheitswerte entstehenden Einnahmeausfall durch eine lineare Erhöhung der Grundsteuermaßbeträge wenigstens teilweise auszugleichen, war kein Erfolg beschieden.

Das Rechnungsergebnis an den zu erhebenden Gemeindesteuern gestaltet sich in der Berichtszeit wie folgt:

nis zur Gesamtzahl aller Steuerpflichtigen von 27 v. H. auf 35 v. H. angewachsen. Der der Stadt durch das Änderungsgesetz zum Gewerbesteuergesetz entstandene Steuerausfall ist mit mindestens 400 000 DM jährlich zu veranschlagen.

In den letzten Wochen zeichnete sich deutlich ab, daß die Bundesregierung bei der Gewerbesteuer Mittelstandspolitik auf Kosten der Gemeinden treibt. So hat das Bundeskabinett anfangs Dezember 1960 beschlossen, für natürliche Personen und für Personengesellschaften den Freibetrag von bisher 2400 DM auf 7200 DM heraufzusetzen, sofern der Gewerbeertrag unter 50 000 DM jährlich liegt. Allein die Erhöhung des Unternehmerfreibetrags auf 7200 DM würde nach Ermittlungen der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände 57,4 v. H., also mehr als die Hälfte aller Gewerbebetriebe aus der Gewerbeertragssteuer entlassen.

Durch das Zweite Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden vom 26. November 1956 wurde der Ausgleichsbetrag je Arbeitnehmer mit Wirkung vom 1. April 1957 ab von 50 DM auf 75 DM erhöht. Die Gewerbesteueransprüche der berechtigten Wohngemeinden sind demgemäß für das Jahr 1960 für 6122 Einpendler auf 459 150 DM (gegenüber 218 750 DM für 4375 Einpendler im Jahr 1955) angewachsen. Die Zahl der in gewerbesteuerpflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer ist von 13 251 im Jahr 1955 auf 14 475 im Jahr 1960 gestiegen. Die Zahl der Auspendler betrug zu Anfang des Berichtszeitraums 557 und beträgt jetzt 800 Arbeitnehmer.

3. Einwohnersteuer

Gegen die Einwohnersteuer, die als sogenannte gemeindliche Nebensteuer bekanntlich nur im Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern erhoben werden darf, wird nachdrücklich eingewendet, ihre Erhebung sei unzulässig, da nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg die Einwohnersteuerordnung (letzte Fassung vom 10. September 1951) hierfür nicht mehr als ausreichende Gesetzesgrundlage angesehen werden könne. Demgegenüber hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen

in seinem Urteil vom 26. Mai 1959 II a/157/58 (noch nicht rechtskräftig) festgestellt, daß die Einwohnersteuerordnung Landesrecht des ehemaligen Landes Württemberg-Hohenzollern darstellt und auf Grund des Art. 31 Abs. 1 des Gesetzes über die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt im südwestdeutschen Bundesland (Überleitungsgesetz) vom 15. Mai 1952 (Ges.-Bl. S. 3) in Verbindung mit Art. 94 Abs. 3 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (Ges.-Bl. S. 173) im Bereich des jetzigen Regierungsbezirks Südwürttemberg-Hohenzollern in Kraft geblieben ist.

4. Getränkesteuer

In der Sitzung des Gemeinderats vom 25. März 1957 wurde ein aus seiner Mitte gestellter Antrag auf Beibehaltung der Getränkesteuer mindestens auf ein weiteres Jahr mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Damit war in Tübingen die Getränkesteuer entsprechend dem früheren Beschluß des Gemeinderats vom 26. März 1956 mit Wirkung ab 1. April 1957 abgeschafft. – Im Rechnungsjahr 1956 hatte die Getränkesteuer 194 096 DM erbracht. –

5. Vergnügungssteuer

Das Gesetz über die Vergnügungssteuer vom 31. Januar 1955 (Reg.Bl. S. 41) hat als bedeutendste Änderung eine Erhöhung des Steuersatzes für Filmvorführungen (von 15,25 v. H. auf 20 v. H.) gebracht. Demgegenüber sind aber die Steuervergünstigungen bei den als förderungswürdig anerkannten Filmen wesentlich erweitert worden. Im Zeitpunkt der Einführung des neuen Vergnügungssteuerrechts durch Erlass einer örtlichen Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer war vorauszu- sehen, daß die durch die Erhöhung des Steuersatzes für Filmvorführungen anfallenden höheren Einnahmen durch die Inanspruchnahme der erweiterten Steuervergünstigungen für prädikatisierte Filme abgeschöpft werden. Dies ist auch tatsächlich eingetreten, wie folgendes Bild deutlich vor Augen führt:

Jahr	durchschnittl. Vergnügungssteuersatz für Filme	Steuerausfall DM	in %
1955	15,18 %	56 684,65	24,06
1958	14,18 %	83 206,45	28,84
1959	13,72 %	96 264,90	31,38

Die Einnahmen an Vergnügungssteuer zeigen auch im Jahr 1960 noch eine gewisse Stetigkeit. Die Filmtheaterbesitzer bemühen sich aber nachdrücklich um eine Senkung der Steuersätze für Filmvorführungen. Die zuständigen Ministerien des Landes beabsichtigen, nach dem Vorgang in anderen Ländern den Vorstellungen des Filmtheatergewerbes in gewissem Umfang zu entsprechen.

Bei Gewährung der nach der Novelle zum Vergnügungssteuergesetz vorgesehenen Vergünstigungen würde der Steuerausfall von bisher rd. 96 000 DM auf rd. 194 000 DM, im Falle einer daneben vorgeschlagenen Kompromißlösung auf rd. 164 000 D-Mark ansteigen.

Aus dem sonstigen Aufgabenbereich der Steuerabteilung ist noch zu erwähnen, daß für das Jahr 1955 rd. 22 000 Lohnsteuerkarten und für das Jahr 1960 26 000 Lohnsteuerkarten ausgefertigt worden sind und daß die Zahl der Fälle

- auf Fortführung des Steuerbuchs durch Veränderungen im Grundbesitz,
- der Veranlagungen zu den einzelnen Steuerarten,
- der erteilten Vorauszahlungs- und Anpassungsbescheide,
- der An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben und
- der Anträge auf Erlass und Ermäßigung von Gemeindesteuern aus wirtschaftlichen Gründen sich seit dem Jahre 1955 von 24 300 auf 28 400 im Jahre 1959 erhöht hat.

Von den „übertragenen Aufgaben“ verdient die im Jahr 1955 begonnene Neuschätzung des Gebäudebestands durch die Schätzungskommission der Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt besonders erwähnt zu werden. Von den insgesamt 9956 unter die staatliche Zwangsversicherung fallenden Gebäuden liegen bis jetzt für rd. 4400 Gebäude – also für ca. 43,8 v. H. – die Ergebnisse der durchgreifenden Schätzung vor. Dabei ist der Gebäudebestand im Stadtkern vollständig neu aufgenommen worden. Die Schätzungsarbeiten nehmen ihren Fortgang und erstrecken sich jetzt auf die Außenbezirke der Stadt.

Schulpflege

Verwaltung und Gemeinderat waren in den Jahren 1955 bis 1960 bemüht, das Schulwesen der Stadt Tübingen weiter auszubauen und zu verbessern. Tübingen kommt als anerkannte Schulstadt, vor allem auf dem Gebiete der Höheren Schulen, eine besondere Bedeutung zu. Dies geht schon daraus hervor, daß zur Zeit 45 Prozent aller Schüler der hiesigen Volks-, Mittel- und Höheren Schulen eines der drei Gymnasien oder die Mittelschule besuchen.

- In der Berichtszeit wurden folgende *Schulbauten* neu errichtet bzw. bereits bestehende Schulgebäude ausgebaut und ihrer Bestimmung übergeben:

- Berufsschulgebäude* für die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule sowie für die von der Stadt neu eingerichtete Höhere Handelsschule und zweijährige Handelsschule in Tübingen-Derendingen. Die Einweihung dieses Neubaus, der 2,93 Millionen DM gekostet hat, fand am 8. Oktober 1955 nach einer Bauzeit von 26 Monaten statt.

2. Erweiterungsbau des Kepler-Gymnasiums.

Dieser enthält u. a. neun Klassenzimmer, sechs Spezialräume für den Physik-, Chemie- und Biologie-Unterricht sowie einen Versammlungsraum (Aula) für das Kepler-Gymnasium selbst, ferner fünf Klassenzimmer, ein Lehrerzimmer und ein Lehrmittelzimmer für die Volksschulen und außerdem drei Klassenzimmer, zwei Spezialräume (Schulküchen und Eßraum) und einige Nebenräume für die bisher unzulänglich untergebrachte Hauswirtschaftliche Berufsschule. Die Baukosten für diesen Erweiterungsbau betragen 2,65 Millionen DM. Die feierliche Einweihung des Anbaues fand am 12. September 1958 statt.

3. Erweiterungsbau der Dorfackerschule in Tübingen-Lustnau,

- der am 5. Juni 1959 feierlich eingeweiht wurde. Dieser Erweiterungsbau enthält:
- 4 neue Klassenzimmer,
 - 1 Zeichensaal, zugleich Musik- und Festsaal
 - 1 Lehrerzimmer
 - 1 Rektorzimmer und
 - 1 Hausmeisterzimmer.

Gleichzeitig wurde im Altbau ein Physikzimmer mit Vorbereitungsraum und ein Lehrmittelzimmer eingerichtet. Im Untergeschoß des Altbaus wurde der frühere Luftschutzraum in einen Werkraum umgewandelt.

Die Baukosten betragen 633 000 DM

Der Schulraumbedarf der Evang. Bekenntnisschule Lustnau ist durch diesen Erweiterungsbau für absehbare Zeit gedeckt.

4. Ausbau des Gebäudes Schulstraße 1

für die Pestalozzische (Hilfsschule) und Albert-Schweitzer-Mittelschule im Jahre 1958 mit einer Baukostensumme von 130 000 DM.

5. Bau der Doppelturnhalle in der Weststadt (Hermann-Hepper-Turnhalle).

Die Errichtung der Doppelturnhalle in der Weststadt wurde vom Gemeinderat am 26. Juli 1954 genehmigt. Sie wurde in den Jahren 1954 und 1955 als *Schulturnhalle* gebaut. Sie dient folgenden Schulen:

Silcherschule, Hölderlinschule, Uhlandschule, Melanchthonschule, Hilfsschule und Albert-Schweitzer-Mittelschule.

Ferner stehen die Turnhalle und die sonstigen Räume den turn- und sporttreibenden Vereinen und Organisationen für Übungszwecke, Lehrgänge und Schulungen *unentgeltlich* zur Verfügung, ebenso der Singsaal den Gesangsvereinen.

Die Baukosten betragen 1 230 000 DM

Die Einweihung der neuen Turnhalle fand am 3. Dezember 1955 statt.

Der Westturnhalle wurde am 10. Mai 1958 in Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. Februar 1958 – § 40 – in einer Feierstunde offiziell der Name „Hermann-Hepper-Turnhalle“ gegeben.

6. Neuerrichtung der Höheren Handelsschule und zweijährigen Handelsschule.

Der Gemeinderat hat die Notwendigkeit der Errichtung einer Höheren Handelsschule in Tübingen schon vor dem zweiten Weltkrieg grundsätzlich anerkannt und am 4. Februar 1952 der Einrichtung einer solchen Schule zugestimmt. Es fehlte jedoch an Räumen.

Durch den Bau des im Oktober 1955 fertiggestellten neuen Berufsschulgebäudes konnte dieser Plan verwirklicht werden. Zu Beginn des Schuljahrs 1955/56 wurde nun eine Höhere Handelsschule eingerichtet, die mit einer Vorklasse anlief. Gleichzeitig wurden die bisherigen bürotechnischen Jahreskurse, die seit 1933 bestanden, in eine zweijährige Handelsschule umgewandelt.

7. Ausbau der Mittelschule.

Die hiesige Mittelschule, die 1952 zunächst mit einer Klasse als neue Schulform in Tübingen eingerichtet wurde, wurde in den folgenden Jahren ständig weiter ausgebaut. Sie zählte am 16. Mai 1960 bei 17 Klassen bereits 657 Schüler.

Auf Vorschlag des Lehrerkollegiums erhielt sie 1959 den Namen „Albert-Schweitzer-Mittelschule“. Die Namensgebung wurde am 14. Januar 1960, dem 85. Geburtstag von Albert Schweitzer, vollzogen.

8. Ausbau der Hilfsschule (Pestalozzische).

Die hiesige Hilfsschule, die bisher bezüglich der Schulleitung dem Rektorat der Silcherschule unterstellt war, wurde auf Grund eines Runderlasses des Oberschulamts im Jahre 1954 ausgegliedert und gilt künftighin als *selbständige* Schule. Ab 1. April 1958 konnte eine dritte staatliche wissenschaftliche Leh-

rerstelle an dieser Schule eingerichtet werden. Die Hilfsschule erhielt 1957 den Namen *Pestalozzi-Schule*.

b) Beseitigung der Schulraumnot.

Nach dem zweiten Weltkrieg hatten alle hiesigen Schulen unter einer fast unerträglichen Raumnot zu leiden. Eine allerdings kaum spürbare Linderung war zu verzeichnen, als das für Zwecke des Finanzministeriums des früheren Landes Württemberg-Hohenzollern beanspruchte Schulgebäude der Frauenarbeitsschule im Frühjahr 1953 freigegeben wurde. Eine weitere Entlastung brachte die Aufhebung der Beschlagnahme des Schulgebäudes des Wildermuth-Gymnasiums auf 20. April 1955. Dadurch konnte in erster Linie den höheren Schulen weiterer Schulraum zugeteilt werden. Eine wesentliche Besserung trat ferner durch den Neubau des Berufsschulgebäudes und den Erweiterungsbau des Kepler-Gymnasiums ein. Hierdurch sowie durch den Ausbau des Industriesaales im Gebäude Schulstraße 1 und den Erweiterungsbau der Dorfackerschule in Tübingen-Lustnau konnte der Schulraumnot an allen Schularten im großen ganzen zur Zeit behoben werden.

c) Schulkosten

Hinsichtlich des Zuschußbedarfs stand bisher der Einzelplan 2 – Schulen – im ordentlichen Haushalt der Stadt Tübingen an erster Stelle.

Für die hiesigen Schulen wurden in den Jahren 1955–1959 im *ordentlichen Haushalt* insgesamt *verausgabt*:

1955	2 464 461.72 DM
1956	3 192 071.48 DM
1957	3 232 598.48 DM
1958	3 288 460.21 DM
1959	2 689 888.59 DM

zusammen: 14 867 480.48 DM

Dazu kommen folgende Ausgaben im *außerordentlichen* Haushalt:

a) für die Hermann-Hepper-Turnhalle			
1955	675 877.27 DM		
1956	285 858.33 DM		
1957	1 470.07 DM	963 205.67 DM	
b) für die Dorfackerschule			
1957	88 054.78 DM		
1958	225 472.16 DM		
1959	252 053.46 DM	565 580.40 DM	

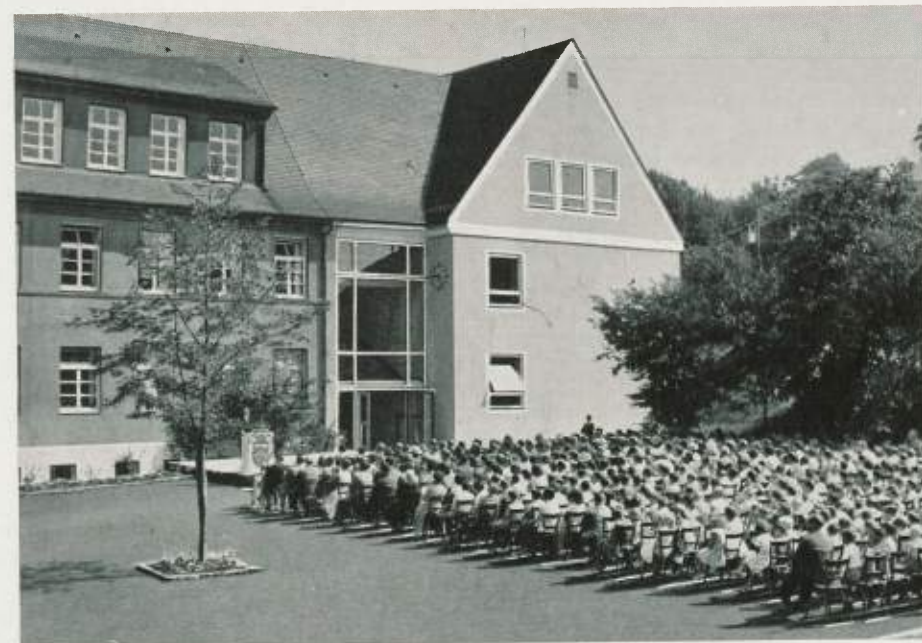
c) für die Mittelschule			
1958		114 955.56 DM	

d) für das Kepler-Gymnasium			
1955	2 222.49 DM		
1956	693 138.08 DM		
1957	847 133.50 DM		
1958	1 019 986.91 DM	2 562 480.98 DM	

e) für die Gewerbliche Berufsschule			
1955	885 375.64 DM		
1956	122 408.44 DM		
1957	9 981.05 DM	1 017 765.13 DM	5 223 987.74 DM

somit betragen die Gesamtausgaben für 1955–1959 20 091 468.22 DM

Einweihung der erweiterten Dorfackerschule



Die Höhe des jährlichen Zuschußbedarfs für die Schulen wird zu einem großen Teil durch die *Beiträge der Stadt zu den persönlichen Schulkosten* (Lehrerstellenbeiträge) beeinflusst. Die Beiträge der Schulträger zu den persönlichen Schulkosten betragen nach § 2 des 2. Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 13. Januar 1958 ab 1. April 1958

an den Volks- und Hilfsschulen	30 % (wie bisher)
an allen übrigen Schulen	32,5 % (bisher 40 %, 50 % und 60 % je nach Schulart)

d) Schulgeld- und Lernmittelfreiheit

1. Schulgeldfreiheit

Nach dem Gesetz über Schulgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen vom 31. Januar 1955 (Ges.Bl. S. 38) dürfen

die Schulträger vom Schuljahr 1957/58 ab an den öffentlichen Mittelschulen, den Höheren Schulen und den Berufsfachschulen kein Schulgeld mehr erheben. Die Schulträger erhielten bisher den sich ergebenden Ausfall an Schulgeldeinnahmen in voller Höhe vom Land ersetzt. Vom Schuljahr 1958/59 an gilt dieser Ersatz als durch die Herabsetzung der Lehrerstellenbeiträge abgegolten.

2. Lernmittelfreiheit

aa) An den öffentlichen Volks- und Berufsschulen

Die Lernmittelfreiheit an den öffentlichen Volks- und Berufsschulen ist nach dem obengenannten Gesetz in Baden-Württemberg vom Schuljahr 1958 an vollständig durchzuführen. Die Gemeinden als Schulträger sind nach diesem Gesetz verpflich-



BM Weibenmaier – heute Landrat in Freudenstadt – begrüßt Albert Schweitzer im Tübinger Rathaus – 12. Oktober 1959

ten, den Schülern alle notwendigen Lernmittel, deren Kosten im Einzelfall mehr als 1 DM überschreiten, leihweise zu überlassen, sofern sie nicht von den Erziehungsberechtigten oder von den Schülern selbst beschafft werden.

Zur Durchführung der Lernmittelfreiheit an den hiesigen Volks- und Berufsschulen wurden folgende Mittel eingestellt:

	1958	1959	1960
	DM	DM	DM
für die Volks- und Hilfsschulen	35 290.-	33 920.-	34 900.-
für die Hausw. Berufsschule	1 420.-	1 120.-	945.-
	36 710.-	35 040.-	35 845.-

Hierbei wurden 12 DM je Schüler an den Volksschulen, 24 DM je Schüler an der Hilfsschule und 4 DM je Pflichtschülerin an der Hauswirtschaftlichen Berufsschule zugrunde gelegt. Bei voller Inanspruchnahme der Lernmittelfreiheit durch alle Erziehungsberechtigten oder Schüler würden die im Haushaltplan eingestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen. Man ging aber davon aus, daß diejenigen Erziehungsberechtigten, die finanziell dazu in der Lage sind, auch weiterhin die Lernmittelfreiheit für ihre Kinder selbst beschaffen werden.

bb) *An den Mittelschulen, den Höheren Schulen und den Berufsfachschulen*

Mit Beginn des Schuljahrs 1959/60 sind die Schulträger gehalten, nicht nur die Lernmittelfreiheit an den Volks- und Berufsschulen, sondern auch an den Mittelschulen, Höheren Schulen und Berufsfachschulen stufenweise durchzuführen.

Die Schulträger sind verpflichtet, die erforderlichen Mittel für die leihweise Überlassung der notwendigen Lernmittel ratenweise innerhalb der nächsten 5 Jahre zur Verfügung zu stellen, und zwar jeweils ein Fünftel des Gesamtaufwands, der bei einer vollständig durchgeführten Lernmittelfreiheit entstehen würde. Nach fünf Jahren – mit dem Schuljahr 1963/64 – besteht danach die vollständige Lernmittelfreiheit auch an diesen Schulen.

Zur Durchführung der Lernmittelfreiheit an den obengenannten Schularten wurden folgende Mittel eingestellt:

	1959	1960
	DM	DM
Mittelschule	5 400	5 700
Uhland-Gymnasium	2 400	2 400
Kepler-Gymnasium	4 500	4 500
Wildermuth-Gymnasium	3 900	4 000
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	1 200	600
Höhere Handelsschule und zweijährige Handelsschule	1 125	700
Zusammen	18 525	17 900

Die Praxis hat gezeigt, daß die Inanspruchnahme der Lernmittelfreiheit besonders bei der Mittelschule und den Höheren Schulen immer mehr zunimmt. Der Stadt werden dadurch in den kommenden Jahren laufend höhere Kosten entstehen.

e) *Schülerzahlen*

Diese betragen:	1955	1956	1957	1958	1959	1960
1. Volks- und Hilfsschulen	2 844	2 931	2 893	2 826	2 908	2 976
2. Mittelschulen	339	432	506	592	635	657
3. Höhere Schulen	1 971	1 880	1 837	1 805	1 804	1 757
4. Hauswirtschaftliche Berufsschule	267	355	315	277	206	168
5. Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	186	160	171	170	119	81
6. Höhere Handelsschule und zweijährige Handelsschule	61	107	161	160	139	139
7. Kaufmännische Berufsschule	574	635	603	552	451	441
8. Gewerbliche Berufsschule	1 421	1 428	1 357	1 392	1 212	1 107
9. Waldorfschule	417	360	370	395	385	373
zusammen	8 080	8 288	8 213	8 169	7 859	7 699

Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung hervorgeht, sind die Schülerzahlen bei den berufsbildenden Schulen seit Jahren rückläufig. Der Rückgang ist hauptsächlich durch die geburten-schwachen Kriegsjahrgänge verursacht, deren Angehörige in den letzten Jahren berufsschulpflichtig wurden.

f) *Auswärtige Schüler*

In den Schuljahren 1955 bis 1960 wurden an den hiesigen Schulen folgende auswärtige Schüler aufgenommen:

Schulart	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Hilfsschule	5	5	3	3	3	2
Mittelschule	75	97	107	141	153	180
Höhere Schulen	387	370	359	348	363	374
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	98	84	87	96	55	50
Höhere Handelsschule und zweijährige Handelsschule (fr. Bürotechn. Jahreskurs)	31	54	78	76	63	48
	596	610	634	664	637	654
=	22,86 %	23,27 %	23,25 %	23,87 %	23,16 %	24,30 %

An Gastschülerbeiträgen hat die Stadt vom Land Baden-Württemberg für auswärtige Schüler erhalten bzw. (für 1960) anzusprechen

Schulart	1955	1956	1957	1958	1959	1960
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Hilfsschule	320	980	1 040	840	1 228	588
Mittelschule	3 920	7 500	12 028	21 400	26 780	29 916
Höhere Schulen	91 988	103 716	114 912	129 812	155 132	158 020
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	13 224	12 000	12 464	22 480	27 000	17 738
Höhere Handelsschule und zweijährige Handelsschule		3 720	7 752	21 080	24 776	17 738
	109 452	127 916	148 196	195 612	234 916	224 000

Die Gastschülerbeiträge, die ab 1. April 1958 wieder für jedes Rechnungsjahr und für jede Schulart besonders festzusetzen sind, betragen von diesem Zeitpunkt an nach § 3 Abs. 3 FAG 1958 vom 21. Januar 1958 (GesBl. S. 10) 130 v. H. der vom Schulträger für das laufende Rechnungsjahr und für die einzelne Schulart zu leistenden Stellenbeiträge, geteilt durch die Zahl aller Schüler, die am Stichtag die von dem Schulträger unterhaltenden Schulen dieser Art besucht haben. Die Beiträge decken die auf den auswärtigen Schüler entfallenden Lehrerkosten und einen Teil (30 Prozent) der Sachkosten. Die Frage, ob die Gastschülerbeiträge im Hinblick auf die den Schulträgern durch die Lernmittelfreiheit an Mittelschulen, Höheren Schulen und Berufsfachschulen entstehenden Mehraufwendungen erhöht werden, ist noch nicht entschieden.

g) *Lehrerstellen*

Die Stadt war in den letzten sechs Jahren bemüht, die Verhältnisse an den hiesigen Schulen nicht nur in baulicher Hinsicht durch Schaffung neuer Schulräume zu verbessern. Es wurden vielmehr auf Grund der Beschlüsse des Gemeinderats auch zahlreiche neue Lehrerstellen, insbesondere an den weiterführenden Schulen errichtet. Leider hat aber das Oberschulamt auf 31. März 1958 nicht nur fünf wissenschaftliche staatliche Lehrerstellen an den hiesigen Volksschulen *abgebaut*, sondern auch sechs neue wissenschaftliche staatliche Lehrerstellen an den Volksschulen, für die der Gemeinderat die Mittel genehmigt hatte, nicht errichtet. Dadurch ist ein empfindlicher Lehrermangel an den hiesigen Volksschulen eingetreten. Die Folge war, daß im

Schuljahr 1958/59 teilweise Klassen bis zu 50 Schülern gebildet werden mußten, was sich auf das Bildungsniveau der Schüler nachteilig ausgewirkt hat. Die Stadt hat daher im Juni 1958 beim Oberschulamt die Wiedereinrichtung von fünf aufgehobenen Lehrerstellen und die Neueinrichtung von fünf schon früher beantragten Lehrerstellen an den hiesigen Volksschulen auf 1. April 1959 beantragt. Das Oberschulamt war aber nicht in der Lage, diesem Antrag z. Zt. zu entsprechen. Die Zahl der errichteten Lehrerstellen an den hiesigen Schulen in den letzten sechs Jahren geht aus folgender Übersicht hervor:

	1954	1960
Volks- und Hilfsschulen	86	93
Mittelschule	7	22
Höhere Schulen	73	87
Kaufm. Berufsschule	6	7
Gewerbl. Berufsschule	15	16
Haushalts- und Frauenarbeitsschule	10	5
Hauswirtschaftl. Berufsschule	4	3
Höhere Handelsschule mit zweijähriger Handelsschule	–	6
	201	239

h) *Organisatorische Änderungen*

Auf Vorschlag des Oberschulamts hat der Gemeinderat am 11. Juni 1956 beschlossen, die Christliche Gemeinschaftsschule – Mörikeschule – und die Christliche Gemeinschaftsschule Tü-

bingen-Derendingen – Ludwig-Krapf-Schule – unter einer Leitung zusammenzulegen. Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat mit Erlaß vom 11. Februar 1957 gegen die Zusammenlegung der beiden Schulen keine Einwendungen erhoben. Die Zusammenlegung hat zur Folge, daß für die bisher selbständige Volksschule Derendingen kein besonderer Ortschulrat mehr zu bestellen ist. Die Schulleitung für die beiden Schulen wurde Rektor Hansis übertragen. Durch die Zusammenlegung der beiden Schulen waren die Voraussetzungen für die Besetzung des 1. Schulleiters der Tübinger Volksschulen gegeben. Auch diese Stelle ist Rektor Hansis übertragen worden.

i) Berufsschulverband Tübingen

Für den Berufsschulverband Tübingen wurde eine neue Verbandssatzung aufgestellt, der die übrigen 25 Gemeinden zugestimmt haben. Sie ist am 1. Februar 1958 in Kraft getreten. Danach haben die Universitätsstadt Tübingen und 25 Gemeinden des Kreises Tübingen zur gemeinschaftlichen Unterhaltung einer Gewerblichen und einer Kaufmännischen Berufsschule in Tübingen unter dem Namen

Berufsschulverband Tübingen

einen Schulverband im Sinne des Art. 6 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Gewerbe- und Handelsschulen vom 22. Juli 1956 (RegBl. S. 499) gebildet. Der Berufsschulverband hat seinen Sitz in Tübingen. Vorsitzender des Berufsschulverbandes ist der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen, im Falle seiner Verhinderung der gesetzliche Stellvertreter. Für den Berufsschulverband wird seit 1. April 1957 eine besondere Rechnung geführt. Rechner des Berufsschulverbandes ist der jeweilige Stadtpfleger der Universitätsstadt Tübingen. Alles Nähere ist in der Satzung geregelt.

k) Überlassung von Schulräumen und Turnhallen an Vereine und Private zu kulturellen Zwecken

Die städt. Turnhallen und sonstigen Räume stehen den turn- und sporttreibenden Vereinen und Organisationen unentgeltlich zur Verfügung. Von dieser Möglichkeit ist reger Gebrauch gemacht worden. Die hiesigen Turnhallen sind seit Jahren an den Wochentagen von Montag bis Freitag in den Abendstunden voll belegt. Außerdem werden die Turnhallen seit Jahren auch häufig an Samstagnachmittagen und an den Sonntagen, besonders im Winterhalbjahr, zur Durchführung von Sportveranstaltungen überlassen.

Liegenschaftsamt

Das Liegenschaftsamt, das den Grunderwerb für alle städtischen Bedürfnisse durchführt, die Bereitstellung von Gelände für Wohnungsbau und Industrieansiedlung bearbeitet und außerdem den städtischen Grundbesitz verwaltet, hatte im Berichtszeitraum einen sehr regen Grundstücksverkehr zu verzeichnen. Bei der Durchführung der Grundstücksgeschäfte waren steigende Forderungen und eine zunehmende Zurückhaltung der Grundeigentümer bei der Veräußerung von Grundstücken festzustellen. Das rapide Ansteigen der Grundstückspreise bereitete der Stadtverwaltung große Sorge. Die Gründe hierfür sind nicht allein in der allgemeinen Preissteigerung, sondern auch in dem starken Mangel an Baugelände zu suchen. Und hier wirkt sich besonders der große Geländeaufkauf des Landes für die Erweiterung der Universität aus. Es ist fraglich, ob bei den hohen

Grundstückspreisen künftig auch weniger zahlungskräftige Bauwillige sich das Bauen werden leisten können.

Die Lage auf dem Grundstücksmarkt wird immer schwieriger und angespannter. Private Eigentümer sind kaum noch dazu zu bringen, ihre Grundstücke, die zu bestimmten Zwecken benötigt werden, abzugeben. Der Grundstücksmarkt bedarf deshalb einer strengen gesetzlichen Regelung, weil sonst die Beschaffung und Bereitstellung von Grundstücken für Wohnungsbedarf und öffentliche Einrichtungen (Straßen, Parkplätze, Schulen usw.) gefährdet erscheint.

Die Erschließung des städtischen Baugeländes auf der Wanne und eines weiteren Baugeländes auf dem Kreuz durch das Land sowie die später vorgesehene Erschließung eines Teils des Waldhäuser Exerzierplatzes lassen hoffen, daß sich die Grundstückspreise für Bauplätze wieder einigermaßen normalisieren werden.

Das Liegenschaftsamt ist seit Jahren bemüht, bestimmte Grundstücke auf benachbarten Markungen für Tauschzwecke aufzukaufen, weil dies im Stadtbezirk Tübingen durch die starke bauliche Ausdehnung der einzelnen Stadtteile nur noch schwer möglich ist.

Einen Überblick über den Umfang der in den letzten sechs Jahren getätigten Grundstücksgeschäfte vermitteln folgende Angaben:

Der Stadtbezirk Tübingen mit Lustnau, Derendingen, Waldhausen und Ammern umfaßt insgesamt 4 485,45 ha davon sind im städtischen Besitz 1 683,73 ha

Unter dem städtischen Grundbesitz befinden sich:

a) unbebaute Grundstücke	444,00 ha
wovon im Wege des Erbbaurechts überbaut wurden,	20,46 ha
b) bebaute Grundstücke	18,69 ha
c) Waldungen	985,41 ha
d) Straßen und Wege	235,63 ha

Auf angrenzenden Markungen beträgt der städt. Grundbesitz zusammen 55,58 ha Gekauft wurden insgesamt 98,23 ha um 5,6 Mio. DM, während insgesamt 112,05 ha um 7,7 Mio. DM zu ermäßigten Preisen verkauft wurden. Das Grundvermögen hat sich somit trotz des erheblichen Umsatzes und der vielen damit verbundenen Schwierigkeiten nicht wesentlich geändert.

Unter den Grundstücksverkäufen sind enthalten:

- Bauplätze für rd. 1290 Wohnungen,
- 24,29 ha für die Neuansiedlung und Erweiterung bzw. Verlegung von 48 Industrie- und Gewerbebetrieben; darunter sind folgende Einzelfälle mit 50 Ar und mehr:

Firma Gebr. Queck, Zementfabrik, Tübingen-Lustnau, Württ. Frottierweberei, Tübingen-Lustnau, Firma Reinhold Schmid, Lackierwerkstätte, Tübingen-Derendingen, Firma Veredelungswerk Dr. Adolff, GmbH, Tübingen, Firma Rösch, GmbH, Tübingen, Firma Viktor Ackel, Wäschefabrik, Tübingen, Firma Hermann Zanker, Maschinen- und Metallwarenfabrik, Tübingen, Firma Gebr. Möck, Autoverwertung, Tübingen, Firma Beitlich, Chemische Fabrik, Tübingen, Firma Canada-Dry, Reutlingen-Betzingen, Firma Paul Schnaith & Co., Früchteverwertung, Tübingen, Firma Autohaus Wetzlar KG, Tübingen.

Erbbaurechte sind in 69 Fällen gewährt worden. Die Bestellung von Erbbaurechten für den Wohnungsbau und zur Industrieansiedlung wurden in den vergangenen Jahren wesentlich eingeschränkt, da die Stadt bei den hohen Grundstückspreisen auf den Verkaufserlös ihrer Grundstücke zur Erhaltung des Grundvermögens angewiesen ist.

Unbebaute Grundstücke

Die Nachfrage nach städtischen Feldgrundstücken zur Pachtung ist im Laufe der Jahre immer geringer geworden, wogegen Gartenland in der Nähe der Stadt immer noch sehr gefragt ist. Dieses wird jedoch durch die bauliche Entwicklung der Stadt nach allen Richtungen hin immer weniger. Die Stadt nimmt jährlich an Pachtgeldern ca. 40 000 DM ein.

Bebaute Grundstücke

Für die Unterhaltung und Instandsetzung der städtischen Gebäude und Anlagen wurden alljährlich erhebliche Mittel bereitgestellt. Für die Berichtszeit ergibt sich folgende Übersicht:

Rechnungsjahr	Aufwand für die Unterhaltung d. städt. Gebäude insgesamt DM	Anteil f. Wohn- u. Geschäftsgebäude DM	Anteil in %
1955	568 500.–	87 900.–	15
1956	523 200.–	100 300.–	19
1957	346 900.–	87 900.–	25
1958	610 015.–	191 500.–	31
1959	587 000.–	159 500.–	27
1960	627 300.–	96 000.–	15
zusammen	3 262 915.–	723 100.–	22

Von den rund 230 Gebäuden ohne Kleinbauten entfallen 50 auf Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten usw., der Rest von 180 Gebäuden auf Wohn- und Geschäftshäuser. Somit ergibt sich folgendes Bild bei einer Verteilung der Mittel gegenüber der Zahl der Gebäude in den letzten sechs Jahren:

	Öffentl. Gebäude	Wohn- und Geschäftsgebäude	Verhältnis
Zahl der Gebäude	50	180	2:7
Planmittel zur Unterhaltung und Instandsetzung	78 % Anteil	22 % Anteil	7:2

Ein erheblicher Teil der Wohn- und Geschäftsgebäude besteht aus alten sowie auffälligen Häusern, zu deren Instandhaltung große Aufwendungen erforderlich sind. Trotzdem zeigt der Ansatz der Planmittel in den letzten sechs Jahren ganz deutlich ein entgegengesetztes Verhältnis, auch wenn im Hinblick auf die Größe und die verschiedenartige Abnutzung der Gebäude ein größerer Abstrich gemacht werden muß. In Zukunft sollten daher, wenn eine weitere Verschlechterung des baulichen Zustands der städtischen Wohn- und Geschäftsgebäude verhindert werden soll, mehr Planmittel für die Instandsetzung dieser Gebäude eingesetzt werden.

Neben der Fortsetzung der Arbeiten zur Einrichtung von Spülaborten in den älteren Gebäuden sollen im kommenden Jahr die Außenanlagen an städtischen Gebäuden in der Schaffhausenstraße und im Schleifmühlweg ordnungsmäßig hergerichtet werden.

Die Roheinnahmen aus Mieten von den städtischen Wohn- und Geschäftsgrundstücken betragen:

Rechnungsjahr	Einnahmen DM
1955	226 850.–
1956	235 190.–
1957	280 218.–
1958	307 870.–
1959	311 000.–
1960	368 000.–

Das sprunghafte Ansteigen der Einnahmen vom Berichtsjahr 1959 auf 1960 um 57 000 DM erklärt sich aus der Erhöhung der Gebührensätze, die im Verlauf des Rechnungsjahres 1959 auf die Mieter umgelegt wurden, und vor allem aus der Mieterpreiserhöhung nach dem Lücke-Plan, die ab 1. August 1960 in fast allen Wohnungsmietverhältnissen durchgeführt wurde.

Mit der Einführung der neuen Wohnraumbewirtschaftungsbestimmungen nach dem Lücke-Plan und durch die Erstellung weiterer Obdachlosenheime fällt der Stadt in ständig zunehmender Weise die Aufgabe zu, asoziale Mieter und dem privaten Hausbesitz unzumutbare Mieter unterzubringen. Über die Schwierigkeiten, die sich für die Verwaltung hieraus ergeben, ist wiederholt berichtet worden.

Die Mietrückstände betragen in den Jahren

1955/56	13 400 DM
1956/57	11 700 DM
1957/58	12 300 DM
1958/59	10 800 DM
1959/60	9 500 DM

Das allmähliche Absinken dürfte neben der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mieter auch darauf zurückzuführen sein, daß in mehreren Fällen Mietaufhebungsverfahren mit anschließender Zwangsräumung durchgeführt wurden.

Waldungen

Nach dem Waldwirtschaftsplan vom 1. November 1956 bis 31. Oktober 1965 sind jährlich rd. 4000 fm Holz einzuschlagen. In den Forstwirtschaftsjahren 1955–1960 wurden aus den Holzverkäufen folgende Erlöse erzielt:

Jahr	Stadtwald Tübingen DM	Stadtwald Lustnau DM	Stadtwald Derendingen DM	Stiftungswald DM
1955	109 580.–	125 354.–	13 708.–	47 119.–
1956	67 457.–	137 769.–	28 996.–	40 514.–
1957	128 063.–	104 093.–	69 274.–	19 543.–
1958	105 630.–	90 844.–	57 491.–	45 753.–
1959	100 754.–	68 499.–	79 681.–	9 150.–
1960	87 646.–	48 259.–	98 357.–	42 157.–
	599 130.–	574 818.–	347 507.–	204 236.–



Waldumgang des Gemeinderats 1958

Das sind zusammen:

Stadtwald Tübingen	599 130 DM
Stadtwald Lustnau	574 818 DM
Stadtwald Derendingen	347 507 DM
Stiftungswald	204 236 DM

zusammen 1 725 691 DM

Im Forstwirtschaftsjahr 1960 hat der Stadtwald Derendingen die höchste Einnahme zu verzeichnen, was auf einen erhöhten Einschlag als Ausgleich des Nachholbedarfs aus früheren Jahren im Rahmen des Waldwirtschaftsplans zurückzuführen ist. Der Durchschnittserlös je Festmeter o. R. betrug rd. 64 DM. Der vorjährige Durchschnittserlös ist damit um rd. 5 DM überschritten worden, was in erster Linie auf einen vermehrten Einschlag von begehrten Qualitätshölzern zurückzuführen ist.

Während die Nachfrage nach Brennholz weiterhin zurückging, sind die Preise für Nutz- und Industrieböcher gegen Ende der Berichtszeit wieder leicht angestiegen. Die Holzverkäufe konnten rasch abgewickelt werden. Zur Zeit besteht besonders große Nachfrage nach Fichten- und Forchenstammholz. Dies hat eine leichte Anhebung des Preisniveaus zur Folge, so daß bei gleichbleibender Lage für den Holzverkauf im Forstwirtschaftsjahr 1961 günstigere Preise erwartet werden können.

Im Jahre 1955 sind bei einem Sturmschaden im Distrikt Hägnach rd. 2000 fm Windbruch angefallen, während im Jahr 1956 ein Hochwasserschaden in Höhe von 4000 DM in der nördlichen Gaishalde entstand. In den folgenden Jahren ist der gesamte Wald von Sturmschäden, Waldbränden usw. nennenswerten Ausmaßes verschont geblieben.

An wesentlichen Eingriffen in den Waldbestand sind die Anlage des Wasserhochbehälters auf dem Höhberg und die Fernleitung der Bodensee-Wasserversorgung zu nennen. Im abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr kam noch hinzu, daß die Schneise der Starkstromleitung der EVS über den Spitzberg verbreitert werden mußte und daß auf dem Steinenberger Egart der Verlauf der Nordringstraße einen Kahlhieb von rd. 60 Ar erforderlich machte.

Die Kulturarbeiten und die Arbeiten zur laufenden Unterhaltung der Waldwege wurden in den Jahren von 1955 bis 1960 neben den Holzhauerarbeiten systematisch fortgesetzt.

Städtischer Obstbau

Im Jahre 1959 wurde auf dem städtischen Hofgut Bläsiberg in den Gewanden „Winterhalde“ und „Leichtes Feld“ mit der Anlegung eines städtischen Musterobstbaumgutes begonnen. Es wurden bis jetzt 5145 Obstbäume gepflanzt.

Förderung der Landwirtschaft

Durch die Einführung der künstlichen Besamung unterhält die Stadt seit Jahren keine öffentlichen Deckstationen mehr. Diese Einrichtung hat sich bewährt. Ausnahmen bilden der Weiler Waldhausen, wo ein Farrenhaltungsverein besteht, der von der Stadt finanziell unterstützt wird, und das Hofgut Ammern, das eine eigene Deckstation besitzt.

In Tübingen, Lustnau und Derendingen ist noch die Ziegenbockhaltung eingerichtet. Sie wird laufend durch die Anschaffung von Zuchtböcken durch die Stadt gefördert.

Weinbau

Die im Ertrag stehenden privaten Weinanbauflächen im Stadtbezirk Tübingen betragen zur Zeit 1,8 ha, die nicht im Ertrag stehenden 1,2 ha. Urkundlich nachweisbar betragen die Höchstbauflächen in den Jahren 1788–1827 durchschnittlich etwa 268 ha.

Jagd

Das gesamte Markungsgebiet ist in sechs Jagdbezirke eingeteilt. Die einzelnen Jagdbezirke sind 325 ha bis 652 ha groß. Die jährlichen Einnahmen aus der Jagdverpachtung belaufen sich auf 3231 DM.

Schafweiden

a) Die Winterweide auf Markung Tübingen wird regelmäßig verpachtet.

Seit 20. November 1958 wird auch die Winterweide auf Markung Derendingen verpachtet, nachdem vom Ortsausschuß Derendingen auf Initiative der Derendinger Bürger ein entsprechender Antrag eingebracht worden war (§ 10 des Eingemeindungsvertrags mit Derendingen sieht vor, daß das Weiderecht

nicht auf die Markung Derendingen ausgedehnt werden darf). In Lustnau ist die Winterschafweide bis einschließlich 1957 regelmäßig verpachtet worden. Auf Antrag des Ortsausschusses Lustnau wurde die Verpachtung der Winterweide in diesem Stadtteil auf zwei Jahre ausgesetzt.

b) Die Ausübung der Sommerweide auf Markung Tübingen wird durch die fortschreitende Erschließung der Randgebiete der Stadt immer mehr eingeschränkt.

III. Sicherheits- und Ordnungsverwaltung

Amt für öffentliche Ordnung

Nach der seit der Einrichtung des Amtes im Jahre 1948 getroffenen Organisation besteht eine klare Trennung der Verwaltung vom Vollzugsdienst, und zwar mit der Maßgabe, daß Schutzpolizei und Kriminalpolizei der staatlichen Landespolizeidirektion Südwürttemberg-Hohenzollern unterstellt sind. Diese Organisation hat sich bewährt.

a) Einwohnermeldeamt

Die überaus starke *Bevölkerungsbewegung* in der Stadt Tübingen kommt durch die bei der Einwohnermeldeabteilung eingegangenen Meldescheine deutlich zum Ausdruck. Während im Jahre 1955 insgesamt 12 600 polizeiliche Meldungen eingingen, waren es im Jahre 1960 18 500. In etwa 500 Fällen jährlich muß die Landespolizei zur Klärung von Wohnsitzen eingeschaltet werden. Die neue ab 1. Mai 1960 in Kraft befindliche Meldeordnung des Landes Baden-Württemberg hat an den Meldepflichten nichts Grundlegendes geändert. Neu ist, daß die Meldevordrucke den Meldepflichtigen nunmehr unentgeltlich zu überlassen sind. Für die Stadt bedeutet dies eine Steigerung der Vordruckkosten um etwa 2500 DM jährlich. Da Zuwiderhandlungen gegen die Meldeordnung Ordnungswidrigkeiten geworden sind, welche die Stadt in eigener Zuständigkeit abrügen kann, besteht die Hoffnung, im Laufe der Zeit in das polizeiliche Meldewesen eine bessere Ordnung zu bringen.

Für Fahrpreismäßigungen bei der Bundesbahn werden jährlich etwa 2500 Meldebestätigungen erteilt. Die ebenfalls bei der Einwohnermeldeabteilung durchzuführende Wehrerfassung der Jahrgänge 1937-1941 und des Jahrgangs 1922 hat bis zu 3044 Erfassungen geführt. Das gesamte Karteimaterial der Einwohnermeldeabteilung umfaßt zur Zeit etwa 170 000 Karteikarten.

Die Zahl der Ausländer, welche am 1. Januar 1955 insgesamt 676 Personen betrug, hat sich bis zum 31. Dezember 1960 auf rd. 1500 Personen erhöht. Die Ausländer setzen sich zur Zeit aus Staatsangehörigen von 61 Nationen zusammen. Auch bei den Ausländern ist ein sehr starker Wechsel festzustellen. In den abgelaufenen sechs Jahren wurden 3850 Aufenthaltserlaubnisse erteilt, davon allein im abgelaufenen Jahr 1350. Gegen fünf Ausländer mußten Aufenthaltsverbote erlassen werden.

Die starke Inanspruchnahme der Einwohnermeldeabteilung ergibt sich ferner daraus, daß jährlich in rd. 25 000 Fällen schriftliche oder mündliche Auskunft erteilt werden muß.

b) Ausweiswesen

Der überaus starke Reiseverkehr hat sich bei der Paßabteilung nachhaltig ausgewirkt. Insgesamt wurden in den abgelaufenen sechs Jahren 16 500 Reisepässe für deutsche Staatsangehörige,

125 Fremdenpässe und 350 Reiseausweise für heimatlose Ausländer ausgestellt. Über die Hälfte der Tübinger Einwohner ist mit Personalausweisen versehen. Diesen Personalausweisen ist in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung zugefallen, da im Reiseverkehr mit den meisten westeuropäischen Staaten der Paßzwang weggefallen ist und Urlaubsreisen bis zu drei Monaten Dauer mit Personalausweisen möglich geworden sind.

c) Leichenpässe und Einweisungen nach dem Unterbringungsgesetz

Die Universitätskliniken verursachen auch beim Amt für öffentliche Ordnung eine Reihe dienstlicher Verrichtungen. Für auswärtige wohnhafte, aber in den hiesigen Kliniken verstorbene Personen mußten in den abgelaufenen sechs Jahren 2700 Leichenpässe ausgestellt werden. Auch die hohe Zahl von 130 Personen, welche in den abgelaufenen sechs Jahren wegen Geistes- oder Suchtkrankheit in Krankenanstalten eingewiesen werden mußten, hat ihre Ursache in der Notwendigkeit, Patienten der Universitätsnervenklinik gegen ihren Willen einer Behandlung zuzuführen.

d) Gewerbewesen

Auf dem Gebiet des Gewerbewesens war eine lebhaftere Bewegung zu beobachten. Insgesamt wurden in der Berichtszeit 100 Genehmigungen zum Betrieb von Schankwirtschaften erteilt. Einschließlich der Verbindungshäuser und Klubheime haben in Tübingen 120 Betriebe Schankerlaubnis erhalten. In Tübingen bestehen 37 Milchhandelsgeschäfte, 74 Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte, 37 Metzgereien. 112 Ladengeschäfte haben die Erlaubnis zum Branntweinkleinhandel. Im Berichtszeitraum wurden 25 Milchhandelserlaubnisse und 60 Branntweinkleinhandelserlaubnisse erteilt. Insgesamt waren 130 Anträge auf Genehmigung nach dem Einzelhandelsschutzgesetz bzw. nach dem Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel zu bearbeiten. In 34 Schankwirtschaften stehen zur Zeit 45 Spielautomaten, für welche im Berichtszeitraum insgesamt 287 Genehmigungen erteilt wurden.

e) Strafsachen

11 200 Strafanzeigen wegen Übertretungen waren in den Jahren 1955 bis 1960 zu bearbeiten. Wegen Ordnungswidrigkeiten wurden 260 Bußgeldbescheide erlassen; dazu kommen noch 330 gebührenpflichtige Verwarnungen.

f) Verkehrswesen

Zur Erleichterung des fließenden Verkehrs wurden zahlreiche Verkehrsbeschränkungen erlassen. Für den ruhenden Verkehr

wurden Parkplätze angelegt. Weiterer Parkraum für Dauerparker ist besonders in den Randgebieten der Innenstadt erforderlich. Um Parkmöglichkeiten für Kurzparker zu schaffen und Dauerparker von der Innenstadt fernzuhalten, wurden 100 Parkuhren aufgestellt. Die in diese Maßnahme gesetzten Hoffnungen haben sich restlos erfüllt. Die anfänglich hauptsächlich von den anliegenden Geschäftsinhabern vorgebrachten Befürchtungen haben sich in der Zwischenzeit in das Gegenteil verwandelt, da auch sie jetzt von der Zweckmäßigkeit der Parkuhren überzeugt sind.

Auf 1. Januar 1956 waren im Kreis Tübingen insgesamt 14 459 Kraftfahrzeuge zugelassen. Auf 1. Januar 1961 werden es rd. 21 600 Kraftfahrzeuge sein. Rund 40 Prozent dieser zugelassenen Kraftfahrzeuge entfallen auf das Stadtgebiet Tübingen.

Das Amt für öffentliche Ordnung hat im Zusammenwirken mit der Landespolizei und den hiesigen Fahrlehrern insgesamt acht Mopedlehrgänge mit je acht Lehrstunden durchgeführt. Insgesamt konnten 391 Prüflinge die Mopedkarte erhalten, welche nun bei der Ausstellung der Führerscheine Klasse 5 anerkannt wird. Seit Dezember 1960 werden die Mopedkurse durch die inzwischen gegründete Verkehrswacht durchgeführt. Die stark zunehmende Motorisierung kommt auch in dem Ansteigen der Führerscheinanträge zum Ausdruck. Während im Jahre 1955 noch 412 Anträge gestellt wurden, erhöhte sich diese Zahl 1960 auf 1500. Insgesamt wurden in den abgelaufenen sechs Jahren 5500 Führerscheinanträge bearbeitet.

Am 30. Juni und 1. Juli 1960 wurde im Stadtgebiet eine großangelegte Verkehrszählung durchgeführt. Die Auswertung des Ergebnisses ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird wichtige Unterlagen für die künftige Verkehrsführung im Stadtgebiet erbringen.

g) Fundsachen

Pro Jahr werden durchschnittlich 1500 Fundsachen abgeliefert, von denen erfahrungsgemäß etwa die Hälfte wieder dem rechtmäßigen Eigentümer zugestellt werden kann. Jährlich gehen etwa 1000 Verlustmeldungen ein. In etwa 20 Prozent der Fälle gelingt es, den Verlierer wieder zu seinem Eigentum zu verhelfen.

h) Feldschutz

Der Feldschutz wird von sieben Feldschützen durchgeführt, von denen fünf Diensthunde besitzen. Zur Bekämpfung der Nesträuber (Elstern, Eichelhäher und Krähen) und der Sperlinge dienen drei Schrotflinten. In der Zeit vom 1. April 1956 bis Ende 1960 wurden etwa 350 Elstern, Eichelhäher und Krähen abgeschossen. Zur Verhinderung des Vogelfraßes in Rebanlagen wurden zwei Weinbergpistolen beschafft.

i) Gesundheitspolizeiliche Maßnahmen

Im Berichtszeitraum wurden 8430 Pockenschutzimpfpflichtige erfaßt. Die letzte freiwillige Diphtherieschutzimpfung ergab 400 Impflinge. In rd. 550 Infektionskrankheitsfällen mußten die vom Gesundheitsamt empfohlenen Schutzmaßnahmen durchgeführt werden.

Der zweite Durchgang der Röntgenreihenuntersuchung begann am 7. November 1960. Es wurden für 43 000 untersuchungspflichtige Personen Untersuchungstermine festgelegt und Vorladungskarten ausgegeben.



Die bewährte Tübinger Feuerwehr im Einsatz

k) Lebensmittelüberwachung

Die Beamten des Wirtschaftskontrolldienstes entnehmen nach Weisung des Chem. Landesuntersuchungsamtes Reutlingen jährlich etwa 300 Proben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. Erfreulicherweise ergaben sich verhältnismäßig wenig Beanstandungen. Die Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft obliegt nach der Polizeiverordnung des Innenministeriums vom 28. Juli 1959 den städtischen Tierärzten. Über die Zahl der bisher vorgenommenen Betriebsbesichtigungen und deren Ergebnis wird vom Stadtveterinär berichtet.

l) Amtshilfeersuchen

Amtshilfeersuchen von Gerichten, Strafanstalten, Berufsgenossenschaften, Jugendämtern u. dgl. nehmen das Amt stark in Anspruch. Es fallen jährlich etwa 600 solcher Amtshilfeersuchen an, zu deren Erledigung in vielen Fällen umfangreiche und zeitraubende Erhebungen durch den Außendienst anzustellen sind.

m) Feuerlöschwesen

Die Freiwillige Feuerwehr Tübingen hat zur Zeit eine Stärke von 80 Mann. Sie besitzt sechs Löschfahrzeuge, davon ein modernes Tanklöschfahrzeug 16, sieben Tragkraftspritzen und zwei Leiterfahrzeuge. Die DL 28 wurde im Rechnungsjahr 1958 durch einen neuen Stahlleitersatz modernisiert. Ein LF 25 aus dem Jahre 1930 ist nach Feststellung des Technischen Überwachungs-



Verabschiedung des hochverdienten Feuerwehr-Ehrenkommandanten Paul Braun

vereins nicht mehr verkehrssicher und soll durch ein LF 16 ersetzt werden. Die anderen Fahrzeuge aus der Kriegs- und Vorkriegszeit wurden durch Einbau von Motorbremsen so instandgesetzt, daß sie den heutigen Anforderungen entsprechen. Der Mannschaftsbestand kann als gesichert angesehen werden. Die Bereitschaft junger Bürger zum freiwilligen Dienst in der Feuerwehr ist sehr rege. Leider können nicht alle Bewerber angenommen werden, weil viele außerhalb des Stadtzentrums oder gar außerhalb Tübingens arbeiten und es im Interesse einer schnellen Einsatzbereitschaft erforderlich ist, daß die Feuerwehrmänner in nicht allzu großer Entfernung vom Feuerwehrhaus wohnen und in der Regel auch dort arbeiten. Die Freiwillige Feuerwehr erfreut sich infolge ihrer Schlagkraft und Einsatzfreudigkeit eines besonders hohen Ansehens.

Standesamt

Die von Gesetzes wegen durch das Standesamt wahrzunehmenden Aufgaben werden in Tübingen durch das Standesamt Tübingen-Stadt und die Geschäftsstellen der Stadtteile Lustnau und Derendingen – in ihrer Funktion als regionale Stadtteilstandesämter – erledigt.

Die gesetzlichen Grundlagen für die standesamtliche Tätigkeit sind vor allem das Ehegesetz vom 20. Februar 1946 sowie das Personenstandsgesetz in der Fassung vom 8. August 1957. Mit diesem neuen Personenstandsgesetz wurde in der Bundesrepublik das Familienbuch eingeführt, das seit dem 1. Januar 1958 nach jeder Eheschließung angelegt wird und die Familie an den jeweiligen Wohnsitz begleitet. Seinem Inhalt nach weist es den Personenstand und die verwandtschaftlichen Verhältnisse der Familienangehörigen nach. Damit hat das seit 1876 in Württemberg eingeführte Familienregister zu bestehen aufgehört; es wird als Familienbuch weitergeführt. Bisher wurden rd. 1500 Familienbuchblätter angelegt bzw. zur Weiterführung übernommen.

Mit der Führung der Personenstandsregister, also der Eintragung und Beurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen ist noch eine Reihe nicht minder wichtiger Nebenarbeiten verbunden. In der Berichtszeit wurden vom Standesamt Tübingen-Stadt und den Stadtteilstandesämtern Lustnau und Derendingen beurkundet:

Jahr	Standesämter	Geburten	Eheschließungen	Sterbefälle
1955	Stadt	1843	312	791
	Stadtteile	41	69	59
	zusammen:	1884	381	850
1956	Stadt	1847	312	871
	Stadtteile	48	65	60
	zusammen:	1895	377	931
1957	Stadt	1893	325	988
	Stadtteile	45	70	52
	zusammen:	1938	395	1040
1958	Stadt	1850	325	901
	Stadtteile	37	62	62
	zusammen:	1887	387	963
1959	Stadt	2064	342	1031
	Stadtteile	47	77	49
	zusammen:	2111	419	1080
1960	Stadt	2071	328	1087
	Stadtteile	29	89	61
	zusammen:	2100	417	1148

Erwähnenswert ist einmal, daß infolge geänderter Lohnsteuervorschriften in den letzten Jahren eine Verlagerung der Trau-Termine in die Monate Juli und August zu beobachten war, was eine rückläufige Tendenz der Eheschließungen an Weihnachten, Ostern und Pfingsten mit sich brachte. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß durch die Universitätskliniken das Standesamt Tübingen-Stadt in besonders starkem Umfange die personenstandsrechtlichen Beurkundungen von nicht ortsansässigen Personen zu bearbeiten hat. Es werden z. B. in der Frauenklinik jährlich durchschnittlich 1400 Kinder von auswärtigen Müttern geboren; in den Kliniken sterben jährlich durchschnittlich 700 Personen, die nicht ortsansässig sind.

Wohnungsamt

Das rasche Wachstum der Stadt brachte es zwangsläufig mit sich, daß auch die Zahl der wohnungssuchenden Familien in gleicher Weise anstieg. Während zu Beginn der Berichtszeit 3204 Familien als Wohnungssuchende in den Listen des Wohnungsamts erschienen, ist diese Zahl bis zum 1. Januar 1960 auf 4052 Familien angestiegen, obwohl in dem genannten Zeitraum 3024 Wohnungszuweisungen erfolgten. Diese stattliche Zahl von jährlich 600 Zuweisungen ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis 1. Januar 1960 zirka 1480 Wohnungen im Stadtgebiet neu erstellt wurden, von denen 752 Wohneinheiten der Bewirtschaftung unterlagen und die restlichen frei finanzierten Wohnungen zum Großteil von den Bauherren selbst bezogen wurden, die wiederum eine bewirtschaftete Wohnung dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellten.

Durch die in den Jahren 1956 und 1957 bezugsfertig gewordenen Wohnungen für Kinderreiche, die durch die Stadt erstellt bzw. gefördert wurden, konnten 56 kinderreiche Familien, die bis dahin in beengten und völlig unzureichenden Wohnungen untergebracht waren, in sonnige und geräumige Wohnungen umgesetzt und somit dringende Wohnungsnotstände behoben werden.

Im Zuge des Barackenräumungsprogramms konnten durch die Erstellung eines Sechs-Familienhauses auf dem Sand die zum

Teil baufälligen Baracken an der Pfrondorfer Straße und im Schleifmühlweg abgebrochen werden, die jahrzehntlang ein notwendiges Übel darstellten, sich aber nachteilig auf das Stadtbild auswirkten.

Mit der Erstellung der beiden Obdachlosenheime im Backofen wurde der Stadt die Möglichkeit gegeben, die Zwangsvollstreckung für eine große Anzahl der vorliegenden, wegen Zahlungsverzug oder Belästigung ergangenen Räumungstitel, die auf Grund der Bestimmungen des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes (unzumutbare Mieter) aus Mangel an Notunterkünften nie hätten vollstreckt werden können, durchzuführen.

Für 26 Familien wurden durch die Stadt Zwei- und Dreizimmerwohnungen im Wennfelder Garten erstellt, die dem Personenkreis „Junge Ehen“ und „Sozial schwache Familien“ vorbehalten sind.

Noch zu erwähnen wäre die Erschließung der Baugebiete „Wanne“, „Feuerhägler“ und „Hasenbühl“, die in den kommenden Jahren bebaut werden. Mit dieser großzügigen Planung besteht die Hoffnung, daß die immer noch vorhandene Wohnungsnot unserer Stadt im wesentlichen behoben werden kann, sofern der Zuzug nicht in dem Maße wie bisher anhält.

Durch das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht wurden im gesamten Stadtgebiet von Tübingen von den vorhandenen 11 879 Wohnungen 8523 Wohnungen frei, so daß nur noch 3356 Altbauwohnungen in der Bewirtschaftung blieben. Da die Grundmieten für die noch bewirtschafteten Wohnungen fast durchweg die im Gesetz festgelegten Beträge übersteigen, ist damit zu rechnen, daß die Verfügungsberechtigten die Freistellung dieser teureren Wohnungen verlangen werden, so daß ein Großteil der noch verbliebenen Altbauwohnungen zusätzlich aus der Bewirtschaftung herausfallen wird.

Nach dem Erlaß des Innenministeriums vom 30. Juni 1960 wird die Wohnraumbewirtschaftung im Stadt- und Landkreis Tübingen zunächst nicht aufgehoben werden. Wenn auch die Wohnraumbewirtschaftung als solche durch die Freigabe der Großwohnungen sowie der Zwei-Familienhäuser und eventuell der teureren Wohnungen stark durchlöchert ist, so hat die Weiterführung der Wohnraumbewirtschaftung doch materielle Auswirkungen, da insoweit für die bestehenden Mietverhältnisse die Mietpreisvorschriften gelten und die Bestimmungen des Mieterschutzes Anwendung finden. Da kaum anzunehmen ist, daß die Zahl der Wohnparteien die Zahl der vorhandenen Normalwohnungen in den nächsten Jahren um weniger als 3 v. H. überschreiten wird, ist mit der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in unserer Stadt kaum vor 1. Januar 1966 zu rechnen.

Mit den noch verbliebenen bewirtschafteten Wohnungen wird es der Stadt kaum noch möglich sein, alle die dringenden Wohnungsfälle zu lösen und sozial schwache oder kinderreiche Familien und solche, gegen die ein Räumungsurteil vorliegt, unterzubringen, zumal sich die Verfügungsberechtigten bei der Wiederbelegung freiwerdender *nicht* bewirtschafteter Wohnungen kaum für solche Familien entscheiden werden, die den o.a. Personenkreisen angehören.

Um wiederholte Einweisungen obdachlos gewordener Räumungsschuldner in ihre bisherigen Wohnungen zu vermeiden, wurde die Erstellung eines dritten Obdachlosenheimes beschlossen, das inzwischen bezogen werden konnte. Der Ortspolizeibehörde ist damit die Möglichkeit gegeben, diese Räumungsschuldner in gemeindeeigenem Wohnraum unterzubringen.

Trotz der sehr einschneidenden Bestimmungen des Gesetzes auf dem Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung konnten in der

zweiten Hälfte des Jahres 1960 – also nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Abbau der Wohnraumbewirtschaftung – 232 Familien in bewirtschaftete Wohnungen eingewiesen werden. Diese Möglichkeit war insbesondere dadurch gegeben, daß die teilweise Bebauung des Gebiets „Feuerhägler“ so zügig durchgeführt wurde und hierdurch viele Neubauwohnungen noch im Jahre 1960 belegt werden konnten, wobei insbesondere kinderreiche und sozial schwache Familien berücksichtigt wurden. Bei der durch das neue Gesetz entstandenen Situation erscheint es dringend notwendig, daß die Bautätigkeit in unserer Stadt noch mehr wie bisher gefördert wird und vor allem Wohnungen im sozialen Wohnungsbau mit einer für den größten Teil der Wohnungssuchenden erschwinglichen Miete erstellt werden, wenn möglich ohne eine bestimmte Zweckbindung, damit auch die einheimischen Wohnungssuchenden bei der Belegung berücksichtigt werden können.

Preis- und Sühneamt

a) Mietpreisbehörde

Die Wohnraummieten sind seit dem Inkrafttreten des Mietmietengesetzes nach dem ersten Weltkrieg – von einigen Unterbrechungen für bestimmte Wohnraumgruppen abgesehen – preisgebunden. Die Parteien konnten jedoch die Miete frei vereinbaren, solange nicht eine der Vertragsparteien auf der gesetzlichen, preisgebundenen Miete bestand.

Seit dem 17. Oktober 1936 sind die Mieten erstarrt. Eine Überschreitung dieser Stichtagsmieten war nur auf Grund einer Ausnahme genehmigung der Preisbehörde nach § 3 der Preisstoppverordnung möglich. Diese Genehmigung erfolgte aber nur in volkswirtschaftlich gerechtfertigten Fällen oder in Härtefällen. In der Zwischenzeit wurde das Mietpreisrecht weitgehend aufgelockert. Geschäftsräume, frei finanziierter Wohnraum, Wohnungsteile und Einzelzimmer wurden aus der Preisbindung herausgenommen. Zu einer vollständigen Freigabe der Mieten konnte sich der Gesetzgeber jedoch noch nicht entschließen. Somit besteht auch heute noch für den größeren Teil des Wohnraumbestandes Preisbindung.

Im Berichtszeitraum läßt die Gesetzgebung weitere Schritte zur Auflockerung des Mietpreisrechts erkennen. Am 1. August 1955 trat das Bundesmietengesetz in Kraft. Durch die Neubaumietenverordnung und die Altbaukostenverordnung wurde versucht, das in zahlreichen Einzelvorschriften verankerte Mietpreisrecht zu kodifizieren und zu vereinfachen. Gleichzeitig wurden viele Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse wieder auf die ordentlichen Gerichte zurückübertragen.

Das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über soziales Miet- und Wohnrecht (Lücke-Plan) zog den Schlußstrich unter die schon jahrzehntealte Entwicklung der Mietpreisbindungen. Das Gesetz sieht eine sich nach den örtlichen Gegebenheiten richtende Freigabe vor, die am 1. Januar 1966 abgeschlossen sein wird.

Nach Freigabe soll der Grundsatz der Marktwirtschaft, das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Mietpreise regeln. Der Vermieter darf wieder kündigen, ohne daß er dafür Gründe anzugeben hat. Andererseits wird der Mieter nur noch den tatsächlichen Wohnwert bezahlen. Die bei der bisherigen Preisbindung oft durch Zufälle entstandenen Unterschiede im Stopppreis, die zu Über- oder Unterbewertungen der Wohnungen führten, werden entfallen.

b) Grundstückspreisbehörde

Die Aufgabe der Grundstückspreisüberwachung wurde ab 1. April 1956 für das Gemeindegebiet Tübingen vom Landratsamt auf die Stadt Tübingen übertragen. Geprüft wurden

1956	253 Verträge
1957	404 Verträge
1958	494 Verträge
1959	480 Verträge
1960	399 Verträge

In fünf bis zehn Prozent der zur Prüfung vorgelegten Verträge wurden die preisrechtlich zulässigen Höchstpreise überschritten. Mit Nachdruck versuchen die Vertragsparteien, die Preisbehörde zu einer Anhebung des Stopp-Preises zu bewegen. Durch das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 wurden die Preisvorschriften für unbebaute Grundstücke aufgehoben. Ab 30. Oktober 1960 sind die bisher für die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Preisbehörden entfallen.

Nicht entfallen ist die Genehmigungspflicht für den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken nach Art. IV des Kontrollratsgesetzes 45 vom 20. Februar 1945. Zuständig sind die Landwirtschaftsbehörden.

c) Sühneamt

Bei Hausfriedensbruch, Beleidigung, leichter vorsätzlicher oder fahrlässiger Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung und Verletzung fremder Geheimnisse ist gemäß § 380 der StPO vor Einleitung des Privatklageverfahrens die Vornahme eines Sühneversuchs erforderlich.

Durch eine Verfügung des Justizministeriums vom 15. Februar 1896 wurde diese Aufgabe den Gemeinden zugewiesen. Im § 6 dieser Verfügung ist an den Sühnebeamten folgende Anweisung ergangen:

„In dem Termin ist nach Thunlichkeit eine Versöhnung der Parteien herbeizuführen. Dem Sühnebeamten ist hienach die wichtige, mit Geduld und Nachdruck auszuführende Aufgabe zugewiesen, wenn immer möglich den Frieden unter den beteiligten Gemeindegewohnern wieder herzustellen und sie vor ärgerlichem und kostspieligem Streiten zu bewahren.“

Im Berichtszeitraum wurden folgende Sühneverhandlungen durchgeführt:

1955	31 Fälle; mit Erfolg	11
1956	36 Fälle; mit Erfolg	14
1957	43 Fälle; mit Erfolg	17

1958	44 Fälle; mit Erfolg	9
1959	50 Fälle; mit Erfolg	16
1960	33 Fälle; mit Erfolg	12

Am 7. März 1960 hat der Landtag das Gesetz über die Gemeinderichtsbarkeit verabschiedet. Hauptzweck des Gesetzes ist die Beseitigung des bisher unterschiedlichen Rechtszustands auf dem Gebiet der niederen Gerichtsbarkeit in den einzelnen Landesteilen des Landes Baden-Württemberg.

Das neue Gesetz trägt Art. 101 GG Rechnung, wonach niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Der vom GVG gezogene Rahmen im Streitwert wird voll ausgeschöpft. Im Gegensatz zum Friedensgericht ist das Gemeindericht kein Sondergericht, das auf seinem Bereich das ordentliche Gericht ersetzt, sondern eine Vorinstanz zum ordentlichen Gericht. Die Zuständigkeit des Gemeinderichts ist beschränkt auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten vermögensrechtlicher Art. Die Höhe des Streitwerts darf 100 DM nicht überschreiten. Zugelassen sind nur natürliche Personen, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz, ihre Niederlassung oder den Aufenthalt haben.

Der seit 1. April 1960 eingetretene Geschäftsanfall hielt sich entgegen verfrühter Prognosen durchaus im Rahmen. Wenn auch nach einer gewissen Anlaufzeit noch immer mit einer Ausweitung gerechnet werden muß, so verhütet schon die Beschränkung des Geschäftswerts auf 100 DM größere Schwankungen.

d) Grundbuchratschreiberei

Nach Art. 32 AGBGB ist der Ratschreiber einer Gemeinde befugt, wenn sich das Rechtsgeschäft auf ein in seinem Gemeindebezirk liegendes Grundstück bezieht,

- den in § 313 BGB bezeichneten Veräußerungsvertrag zu beurkunden,
- die Auflassung entgegenzunehmen und zu beurkunden.

In Tübingen beschränkt sich die Tätigkeit des Ratschreibers auf Verträge, bei denen die Stadt Vertragspartei ist. Im Berichtszeitraum wurden folgende Verträge beurkundet:

1955	278 Verträge
1956	276 Verträge
1957	230 Verträge
1958	235 Verträge
1959	261 Verträge
1960	183 Verträge

Nach einem Gesetzesentwurf über Maßnahmen auf dem Gebiet des Notarrechts ist vorgesehen, daß mit Wirkung vom 1. April 1961 die Zuständigkeit des Ratschreibers bei allen Beurkundungsgeschäften entfällt, wenn seine Anstellungskörperschaft am Rechtsgeschäft beteiligt ist.

Es ist zu erwarten, daß sich diese Neuregelung in finanzieller und zeitlicher Hinsicht nachteilig auf die Abwicklung der Grundstücksgeschäfte auswirken wird.

IV. Kulturamt

Das kulturelle Leben einer Universitätsstadt ist weitgehend dadurch bestimmt, daß neben den Wünschen und Ansprüchen der ansässigen Bürger auch diejenigen der akademischen Lehrkräfte und der Studenten berücksichtigt werden müssen. So dienen auch in Tübingen Konzerte, Theater- und Filmaufführungen, Vorträge und Kunstausstellungen nicht nur dem Bedürfnis der einheimischen Bevölkerung nach Ergänzung und Ausgleich gegenüber der Spezialisierung und Mechanisierung des heutigen Berufslebens, sondern auch dem Bildungsauftrag der Universität an den über 9000 Studierenden. Aus dieser Situation ergeben sich auch die kulturellen Aufgaben der Stadt, die sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach besten Kräften zu erfüllen sucht. Dabei soll jedoch keinesfalls die volle Freizügigkeit des kulturellen Lebens in allen seinen Erscheinungen eingeschränkt werden, im Gegenteil, der Förderung der freien Initiative gilt ein wichtiger Teil der städtischen Kulturarbeit.

Ihr Aufgabenkreis umfaßt einmal die Verwaltung kommunaler Einrichtungen zur Kulturpflege, zum andern erbetene Förderungsmaßnahmen. Die im Kulturretat zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel betragen bei rund 400 000 DM nicht viel mehr als 2 Prozent des ordentlichen Haushalts und sind im Hinblick auf die großen kulturellen Aufgaben recht bescheiden.

Da bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt auch für die Zukunft eine spürbare Erhöhung der Ausgabeposten des Kulturretats nicht möglich sein wird, mußten und müssen mit den vorhandenen Mitteln in vorsichtiger Haushaltsführung wenigstens auf einigen Gebieten Schwerpunkte gebildet werden, damit ein sichtbares Ergebnis erzielt werden kann.

a) Theater

Im Oktober 1959 konnte das Landestheater Südwürttemberg-Hohenzollern sein zehnjähriges Bestehen feiern. Etwa 180 Werke wurden in diesen zehn Jahren inszeniert. Zwei- bis dreimal in der Woche bringt das Landestheater Aufführungen in Tübingen und führt Gastspiele in ganz Südwürttemberg-Hohenzollern durch. Die Stadt gab alljährlich zur Deckung der Fehlbeiträge sehr erhebliche Zuschüsse.

Neben dem Landestheater ist in Tübingen seit einigen Jahren das Zimmertheater (bis 1960 „der thespiskarren“) zu Ansehen und Bedeutung gelangt. Die jungen Künstler bieten eine begrüßungswerte Ergänzung und Bereicherung des Theaterlebens in Tübingen. Das Zimmertheater konnte im Frühjahr 1959 nach einem Umbau des Gebäudes Bursagasse 16 dort zweckmäßige Räume beziehen und so nach fünfjährigem Bestehen endlich ein bleibendes Unterkommen finden. Auch hierfür werden beachtliche Zuschüsse gegeben.

b) Die *Volksbühne Tübingen* konnte im November 1960 ihr zehnjähriges Jubiläum feiern. Diese Einrichtung, die außer einem einmaligen Förderungsbetrag anlässlich ihrer Gründung keine städtische Hilfe in Anspruch genommen hat, erfreut sich immerhin eines Mitgliederstandes von 740 Mitgliedern. Jähr-

lich finden zehn bis zwölf Veranstaltungen nach Auswahl aus dem Spielplan des Landestheaters statt. Von den Mitgliedern wird hierfür ein kleiner Beitrag von 2.20 DM pro Veranstaltung erhoben.

c) Unter den Volksbildungseinrichtungen Westdeutschlands nimmt die *Volkshochschule Tübingen* in gewissem Sinn eine besondere Stellung ein, wie sie vielleicht noch auf wenig andere Städte wie etwa Marburg, Erlangen oder Göttingen zutreffen mag: Tübingen ist eine Mittelstadt, aber Sitz einer altehrwürdigen und berühmten Universität, die der Stadt weithin ihr Gepräge gibt, viel stärker, als das etwa in Großstädten der Fall ist. Für die Tübinger Volkshochschule ist die Universität mit ihren zahlreichen, auch der Öffentlichkeit zugänglichen Vorträgen und Veranstaltungen, Maßstab und deutliche Grenzmarke zugleich.

1947 gegründet, wurde im Mai 1957 das zehnjährige Bestehen der Volkshochschule gefeiert und damit die Arbeit der Volkshochschule für die Erwachsenenbildung besonders gewürdigt. Ein Forumgespräch mit in- und ausländischen Rednern behandelte das Thema: „Erwachsenenbildung und Universität“.

Für den Erfolg der Volkshochschularbeit spricht das unvermindert starke Interesse an Kursen und Veranstaltungen allgemeiner und berufsfördernder Art. Was in den letzten sechs Jahren an Kunst- und Studienfahrten, Führungen und Besichtigungen, Einzelveranstaltungen, Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften und Kursen durchgeführt worden ist, mögen einige Zahlen und besonders hervorzuhebende Vortragsreihen und Themenkreise deutlich machen. Die Hörerzahl betrug in 498 durchgeführten Kursen 9038; 21 481 Zuhörer besuchten 115 Veranstaltungen und Einzelvorträge; an 73 Fahrten und Führungen nahmen 2212 Personen teil. Das Schwergewicht der Kurse bilden die Sprachkurse; ihnen folgen die allgemeinbildenden und schließlich die berufsfördernden. Die Hörer nach Alters-



Stadträtin Kerridge beglückwünscht die Schauspielerin Valerie Verden - 1959

gruppen klassifiziert: die 16–25-jährigen sind mit 45 Prozent, die 25–50-jährigen mit 50 Prozent und die über 50 Jahre mit 5 Prozent vertreten. Eine berufliche Klassifizierung ergibt: 50 Prozent der Hörer sind Angestellte, selbständige Kaufleute und Beamte; 25 Prozent Lehrlinge, Praktikanten und Schüler; 10 Prozent Hausfrauen; 8 Prozent Arbeiter und die restlichen 7 Prozent freie Berufe. Bezeichnend ist, daß in den letzten Jahren die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kurse stärkeren Zuspruch fanden.

Die Kunst- und Studienfahrten führten in die nähere und größere Heimat, aber auch zum Teil ins Ausland.

Probleme der Erziehungs- und Bildungsarbeit fanden in zahlreichen Vortragsreihen wie: „Eltern erziehen ihre Kinder – Kinder erziehen ihre Eltern“, „Vertrauen und Mißtrauen in der Erziehungsarbeit“, „Die Krise im menschlichen Leben“ u. a. ihren Niederschlag. Dichterlesungen, Vorträge zu Gegenwartsproblemen der Literatur (Moderne Lyrik, Modernes Drama, usw.) wurden in verschiedenen Zyklen und Vortragsreihen behandelt. Kunstgeschichtliche Kurse befaßten sich mit den Epochen der Europäischen und Deutschen Kunst vom Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Ein Filmseminar und ein Puppenspiellehrgang mit den Hohnsteiner Puppenspielern, Hamburg, ebenso ein Seminar für Zeitgeschichte wurden durchgeführt.

Die Arbeitsgemeinschaft Tübinger Staatsbürgerinnen veranstaltete Diskussionsabende mit aktuellen politischen Themen.

In den Städten und Gemeinden Mössingen, Rottenburg, Dettenhausen und Kirchentellinsfurt hat die Volkshochschule Tübingen Außenstellen eingerichtet, die Kurse und Einzelveranstaltungen durchführen.

Durch laufende jährliche Zuschüsse der Stadtverwaltung hat die Erwachsenenbildungsarbeit weitgehende Förderung erfahren.

Neben der Stadtbücherei und der VHS leisten andere Institute wie Centre d'Etudes françaises in der Doblerstraße und das Amerikahaus einen wichtigen Anteil an der Erwachsenenbildung durch ihre Bibliotheken, Vorträge und Filmstunden.

Besonders wichtige Veranstaltungen werden vom Kulturamt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel für die Erwachsenenbildung durch Zuwendungen gefördert.

d) Sportförderung, Sportlehre, Sportplatzfragen

Der Schaffung und Unterhaltung von Sportstätten gilt die besondere Aufmerksamkeit der Stadt. Die Hermann-Hepper-Turnhalle hat eine spürbare Erleichterung im Turnhallenbetrieb der Vereine gebracht, wenn sie auch in erster Linie für den Turnunterricht an den Volksschulen gebaut worden ist. Zur Zeit erhalten nicht weniger als 137 Volksschulklassen dort wöchentlich Turnunterricht. Abends bis 22.00 Uhr steht die Halle dann den Sportvereinen zur Verfügung. Im Anschluß an die Turnhalle sind zwei Sportplätze im Entstehen. Der Turn- und Sportverein Lustnau baut mit städtischer Hilfe ein neues Sportheim neben der städtischen Sportanlage im Neckartal; die Anlage wird im Mai 1961 ihrer Bestimmung übergeben.

Für die allgemeine sportliche Betreuung und für sportliche Veranstaltungen werden von der Stadt jährlich rund 12 000 DM ausgegeben. Die Turnhallenräume werden den Sportvereinen wie auch den Musik- und Gesangvereinen für Übungszwecke unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ebenso übernimmt die Stadt den Aufwand für Heizung, Reinigung und Beleuchtung der Räume sowie für den Wasserverbrauch, was einem Kostenaufwand von jährlich etwa 33 000 DM entspricht.

Alljährlich werden die besten Sportler Tübingens in einer Feierstunde durch die Stadtverwaltung geehrt. Die erste Sportler-

ehrerung fand am 5. April 1955 im Sitzungssaal des Rathauses statt, wo Oberbürgermeister Gmelin der jüngsten Meisterin, Ulrike Harms, die Erinnerungsgabe der Stadt überreichte. Diese Sportlererhebungen, die im Rahmen eines geselligen Beisammenseins stattfinden, erfreuen sich großer Beliebtheit und sollen auch weiterhin beibehalten werden.

Hier muß auch die Durchführung der Deutschen Turnspielmeisterschaften 1960 in Tübingen erwähnt werden. Diese sportliche Großveranstaltung hat eine große Zahl von Sportlern und Besuchern nach Tübingen geführt, so wie es auch die Internationalen Reitturniere vor Jahren getan haben. TSG Tübingen und Stadt haben das umfangreiche Programm organisatorisch mustergültig bewältigt und dadurch gezeigt, daß Tübingen derartige Großveranstaltungen zu organisieren durchaus in der Lage ist. Bei diesem Anlaß fand eine Großkundgebung am 3. September 1960 auf dem Marktplatz statt, wobei eine Erinnerungstafel am Rathaus anlässlich des zehnjährigen Gründungstages des DTB enthüllt wurde.

e) Städtische Sammlungen, Heimatmuseum

Nach der ersten vorläufigen Zusammenfassung im Gebäude Neckarhalde 30 konnte das städtische Museumsgut im Herbst 1958 in ein besonderes Depot im Erweiterungsbau des Kepler-Gymnasiums untergebracht werden. Es wird zur Zeit in verschiedene Abteilungen geordnet. Bis jetzt sind etwa 2500 Gegenstände inventarmäßig erfasst.

Die Erwerbungen von Kunstgegenständen aus alter und neuer Zeit werden fortgeführt; insbesondere werden Stadtansichten, Autographen und Erstdrucke von Tübinger Verlagen erworben, um so den Gang der Stadtgeschichte anschaulich und lebendig aufzuzeigen und auch hier einen Beitrag zur allgemeinen Kunsterziehung zu leisten. Unter ihnen befindet sich der Originaldruck des Tübinger Vertrages von 1514, von welchem nur noch zwei Exemplare nachgewiesen werden können. Die Sammlungen wurden durch zahlreiche Schenkungen, auch aus der Bürgerschaft, bereichert. Von den sehr wertvollen und lehrreichen kulturhistorischen Dokumenten wurde ein Teil anlässlich einer Ausstellung im Sommer 1959 in Monthey und im Januar 1960 in Tübingen gezeigt. Die hohe Besucherzahl läßt erkennen, daß der Sinn für die Geschichte unserer Stadt in allen Teilen unserer Bevölkerung wach ist. Auch Kunstgegenstände aus der neueren Zeit wurden erworben. Es handelt sich um moderne Graphiken von bedeutenden Künstlern wie Barlach, Nolde, Kirchner, Chagall, Heckel, Liebermann, Macke, Kokoschka, Kolbe, Kollwitz, Lehmbrock, Pechstein, Schmidt-Rottluff, Rohlf und Beckmann. Außerdem wurden wertvolle Kunstgegenstände auch von den einheimischen Künstlern in Tübingen, zum Beispiel Professor Fechner, Kuhn, Seufferheld, Bauschert, Pfeiffer, Camisar, Kielwein und Schüz erworben.

Das Kulturamt hat in letzter Zeit von den wichtigsten Sammlungsgegenständen und auch von anderen die Stadt Tübingen betreffenden Dokumenten, Stadtansichten u. ä. Fotos, von farbigen Darstellungen auch Dias, anfertigen lassen. Diese werden in einer Foto- und Klischeesammlung aufbewahrt und den interessierten Verlagen und Schriftstellern zugänglich gemacht. Die Foto- und Klischeesammlung, in welcher Aufnahmen von alt-historischen Gebäuden, Denkmälern und modernen Bauten, wie auch von Empfängen, sportlichen und anderen Ereignissen im kulturellen Leben unserer Stadt enthalten sind, bildet mit ihren weit über 5000 registrierten Bildern eine unersetzliche Fundgrube für alle, die an geschichtlich bedeutsamen Vorgängen in unserer Stadt interessiert sind.

f) Musikpflege

Die Veranstaltungsreihe der Tübinger Musiktage konnte unter der Programmberatung bedeutender Komponisten (1955: Hermann Reutter, 1956: Wolfgang Fortner, 1958: Karl Amadeus Hartmann, 1959: Hans Werner Henze) mit ihren Konzerten und Musiktheateraufführungen aus dem zeitgenössischen Schaffen ein weit über den lokalen Rahmen hinausreichendes Ansehen gewinnen. In den letzten Jahren wurden auch literarische Beispiele und solche aus der modernen Bildenden Kunst einbezogen, um den Zugang zu den künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten unserer Zeit zu erleichtern.

Die Gesellschaft zur Förderung der Tübinger Musiktage hat sich im September 1959 aufgelöst. Es wird gegenwärtig geprüft, ob und in welcher Weise für das an sich rege Musik- und Konzertleben der Stadt besondere Veranstaltungen und Höhepunkte geschaffen werden können.

Erwähnt werden dürfen in diesem Zusammenhang die Tübinger Platzkonzerte in der Platanenallee und auf dem Marktplatz, die von den Musikvereinen der beiden Ortsteile Lustnau und Derendingen sowie den in der Tübinger Chorgemeinschaft zusammengefaßten Gesangvereinen durchgeführt und von der Bevölkerung sehr gerne besucht werden. Es finden alljährlich im Laufe der Monate Juni bis September zehn bis zwölf dieser Konzerte statt. Der Umlandgau hatte für die Abhaltung seines 9. Liederfestes am 11./12. Juni 1960 die Universitätsstadt Tübingen gewählt. Über 5000 Sänger trafen sich zu eindrucksvollen Feiern und edlem Sängertwettstreit in der alten Musenstadt Tübingen.

In Tübingen gastieren namhafte in- und ausländische Orchester, Solisten und Instrumentalgruppen, wie auch der Name unserer Stadt durch Konzertreisen einheimischer Orchester, etwa durch das Kammerorchester Tübinger Studenten und Schüler, weit über die engere Heimat bis in den Orient hinausgetragen wird.

g) Ausstellungswesen

Durch die Schaffung eines städtischen Ausstellungsraumes im Technischen Rathaus in der Brunnenstraße hat das Ausstellungswesen in Tübingen einen beachtenswerten Aufschwung genommen. Es werden dort monatlich wechselnde Ausstellungen durch die Stadt und den Tübinger Kunstverein gezeigt. Aber

auch einzelne Künstler und Gesellschaften können dort ihre Werke einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Die Ausstellungen erfreuen sich einer ständig steigenden Zahl von Besuchern. Die bedeutendsten Ausstellungen der Stadt waren:

Theodor Schüz	1956
Musikhandschriften und Musikdrucke aus vier Jahrhunderten (1500–1900)	1957
Plastik des Rokoko	1957
Henry Moore und englische Zeichner	1958
Tübinger Kunsthandwerk	1958
Manfredo Borsi	1959
Der deutsche Holzschnitt	1959
Cotta in Tübingen	1959

und die bereits erwähnte Ausstellung „Tübinger Kulturdokumente aus den Städtischen Sammlungen“

letztere mit einer Besucherzahl von 3740 Personen.

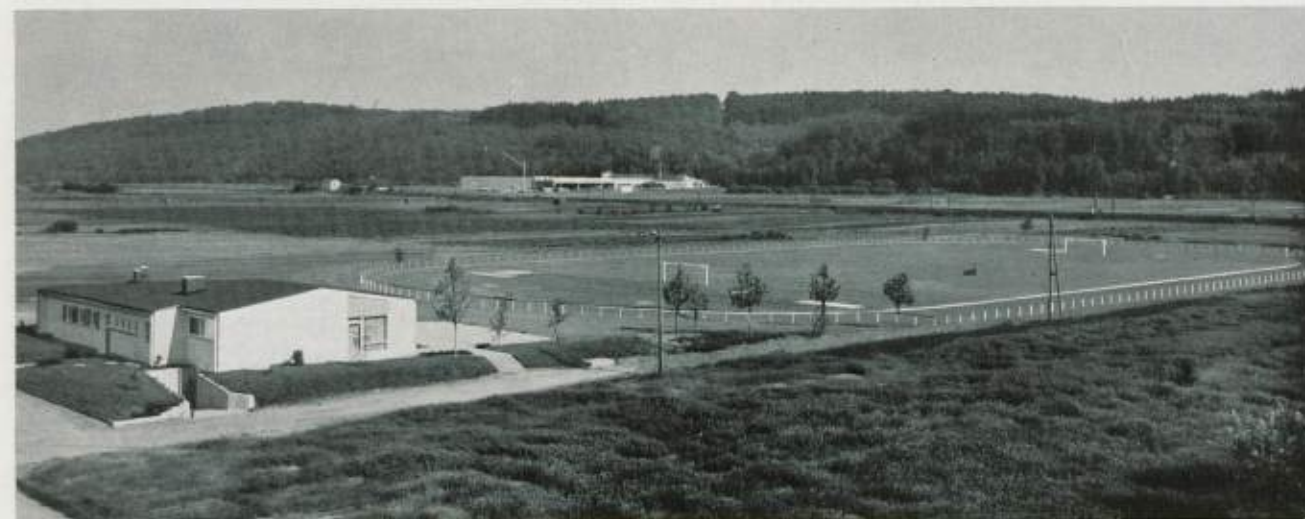
Sehr großes Interesse fand auch die im Rathaus am Marktplatz 1956 gezeigte Ausstellung „400 Jahre Tübingen, 1077–1477“.

Im städtischen Schaufenster Kommöde werden jährlich etwa 30 Ausstellungen kleineren Formats gezeigt. Diese Ausstellungsmöglichkeit wird sehr gerne von den örtlichen Vereinen und Verbänden, aber auch von Künstlern und Verlagen in Anspruch genommen, um Arbeiten und Neuerscheinungen ausstellen zu können.

Zur Förderung fremder Ausstellungen in Tübingen sind im letzten Jahr 4000 DM veranschlagt worden, welche anderen Veranstaltern für große Ausstellungen, wie etwa die Landeskunstausstellung im Rittersaal des Schlosses Hohen-Tübingen, und auch dem Tübinger Kunstverein, der außerdem besondere Zuweisungen der Stadt erhält, zufließen. Für den Aufwand an Kunstausstellungen erhält die Stadt Zuschüsse vom Regierungspräsidium.

h) Allgemeine Heimatpflege

Eine wichtige Aufgabe obliegt der Stadt auf dem Gebiet der Denkmalspflege, der Erhaltung historischer Gebäude und alter Fachwerkhäuser, die der Stadt ihr mittelalterliches Gepräge geben.



Neuer Sportplatz Lustnau im Neckartal

Zur Zeit wird die gesamte Neckarfront von der Eberhardsbrücke bis zur Alleinbrücke durch Studierende der Technischen Hochschule Stuttgart genau vermessen und im Maßstab 1:200 im Grund- und Aufriß gezeichnet. Zur Erhaltung der Neckarfront wird der Gemeinderat eine Ortsbausatzung erlassen, in welcher auch Bestimmungen über die farbliche Gestaltung dieser für Tübingen charakteristischen Stadtansicht enthalten sein werden.

Neugestaltet wurde auf dem Schloßberg das Goethehäuschen nach Plänen der städtischen Hochbauabteilung.

Seit Jahren wird vom Bürger- und Verkehrsverein und Obst- und Gartenbauverein im Zusammenwirken mit der Stadt zur Verschönerung des Stadtbildes ein *Blumenschmuckwettbewerb* durchgeführt, welcher jährlich Kosten von rund 2000 DM verursacht. Die Teilnahme und das Interesse an diesem Blumenschmuckwettbewerb sind laufend angestiegen. Im Jahr 1960 waren es 252 Teilnehmer, von welchen 39 mit der Note „vorzüglich“, 167 mit der Note „sehr gut“, 40 mit der Note „gut“ und 6 mit der Note „ziemlich gut“ vom Preisrichterkollegium ausgezeichnet wurden. Die Abschlußveranstaltung mit Preisverteilung in den Oberen Sälen des Museums bedeutet jedes Jahr ein besonderes Ereignis für die Tübinger Bürgerschaft.

Nach dem Beschluß des Kulturausschusses vom 1. Dezember 1960 wird in Tübingen die bisherige Tradition der Aufstellung von acht Weihnachtsbäumen im Stadtgebiet beibehalten (Aufstellung und Beleuchtung in der Zeit vom 24. Dezember 1960 bis 6. Januar 1961).

i) Hölderlinhaus

Die Gedenkstätte, die nach einer gründlichen Erneuerung des Erdgeschosses im Jahr 1954 eingerichtet und zur Besichtigung freigegeben wurde, ist das Ziel zahlreicher Besucher aus dem In- und Ausland. Die Gästebücher des Hauses enthalten Eintragungen von Freunden des Dichters aus allen fünf Erdteilen; vor allem in den Sommermonaten ist der Zuspruch sehr stark. Die Zahl der Besucher beträgt jährlich etwa 2000. Im Vorraum des Turmzimmers sind Fotos der Lebenslandschaften Hölderlins, Fotokopien einzelner Gedichtmanuskripte und eine kleine Präsenzbibliothek von Ausgaben seiner Werke untergebracht.



Internationale Jugendgruppen besuchen unsere Stadt

Wechselnde kleine Ausstellungen geben Aufschluß über Einzelfragen („Hölderlin und Schiller“; moderne Hölderlin-Vertonungen, Hölderlin-Übersetzungen). In dem Hause befindet sich auch das Sekretariat der Hölderlin-Gesellschaft. Die Jahreshauptversammlung dieser Gesellschaft wird im Mai 1961 in Tübingen durchgeführt werden.

k) Publikationen

Die Reihe der „Tübinger historischen Darstellungen“ wurde 1955 mit einer Arbeit von Dr. Karl Weidle „Die Entstehung von Alt-Tübingen“ und 1957 mit der Schrift Professor Dr. Edwin Hennigs über „Tübingens Vorzeit und Vorgeschichte“ weitergeführt. Eine weitere Publikationsreihe, die „Kleinen Tübinger Schriften“, brachte bisher „Das Rathaus von Tübingen“ (1956), „Das Tübinger Stadtarchiv“ (1956) und die Rede an die Tübinger Jungbürger von Dr. Gerd Gaiser (1957). Für besonders wertvolle Ausstellungen wurden bebilderte und nach wissenschaftlichen Grundsätzen bearbeitete Kataloge veröffentlicht, die auch über den aktuellen Anlaß hinaus großes Interesse fanden.

l) Jugendpflege

Die Tübinger Jugendgruppen sind in der Hauptsache in der Dachorganisation des Stadtjugendrings zusammengefaßt, dem von der Stadt ein jährlicher Zuschuß gewährt wird. Besondere Zuweisungen werden den Gruppen gegeben, die durch Selbsthilfe eigene Heime geschaffen haben, wie z. B. die Naturfreunde-Jugend in der Hölderlinschule, dem CVJM Derendingen und der Deutschen Jugend des Ostens sowie der Jugend des Schwäbischen Albvereins, der ein städtischer Platz zur Errichtung einer Baracke an der Schlachthausstraße zur Verfügung gestellt wurde. Die Unterbringung der Jugendgruppen ist noch nicht überall so gelungen, wie es an sich erwünscht wäre.

Für örtliche Veranstaltungen der Jugendgruppen wie auch zur Finanzierung von Kosten, die diesen durch Einladung ausländischer Gruppen (Schweden, Flamen u. a.) entstehen, werden darüberhinaus je nach Einzelfall finanzielle Hilfe durch die Stadt gewährt.



Besuch aus Monthey – 11./12. April 1959 – Festzug

m) Beziehungen zu Städten im Ausland – Jugendaustausch

Im Rahmen der Bestrebungen des Rats der Gemeinden Europas hat auch die Stadt Tübingen Verbindung zu einigen ausländischen Städten aufgenommen und vertieft. Es handelt sich insbesondere um die Städte Monthey/Aigle, Aix-en-Provence und Durham.

Im Jahre 1956 wurde zur Organisation und Verwirklichung dieser Beziehungen ein besonderes Aktionskomitee der Tübinger Städtepartnerschaften unter Vorsitz von Professor Dr. Wilhelm gegründet.

Mit den Städten Monthey/Aigle sind nicht nur Beziehungen zu der Stadt selbst, sondern auch solche zu den einzelnen Jugendgruppen und Vereinen auf dem Gebiet des Sports und der Jugendpflege angeknüpft worden, die dazu geführt haben, daß im Laufe des Jahres 1959 eine Jumelage sowohl in Monthey als auch in Tübingen feierlich unter großer Anteilnahme der Bevölkerung durchgeführt werden konnte. Hierzu hat nicht zuletzt der seit 1954 mit der Stadt Monthey alljährlich durchgeführte Jugendaustausch die Voraussetzungen geschaffen.

Die Tübinger Kinder wurden in der Schweiz nicht nur mit großer Gastfreundschaft aufgenommen, sondern sie hatten dort auch Gelegenheit, ihre Kenntnisse in vieler Hinsicht zu erweitern und Land und Leute kennenzulernen. Ebenso begeistert sind die Schweizer Jugendlichen von der Betreuung, die ihnen durch die Stadt und in den Tübinger Familien zuteil wird. Neben dem Jugendaustausch unterhalten auch Vereine

unserer Stadt mit denjenigen in Monthey freundschaftliche Beziehungen.

Mit der Stadt Durham in England wurde erstmals im Jahre 1958 ein Jugendaustausch durchgeführt. Es ist beabsichtigt, diesen auch in den kommenden Jahren fortzusetzen und engere Beziehungen anzuknüpfen.

Die Beziehungen der Universitätsstadt Tübingen zur Stadt Aix-en-Provence haben sich im Jahre 1960 zu einem erfreulichen Abschluß bringen lassen. Die Stadt Aix-en-Provence hatte eine Delegation der Universitätsstadt Tübingen zu einer feierlichen Jumelage nach Aix-en-Provence am 20./21. Oktober 1960 eingeladen. Durch diese Jumelage wurde ein neues Blatt in der Geschichte der beiden Städte und Völker, wie Bürgermeister Muret in Aix-en-Provence sagte, aufgeschlagen. In seiner feierlichen Ansprache führte er u. a. aus: „... mit Freude schreiten wir zum Willkomm unserer Gäste aus Tübingen, zum Willkomm der ebenso glanzvollen wie sympathischen Delegation. Nicht einer Mode folgend, sondern als Stadt der Juristen mit Bedächtigkeit, haben wir die Verbindung unserer beiden Städte angeknüpft. Das Blatt, das wir heute aufschlagen, ist ohne Beispiel in der Geschichte unserer 22 Jahrhunderte. Dem Ideal der Universität zustrebend, eröffnen wir heute diese Verbindung mit Ihrer Universitätsstadt. Aix will teilnehmen an der hoffnungsvollen Bewegung des Föderalismus; Aix will die Mauer der Feindschaften durchbrechen und Freundschaften zwischen Städten und Völkern stiften.“

Im Mai 1961 wird die Gegenjumelage in Tübingen stattfinden. Es wird gehofft, daß sich zwischen diesen beiden Städten rege



Jugendbücherei



Flämische Fahnenmacher vor dem Rathaus

Austauschbeziehungen insbesondere auf dem Gebiet des Jugendaustausches, aber auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Technik anbahnen lassen. Die Verbindung zwischen den beiden Städten kam zustande nicht zuletzt durch den vorausgegangenen Austausch von Professoren, der das Leben der beiden Universitäten sehr befruchtet. Alljährlich werden in Tübingen zahlreiche Gruppen junger Menschen aus dem Ausland empfangen und neben der Stadt von den hiesigen Verbänden und Organisationen betreut. Daß die Stadt Tübingen bei diesen Besuchern einen nachhaltigen Eindruck hinterläßt und weiterhin als Anziehungspunkt gilt,

beweist auch die hohe Besucherzahl und die Bestrebungen, größere Tagungen und Veranstaltungen in unserer Stadt abzuhalten.

n) Stadtbücherei

Die Stadtbücherei ist nach sorgfältiger Umarbeitung und Umstellung auf Freihandbücherei am 12. März 1956 mit einem Buchbestand von 8634 Bänden eröffnet worden. Sie ist sofort von seiten der Einwohner, trotz des verhältnismäßig geringen Buchbestandes, stark benützt worden und hat sich in einer steilen Aufwärtskurve rasch entwickelt. Sie ist in den 4 1/2 Jahren



Namensgebung des Platzes der Stadt Monthey – 3. Oktober 1959

ihres Bestehens ein kultureller Faktor geworden, der aus dem Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Vom 12. März 1956 bis 30. November 1960 sind rd. 512 000 Bände ausgeliehen worden. Durch erhebliche Zuwendungen der Stadtverwaltung, des Bundes, des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises Tübingen konnte der Buchbestand von 8634 Bänden auf rd. 23 000 Bände erhöht werden. Die Zahl der eingeschriebenen Leser hat sich von Jahr zu Jahr erhöht und im Berichtsjahr 1960 den Stand von 4409 Lesern erreicht. Das bedeutet, daß bei einer Einwohnerzahl von 50 600 rd. 8,8 Prozent der Einwohner Leser in der Stadtbücherei sind. Im Mai 1958 ist durch Umbau der Terrasse unter dem Ausstellungsraum des Technischen Rathauses ein vorbildlicher Jugendlesesaal geschaffen worden, der mit seinem Buchbestand von rd. 1400 Bänden viele jugendliche Leser angezogen hat. Da

der Raum zu gleicher Zeit eine präparierte Wand für Filmvorführungen und eine Bühne zum Handpuppenspiel besitzt, konnten zahlreiche Filmvorführungen und Handpuppenspiele veranstaltet werden. Ebenso sind viele Vorlesungen – teils unter Mitwirkung namhafter Jugendschriftsteller und Schauspieler – unter begeisterter Teilnahme der jugendlichen Leser durchgeführt worden. Vorlesestunden, Buchbesprechungsabende und Themen zu aktuellen literarischen Problemen haben in der Erwachsenenbücherei im Verlauf der Jahre manchen Zuhörer angelockt. Laufende Ausstellungen innerhalb der Erwachsenenbücherei zu literarischen Tagesfragen oder Dichtergedächtnistagen sind ein belebendes Moment für Leser und Ausleihe. Pläne zur Errichtung von Zweigstellen in den Vororten Lustnau und Derendingen werden im Verwaltungsjahr 1961 ihre sichtbare Verwirklichung erfahren.

V. Sozialamt

Die öffentliche Fürsorge hat im Jahre 1953 rd. 1500 Parteien durch laufende und einmalige Unterstützungen betreut. Heute nach sieben Jahren sind es 1300 unterstützte. Parteien. Wenn man berücksichtigt, daß Tübingen 1953 etwas mehr als 42 000 Einwohner hatte und die Einwohnerzahl heute bei 50 000 liegt, ist bemerkenswert, daß die Zahl der Unterstützten trotz zunehmender Einwohnerzahl zurückgegangen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen in der Rentenversicherung, dem Versorgungswesen und dem Lastenausgleich eingetreten sind und durch die Prosperität unserer Wirtschaft auch nicht volle Arbeitskräfte ganz oder teilweise in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten. Trotzdem haben sich aber die Fürsorgeausgaben wesentlich erhöht. Im Jahre 1953 betragen sie insgesamt noch 753 000 D-Mark bei einem Anteil der Stadt von etwa 120 000 DM. Im Rechnungsjahr 1959 sind dagegen für ungefähr die gleiche Zahl unterstützter Personen 1,6 Millionen Gesamtkosten bei einem städtischen Anteil von 140 000 DM entstanden. Dieser erhöhte Bedarf hat seine Ursache in den verschiedenen sehr starken Erhöhungen der Pflegesätze in den Kliniken, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen Anstalten und Einrichtungen. Er erklärt sich aber auch aus den seit 1953 wiederholt geänderten Fürsorgerichtsätzen, die an die allgemein erhöhten Preisverhältnisse angeglichen werden mußten. Das zeigt die nachstehende Aufstellung der Fürsorgerichtsätze:

	1953 DM	1958 DM	ab 1. 2. 1960 DM
Haushaltungsvorstand	48.-	66.-	71.-
Familienangehörige			
über 14 (16) Jahren	34.-	55.-	60.-
Familienangehörige			
von 7-14 (16) Jahren	29.-	48.-	54.-
Familienangehörige			
unter 7 Jahren	29.-	35.-	40.-
Alleinstehende	55.-	74.-	81.-

Eine segensreiche Ergänzung der öffentlichen Fürsorge waren die von der Stadt und den Stadtwerken im Rahmen ihrer freien Wohlfahrtstätigkeit gewährten Mittel für das *Tübinger Hilfswerk* im jährlichen Betrag von zuletzt 27 000 DM. Leider sind die vor der Währungsreform in großer Notzeit so zahlreichen beträchtlichen freiwilligen Spenden unserer Bürger von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Sie liegen in den letzten Jahren nur noch in einer Gesamthöhe von etwa 3000 DM. Daß aber trotzdem der Opfersinn unserer Generation nicht verschüttet ist, haben die beiden Hochwasserkatastrophen im Juli und August 1955 in Lustnau und im Ammertal gezeigt, wo in wenigen Tagen auf einen entsprechenden Aufruf der Stadtverwaltung 16 000 DM eingingen, wobei sich die Ange-

hörigen der Universität besonders hervorgetan haben. Er zeigte sich aber auch bei der Betreuung der *Flüchtlinge aus Ungarn* im Jahre 1957 und im November 1958 bei der von heute auf morgen erfolgten Einrichtung eines *Flüchtlingslagers* in der Stuttgarter Straße. Durch Vermittlung der freien Wohlfahrtsverbände sind in kürzester Zeit beträchtliche Geld- und Sachspenden eingegangen, und durch persönliche Hilfsbereitschaft vieler Tübinger Männer und Frauen sowie der Schülerinnen des Wildermuth-Gymnasiums ist viel Liebes und Gutes den Flüchtlingen aus dem Osten und der SBZ zuteil geworden. Das Flüchtlingslager ist Ende Juni 1960 aufgelöst worden.

Die *Durchreisenden und Nichtseßhaften*, die vor Jahren noch ein erhebliches Problem darstellten und zur Gründung einer besonderen „Betreuungsstelle für Durchreisende“ durch die Kreisliga der freien Wohlfahrtspflege geführt haben, sind durch die Beruhigung unserer wirtschaftlichen und in gewisser Hinsicht auch unserer politischen Verhältnisse so zurückgegangen, daß im Jahre 1958 die Herberge zur Heimat wesentlich eingeschränkt werden konnte. Der Herbergsverein hat sich mit der Errichtung und dem Betrieb des Männerwohnheims Friedrich-von-Bodelschwing-Haus eine weitere zusätzliche Aufgabe gesetzt. Die Übernachtungsgelegenheit für Durchreisende und Nichtseßhafte im Pflegehof ist von der Arbeiterwohlfahrt auf Ende Oktober 1960 geschlossen worden. Es stehen deshalb seitdem diesen Personen nur noch 30-40 Betten in der verkleinerten Herberge zur Heimat zur Verfügung.

Wesentlich zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders der durch den Krieg und seine Folgen Geschädigten, hat das *Ausgleichsamt* beigetragen. Es war bis 31. März 1957 eine besondere Abteilung des Städt. Sozialamts. Seither ist es mit dem Kreisausgleichsamt vereinigt. Seine Bedeutung ist daraus ersichtlich, daß es in der Zeit vom 1. Oktober 1949 bis 31. März 1957 etwas mehr als 9 000 000 DM zur Auszahlung brachte.

In diesem Zusammenhang muß auch der 1525 ehemaligen *Kriegsgefangenen und Internierten* gedacht werden, die anläßlich der Durchführung des Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes festgestellt wurden und dokumentieren, daß ein so großer Personenkreis erst in den Jahren 1948 bis 1953 zu ihren Angehörigen zurückkehren konnte, eine Tatsache, die gar zu leicht übersehen wird. Diesem Personenkreis konnte auf Grund des Bundesgesetzes Entschädigungen im Betrage von annähernd 1 000 000 DM gewährt werden.

Im Herbst 1955 wurde eine *Reihenröntgenuntersuchung* in Tübingen durchgeführt. Dabei sind verschiedene Kranke festgestellt und einer fachärztlichen Behandlung zugeführt worden. Segensreich haben sich die seit 1955 neu eingerichteten *Hauschwesternstationen* ausgewirkt. Sie stellen heute mit ihren acht Hauschwestern eine unentbehrliche Ergänzung der seit Jahrzehnten in unserer Stadt mit viel Liebe wirkenden *Gemeindekrankenpflegestationen* mit ihren 13 Schwestern dar.

Beträchtliches wurde auf dem Gebiet der *Kindergärten* gelei-

stet. Im November 1954 konnte der Sofie-Haug-Kindergarten im Geigerle für 100 Kinder in Betrieb genommen werden. 1956 wurde in der Neckarhalde 36 ein Kindergarten eingerichtet und der evang. Kirchengemeinde zur Verfügung gestellt. Im gleichen Jahr ist der Kindergarten hinter dem Umlandbad, der dem Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse weichen mußte, in das Denzel'sche Anwesen in der Gartenstraße, das zu diesem Zweck vollkommen umgebaut wurde, mit 110 Kindern eingezogen und schließlich konnte am Galgenberg 1958 ein neuer Kindergarten für 120 Kinder eingeweiht werden. Daneben hat die Stadt ihre Kindergärten auf dem Osterberg und in Lustnau mit erheblichen Mitteln baulich verbessert. Der Derendinger Kindergarten ist mit einem erheblichen Kostenaufwand renoviert worden, während in Lustnau Frau Zundel einen Neubau für den Kindergarten gestiftet hat. Die konfessionellen Kindergärten haben laufende Betriebszuschüsse und zu zwei Neubauten auch einmalige verlorene Zuschüsse erhalten.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband - Landesverband Baden-Württemberg - in Stuttgart wird demnächst durch seine hiesige Bezirksgruppe im Schwabenhaus einen *Kinderhort* für etwa 25 schulpflichtige Kinder mit finanzieller Unterstützung der Stadt betreiben. Damit wäre der Anfang für die seit Jahren von vielen Kreisen so sehr gewünschte Kindertagesstätte gemacht.

Ein besonderes Anliegen des Gemeinderats und der Verwaltung ist schon immer die Betreuung unserer *Alten* gewesen. Es sind wesentliche bauliche Verbesserungen in den Altenheimen Pauline-Krone-Heim und Bürgerheim mit insgesamt 220 Betten vorgenommen worden. Die Altbauten des Pauline-Krone-Heims sind an die Zentralheizung angeschlossen, Flure und Treppenhäuser modernisiert oder instandgesetzt worden. Das Wirtschaftsgebäude im Pauline-Krone-Heim wurde völlig umgestaltet und mit einer modernen Waschküche versehen. Im Jahre 1955 konnte das Luise-Poloni-Heim, das von einem italienischen Schwesternorden für 80 pflegebedürftige Alte erstellt wurde, eingeweiht werden. Die Stadt hat dazu finanzielle Beihilfen gewährt. Im letzten Jahr ist der alte Gedanke der Stadt-

verwaltung, ein Altenpflegeheim zu erstellen, durch eine großzügige Stiftung der aus Tübingen stammenden Geschwister Wetzel in Höhe von 100 000 Dollar endlich verwirklicht worden. Die Evang. Heimstiftung, die mit der Stadt einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen hat, baut zur Zeit mit wesentlicher finanzieller Beteiligung von Stadt und Kreis auf der Wanne ein Altenpflegeheim für 80 Personen. Die Stadt hat in diesem Haus das ausschließliche Belegungsrecht. Ob nach Inbetriebnahme des „Luise-Wetzel-Stifts“ der dringende Bedarf an Zimmern für unsere Alten gedeckt werden kann, ist im Hinblick auf die größere Lebenserwartung unserer Generation wohl nicht zu bejahen. Wir werden auf diesem Gebiet in den künftigen Jahren noch mancherlei Anstrengungen unternehmen müssen. Die Pflegesätze in den städtischen Altersheimen betragen im Jahre 1953 zwischen 110 und 150 DM und im Jahre 1960 zwischen 190 und 240 DM.

Das ständige Wachsen unserer Stadt machte es auch notwendig, unsere *Friedhöfe* laufend zu erweitern. Der Bergfriedhof wird mit beträchtlichen Mitteln von Jahr zu Jahr ausgebaut. Der Lustnauer Friedhof ist verschiedentlich erweitert worden. Der Derendinger Friedhof wurde vergrößert und gleichzeitig eine Kapelle erstellt.

Das „Wirtschaftswunder“ in unserer Bundesrepublik spiegelt sich auch in der Tätigkeit der *Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung* wider. So sind z. B. allein im Stadtbezirk Tübingen - um nur eine Zahl zu nennen - im Jahre 1949 nach der Währungsreform 4343 Versicherungskarten und im Jahre 1959 etwas mehr als 8000 Versicherungskarten neu ausgestellt worden.

Diese Verdoppelung der ausgestellten Versicherungskarten in zehn Jahren zeigt die günstige Beschäftigungslage, läßt aber auch erkennen, daß durch Verbesserung der Einkommensverhältnisse viele Versicherungen nach Wegfall einer versicherungspflichtigen Tätigkeit freiwillig fortgesetzt wurden.

Durch die rege Tätigkeit des Gesetzgebers auf dem Gebiet der Sozialversicherung sind fast jährlich Gesetzesänderungen eingetreten, die mit echten Verbesserungen für die Versicherten



Speiseraum des Pauline-Krone-Heims

verbunden waren. Es ist dies das Fremdrengengesetz, das Witwenrentengesetz, die Rentenregelungsgesetze und viele andere. Durch diese ständigen Gesetzesänderungen ist die Ortsbehörde mit außerordentlich vielen Anfragen befaßt worden, die sie zu einem Informations- und Beratungsbüro in Versicherungsfragen entwickeln ließen, da alle diese Neuregelungen einen größeren Teil aller Versicherten irgendwie berühren.

Die Zahl der Rentenanträge ist von 250 im Jahre 1953 auf rd. 400 in den letzten vier Jahren allein im Stadtgebiet Tübingen gestiegen. Die von den Berufsgenossenschaften verlangten Unfalluntersuchungen über die an ihrer Arbeitsstätte oder auf dem Weg zur oder von der Arbeitsstätte Verletzten oder Verunglückten sind nicht zuletzt durch die Berufsgenossenschaftliche Klinik auf über 300 im Jahre 1959 angestiegen.

VI. Baudirektion

Auf dem Gebiet der baulichen Entwicklung steht das Geschehen während der vergangenen sechs Jahre weiterhin unter dem Einfluß der Nachwirkungen des Krieges und einer in der Nachkriegszeit ständig steigenden Bevölkerungszahl auf über 50 000 Einwohner (einschließlich der in der Stadt wohnenden Studenten). Von ganz besonderer Bedeutung ist jedoch das lawinenartige Anwachsen des Verkehrs mit seinen Auswirkungen auf die Innenstadt. In engem Zusammenhang damit liegt das Wachsen der Universität und der Studentenzahl über 9000 Studenten (Sommersemester 1960) sowie eine erhebliche Entwicklung von Industrie und Gewerbe.

Von grundlegender Bedeutung für alle Entscheidungen hinsichtlich der baulichen Entwicklung sind dabei zwei besondere Eigenschaften unserer Stadt – einmal ihre topographische Situation und zum anderen ihr besonderer Charakter einer jahrhundertalten, gewachsenen Universitätsstadt.

Während die mittelalterliche Stadt, ausgehend von einer ersten Entwicklung um die Pfalzgrafenburg und die St.-Georgs-Kirche bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts innerhalb des Bereichs der alten Stadtmauer genügend Raum für die Entwicklung ihrer seinerzeitigen Bedürfnisse bot, gab die Verlegung der Universität von der alten Aula bei der Stiftskirche in die Wilhelmstraße zu Beginn des 19. Jahrhunderts den ersten Auftakt zu einer Entwicklung der Stadt nach Norden in den Bereich des Ammertals. Die Eisenbahn mit dem Bau des Bahnhofs fixierte einen Kristallisationspunkt für eine bauliche Entwicklung im Gebiet südlich des Neckars. Die weitere Entwicklung des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Industrialisierung brachte wie für alle Städte so auch für Tübingen eine alle früheren Maßstäbe verändernde neue Situation.

Die besondere Eigenschaft des Höhenzuges von Schloßberg und Österberg als Riegel zwischen Ammertal und Neckartal bedingte eine Zweiteilung des Stadtgefüges in einen nördlichen Stadtteil und eine Südstadt. Dieses Charakteristikum gibt dem Stadtbild seinen besonderen landschaftlichen und städtebaulichen Reiz. Für die Verkehrsbedürfnisse der letzten 150 Jahre war auch die einzige in den Jahren 1885–1887 geschaffene, diesen Höhenzug durchschneidende direkte Nord-Süd-Verbindung der Mühlstraße noch völlig ausreichend. Sie stellt uns jedoch heute angesichts des täglich wachsenden Verkehrs vor eine nahezu unlösbare Aufgabe. Dies um so mehr als die Lage der Stadt am Schnittpunkt zweier Hauptverkehrsstraßen, der von Reutlingen zum Schwarzwald führenden B 28 und der vom Bodensee nach Stuttgart führenden B 27 für diese Verbindung eine ganz besondere Verkehrsbelastung mit sich bringt.

Bis in die 30er Jahre boten die Talflächen des Ammertals, des Neckar- und Steinlachtals noch genügend Möglichkeiten einer baulichen Ausdehnung. Die immer dichter werdende Bebauung auf diesen Flächen führte jedoch zwangsläufig dazu, daß auch die Hänge bebaut wurden, die als bewegte Ausläufer des Schön-

buchs bisher eine nahezu unberührte und einmalige Grünkulisse für die Stadt darstellten.

Auch die Vororte Lustnau und Derendingen, die 1934 eingemeindet wurden und die bis dahin noch als selbständige Dörfer weit vor den Toren der Stadt lagen, wurden in diese Entwicklung einbezogen.

Leider kamen die Erkenntnisse auf dem Gebiet des Städtebaues infolge der einseitig wirtschaftlich ausgerichteten Denkweise auf dem Gebiet der Grundstücks politik um die Jahrhundertwende erst sehr langsam und zögernd zum Durchbruch; die Erkenntnisse nämlich, daß jedes Stadtgefüge einen lebendigen Organismus darstellt, der in seiner Grundstruktur einmalig ist und in seiner Entwicklung organisch bleiben und nicht dem zufälligen Spiel von Politik, Wirtschaft und Verkehr ausgesetzt sein sollte, d. h., daß die bauliche Entwicklung einer Stadt einer Lenkung unterworfen und in den Zusammenhang einer Gesamtplanung gestellt werden muß.

Die aus diesen Erkenntnissen sich ergebenden Aufgaben des Städtebaues und der Stadtplanung sind ein wesentlicher Zweig moderner städtischer Verwaltung. Sie bedeuten ein ständiges Bemühen, im Rahmen der demokratischen Willensbildung des Gemeinderats die öffentlichen Aufgaben und Ziele mit den privaten Interessen des einzelnen Bürgers so in Einklang zu bringen, daß die verschiedenen Funktionen der Stadt – Wohnen und Arbeiten, Erholung und Bildung, Wirtschaft und Verkehr – zur Erreichung einer bestmöglichen Lebensweise und Entwicklung des Einzelwesens im Rahmen des Stadtgefüges voll zur Wirkung kommen.

Dabei soll versucht werden, durch einzelne in sich gegliederte, nach menschlichem Maßstab überschaubare *Siedlungsgebiete*, mit den für ein Eigenleben erforderlichen, leicht erreichbaren kulturellen und Versorgungseinrichtungen für alle Bürger, vor allen Dingen aber für die aus dem Osten kommenden Neubürger, die baulichen Grundlagen und Voraussetzungen für ein neues, erst langsam wachsendes Heimatgefühl zu schaffen.

Das Dazwischenschalten von *Grünflächen* als Sport-, Spiel- und Erholungsflächen soll einen räumlichen Rhythmus schaffen sowie zur natürlichen Reinigung der Luft beitragen.

Wie der Kreislauf im menschlichen Körper, so ist innerhalb einer Stadt der *Verkehr* ein lebenswichtiges und unentbehrliches Element. Auch er erfordert eine organische Gliederung und Lenkung entsprechend seinen einzelnen Funktionen.

Die neuen Stadtgebiete erfordern eine organische Angliederung an den bestehenden und gewachsenen historischen Stadtkern, der jedoch unter dem Einfluß der modernen Entwicklung zwangsläufig selbst einer Veränderung und Wandlung unterworfen ist und deshalb einer besonders sorgfältigen Überwachung bedarf.

Grundlage und Leitbild jeglicher städtebaulicher Arbeit ist der *Flächennutzungsplan*. In ihm werden generell die für den Organismus der Stadt wesentlichen Flächen planerisch festgelegt



STRUKTURPLAN DER UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

ALTSTADTGEBIET, bzw. ORTSKERNE	UNIVERSITÄTS-UND KLINIKGEBIET	MILITÄRGEBIET: KASERNEN, ÜBUNGSPLÄTZE
ÜBRIGES WOHNGEBIET MIT GEWERBE	SONSTIGE INSTITUTE UND KLINIKEN	ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN
ZUKÜNFTIGE BAUGEBIETE	INDUSTRIEGEBIET	FRIEDHÖFE
	GEPLANTES INDUSTRIEGEBIET	WALDGEBIET

und in ihrer Gliederung nach Bauflächen der verschiedenen Nutzungsarten wie

Wohnflächen,
Flächen für Gewerbe und Industrie,
Verkehrsflächen,
öffentliche Grünflächen,
Flächen für die Entwicklung der Universität,
landwirtschaftlich genutzte und Waldflächen,

ausgewiesen. Charakteristisches Merkmal dieses Planes ist seine Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen durch die Entwicklung gegebenen Erfordernisse.

Auf seiner Grundlage aufgebaut wird der Generalbebauungsplan, in dem die Gliederung der Bauflächen nach den verschiedenen Arten von Wohngebieten, Gewerbe- und Industriegebieten, von Grün- und Verkehrsflächen, die Gliederung des Versorgungsnetzes sowie die Einordnung der öffentlichen Bauten erfolgt.

Der Erarbeitung dieser wesentlichen Grundlagen wurde im Bereich der Stadtplanung durch verstärkten Einsatz von Personal besonderes Gewicht verliehen.

Die planerischen Überlegungen zum Problem der *Altstadtsanierung*, wobei das Gebiet der gesamten Altstadt, nicht nur das Lustnauer Tor gemeint ist, haben in der Öffentlichkeit zu zahlreichen Diskussionen geführt. Der Grundgedanke hierbei ist, die bauliche Substanz der Altstadt mit ihrem historischen Charakter weitgehendst zu erhalten, sie jedoch nicht nur denkmalpflegerisch zu konservieren, sondern sie entsprechend den heutigen Forderungen der Wohnungshygiene, des Geschäftslebens und auch des Verkehrs so zu sanieren, daß die Altstadt ihre bisherige Funktion als lebendiges Zentrum der Stadt weiterhin voll erfüllen kann.

Auf dem Gebiet der Pflege des Stadtbildes im Bereich der Altstadt, ist besonders zu erwähnen, daß zur Erhaltung der städtebaulich besonders wertvollen, historischen *Neckarfront* eine besondere Ortsbausatzung erlassen wurde.

Zur strafferen Handhabung und zur Verhinderung von Auswüchsen der immer stärker sich ausdehnenden Reklame wurde eine Ortssatzung für Werbeeinrichtungen erlassen.

Eine weitere wichtige Aufgabe bestand darin, für den nach wie vor in gleichem Maße anhaltenden, durch den weiteren Zustrom von Sowjetzonenflüchtlingen, das Wachsen der Universität und den Zuzug von Arbeitskräften der Industrie bedingten *öffentlichen und privaten Wohnungsbaus*, die planerischen Grundlagen zu schaffen. Da die Baumöglichkeiten auf städtischem Besitz durch die öffentliche und private Bautätigkeit nach

dem Krieg nahezu erschöpft waren, mußten neue, vom Stadtkern entfernte Gebiete planerisch untersucht und für eine Erschließung vorbereitet werden. Außer der Planung für das Gebiet *Feuerhägle* mit zirka 376 Wohnungen im Süden der Stadt lag der Schwerpunkt auf der Bearbeitung des Baugebietes *Wanne* im Norden. Hier werden auf nahezu ausschließlich städtischem Gelände Baumöglichkeiten für 480 Wohnungen, teils für den privaten, teils für den sozialen Wohnungsbau gewonnen.

In beiden Gebieten sind als optischer Mittelpunkt der Siedlung je drei hohe Häuser teils in der Planung vorgesehen, teils bereits im Bau.

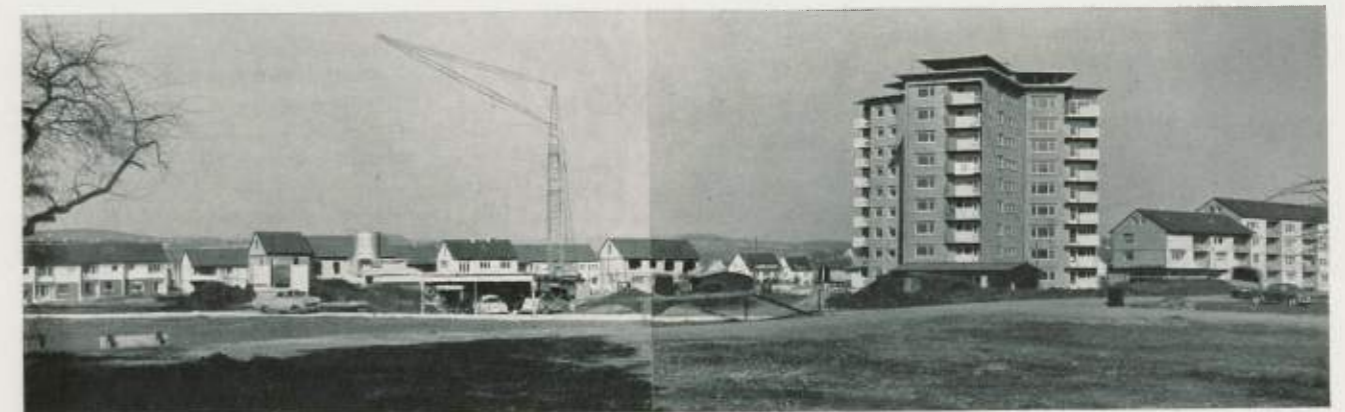
Neben der Bearbeitung dieser großen Aufgaben wurden eine Reihe kleinerer Gebiete wie

Untere Viehweide,
Galgenberg-Ost,
Wennfelder Garten,
Westbahnhof/Eckenerstraße,
Im Schwanzer,
hinter der Turnhalle Lustnau,
Unterer Herrlesberg,
Denzenacker,
Schwabstraße mit Hundskopf,
Hasenbühl,
Auf dem Kreuz,

mit insgesamt zirka 1100 Wohneinheiten planerisch bearbeitet, in die Form rechtsgültiger Ortsbaupläne gebracht und erschlossen. Im Gebiet *Ziegeltäle* am Fuß des Österbergs wurde durch das Universitätsbauamt ein Planungsvorschlag für das zukünftige Universitätsportgelände vorgelegt, der ortsbauplanmäßig bearbeitet wurde. Diese Entwicklung unterstützt die städtebauliche Absicht der Einschaltung von Grünflächen zwischen Stadtgebiet und Vorort Lustnau in vollem Umfang.

Planerische Vorarbeiten zur Erschließung der Gebiete Mühlbachacker zwischen Derendinger Straße und der Bahnlinie nach Hechingen, für die Gebiete Herrlesberg und Neuhalde in Lustnau sowie für die Gebiete östlich und südöstlich der Wanne „Horemer“, „Herbstenhof“, „Ochsenweide“ und „Straßburger Äcker“ wurden eingeleitet.

Zur Sicherung einer geordneten planerischen Durchführung all dieser Maßnahmen war es notwendig, sowohl über einen großen Teil des Altstadtgebiets als auch über die Nordgebiete Wanne, Stelle, Morgenstelle, Maderhalde, Ursainer Egert, Ochsenweide, Herbstenhof und Horemer, jeweils die erforderlichen *Bausperren* zu verhängen.



Neubaugebiet „Im Feuerhägle“

Eine grundlegende und entscheidende Wandlung hat sich im Bereich der *Universität* vollzogen. Die stürmische Entwicklung auf allen Gebieten, vor allem bei den Naturwissenschaften sowie das rapide Anwachsen der Studentenzahlen in den vergangenen Jahren forderten immer nachdrücklicher eine grundlegende Planung für eine Gesamterweiterung.

Da die verfügbaren Flächen im bisherigen Bereich der Universität im Tal durch die umgebende Wohnbebauung weitgehend begrenzt sind, mußten neue Gebiete für eine Bebauung außerhalb der Stadt gesucht werden. Zur Diskussion standen die Gebiete Schnarrenberg-Maderhalde-Morgenstelle-Rosenau im Nordwesten einerseits, andererseits das Gebiet des Exerzierplatzes im Norden der Stadt bei Waldhausen. In beiden Bereichen waren durch universitätseigene oder ihr nahestehende Einrichtungen Ansätze für eine bauliche Entwicklung gegeben; auf dem Schnarrenberg durch die neue Medizinische Universitätsklinik, auf der Waldhäuser Höhe durch die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere, das Astronomische Institut mit der Sternwarte und die Max-Planck-Institute.

Die Entscheidung der Universität fiel im Jahre 1958 zugunsten des Gebietes Schnarrenberg-Maderhalde-Morgenstelle-Rosenau, nachdem auch in absehbarer Zeit mit der geplanten Verlegung des Exerzierplatzes auf das Gelände südlich der Hindenburgkaserne nicht gerechnet werden konnte. Die medizinischen Fakultäten sowie die Naturwissenschaften werden hier in den kommenden Jahren neue und großzügige Lehrstätten finden. Der Neubau des physiologisch-chemischen Institutes in diesem Bereich ist bereits im Rohbau erstellt. Die Geisteswissenschaften werden im Bereich der alten Universität im Tal verbleiben und sich in den durch den Auszug der Naturwissenschaften frei werdenden Gebäuden und Räumen ausdehnen und erweitern können.

Die im Zusammenhang mit der Heizzentrale der Medizinischen Klinik geplante Erstellung eines von allen Seiten sichtbaren 40 Meter hohen Kamins am Rande des Schnarrenbergs hat im Gemeinderat sowie in der Öffentlichkeit mit Rücksicht auf die ungestörte Erhaltung des Landschaftsbildes einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Vorstellungen der Stadt bei den Baubehörden des Staates und der bereits erwähnte Beschluß der Universität, die Gesamterweiterung in Richtung Schnarrenberg-Rosenau vorzunehmen, führten zu der Planung eines zentralen Heizwerks für den Gesamterweiterungsbereich am rückwärtigen, vom Tal aus nicht sichtbaren Hang des Waldstückes nordwestlich der Morgenstelle.

Im bisherigen Universitätsbereich hat das Stadtbild durch die Neubauten des Studentenclubhauses gegenüber der Aula, des Philosophischen Instituts an der Keplerstraße (Hegelbau), des Chemischen Instituts an der Wilhelmstraße (Lothar-Mayer-Bau) nördlich der Tennisplätze sowie der Erweiterung der Universitätsbibliothek neben einer Reihe von sonstigen An- und Umbauten bei den übrigen Instituten eine wesentliche Bereicherung erfahren.

Der im Jahre 1960 entschiedene Wettbewerb für ein neues Universitätsforum mit dem dringend erforderlichen Neubau einer Mensa sowie eines Kollegengebäudes wird auch im unmittelbaren Bereich nördlich der Aula in den kommenden Jahren ein völlig neues städtebauliches Bild schaffen.

Die Tübinger Reitgesellschaft, deren Reithalle an der Sigwartstraße dem Neubau der Mensa im Wege steht, wird nach Abbruch des alten Reithauses auf dem Exerzierplatz nordöstlich von Waldhausen im Jahr 1961 eine neue Reitanlage erstellen. Die Neubauten der Studentenwohnheime an der Wilhelmstraße

und an der Charlottenstraße, des Karl-Sonnenschein-Hochhauses an der Hechinger Straße sowie weiterer größerer und kleinerer Studentenwohnheime mit insgesamt zirka 400 Betten sind wesentliche Marksteine auf dem Wege zur Behebung der studentischen Wohnungsnot.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Finanzkraft unserer Universitätsstadt ist das Gewerbesteueraufkommen und damit die Frage der Ansiedlung von *Gewerbe* und *Industrie* und der Erweiterung bestehender Betriebe. Eine großzügige und vorausschauende Bereitstellung und Erschließung von Baugelände durch die Stadt war hierzu erforderlich.

Im Bereich des Unteren Wert zwischen Schaffhausen- und Bismarckstraße haben sich die in den Jahren 1953 und 1954 angesiedelten Betriebe der Firma Chemika und der Firma Wirkwarenfabrik Rösch so günstig entwickelt, daß beide Betriebe in den vergangenen Jahren erhebliche Erweiterungen durchführen konnten und noch durchführen. Auch die Firmen Autohaus Wetzel, Volkswagenvertretung, Wäschefabrik Ackel, Getränkevertrieb „Canada Dry“, Firma Jantsch und Fa. Sidler & Co. sowie verschiedene weitere kleinere Betriebe haben in den letzten Jahren in diesem Bereich neue Fabrikationsstätten erstellt, bzw. ihre Betriebe erweitert.

Auch im Ammertal erforderte die günstige Entwicklung der Firma Maschinenfabrik Zanker eine weitere Erschließung für das Gebiet beim Aischbach nördlich der Ammer. Der Neubau einer Brücke über die Ammer sowie einer nach Westen führenden Erschließungsstraße ermöglichte sowohl eine großzügige Erweiterung der Firma Zanker wie auch die Niederlassung der Firmen Sauter, Trikotwaren und Phawügro.

Auch die Erweiterung der Montanwerke Walter an der Julius-Wurster-Straße, die Erweiterung des Himmelwerks und der Aufbau der Fa. Gröber an der Derendinger Straße sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

Im Vorort Derendingen, auf dem sogenannten Steinlachwasen, haben sich im Anschluß an die bereits bestehenden Betriebe von Seefiko und Schweinemastanstalt die Firma Oil-Therm sowie die Baufirmen Boley und Kürner mit ihren Lagerplätzen niedergelassen. Das im Jahre 1957 dort angesiedelte Metallveredlungswerk Reinhold Schmid hat sich in der Berichtszeit laufend erweitert.

Im Vorort Lustnau konnten infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung die Firmen Württ. Frottierweberei und Jope & Co. ihre Betriebe wesentlich erweitern. Während die Firma Jope durch Anbauten und Erweiterungen innerhalb ihres bisherigen Geländes ihre Erweiterungsmöglichkeiten restlos erschöpfte, hat die Württ. Frottierweberei auf dem Gelände des ehemaligen Sportplatzes auf der Südseite der Nürtinger Straße ein modernes großzügiges Verwaltungs- und Lagergebäude mit einem Dampfkraftwerk zur eigenen Energieversorgung erstellt und damit der Stadteinfahrt von Nürtingen her ein neues und modernes Gepräge gegeben. Ebenso hat die Firma Braun & Kemmler ihren Betrieb am Kusterdinger Weg großzügig erweitert. Dasselbe ist von der Firma Gebr. Queck im Aule festzustellen.

Zudem haben hier viele mittlere und kleinere Betriebe ihre Anlagen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung vergrößert. Auch das Gesicht der Innenstadt hat durch den Umbau eines großen Teils der Ladengeschäfte ein vollkommen verändertes Gepräge erhalten. Dabei war es nicht immer leicht, die Wünsche der Bauherren nach möglichst großen Schaufenstern mit den Forderungen auf Erhaltung des Altstadtbildes in Einklang zu bringen. Durch die umfangreichen Neu- und Erweiterungsbauten der Firma Modehaus Zinser sowie die Modernisierung der

StadtbauDirektor Jäger erläutert dem Gemeinderat den Modellwettbewerb über das Universitätszentrum



übrigen Geschäfte ist die Friedrichstraße zu einer modernen Geschäftsstraße geworden.

Zur baulichen Vorbereitung und Erschließung waren umfangreiche Arbeiten auf dem Gebiet des *Tiefbaues* erforderlich.

Die Lage der Stadt am Schnittpunkt zweier Bundesstraßen, das starke Anwachsen des innerstädtischen Verkehrs sowie der organische Anschluß der neuen Wohngebiete an den bestehenden Stadtkern zwingen zu sehr umfangreichen Überlegungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der *Verkehrsplanung*.

Hauptziel dabei ist die Erarbeitung des *Generalverkehrsplans*, wobei neben der eigenen Bearbeitung der Verkehrsfachmann Dipl.-Ing. Hinterleitner aus Stuttgart zur Erstattung eines Verkehrsgutachtens beauftragt wurde. Voraussetzung hierzu war die Durchführung einer umfassenden Verkehrszählung über das gesamte Stadtgebiet. Diese wurde im Sommer 1960 durchgeführt.

Im Rahmen dieser Überlegungen ist es notwendig, die Verkehrsbeziehungen der Stadt im Rahmen der übergeordneten Planungen der staatlichen Straßenbauverwaltung für die B 27 und B 28 und für die Autobahn Stuttgart-westliches Bodenseegebiet zu sehen und sie aufeinander abzustimmen.

Die dortigen Planungen für die Führung der *Bundesstraße 27* waren zunächst für den Schönbuchaufstieg so angelegt, daß die Trasse durch Lustnau hindurch im Bereich der jetzigen Straßenführung bleiben und vom bisherigen Sportplatz durch das Kirnbachtal den Aufstieg auf den Schönbuch nehmen sollte.

Die neuesten staatlichen Planungen sehen eine Führung der B 27 durch das Neckartal vom Hechinger Eck über die Todeskreuzung direkt in Richtung Kirchentellinsfurt mit einem Schönbuchaufstieg bei Aich vor. Die bisherige B 27 wird allerdings nach wie vor ihre Bedeutung für den Verkehr in Richtung Böblingen behalten.

Das Problem der Adlerkreuzung und des Anschlusses des Stadtverkehrs an die alte B 27 bleibt also nach wie vor zu lösen; für die erstere wurde eine generelle Lösung für zwei Epochen ausgearbeitet, der Stadtverkehr soll über eine neue Ausfallstraße – die Osterbergrandstraße – im Bereich der Einmündung der Nürtinger Straße mit einem entsprechenden Anschlußbauwerk angeschlossen werden.

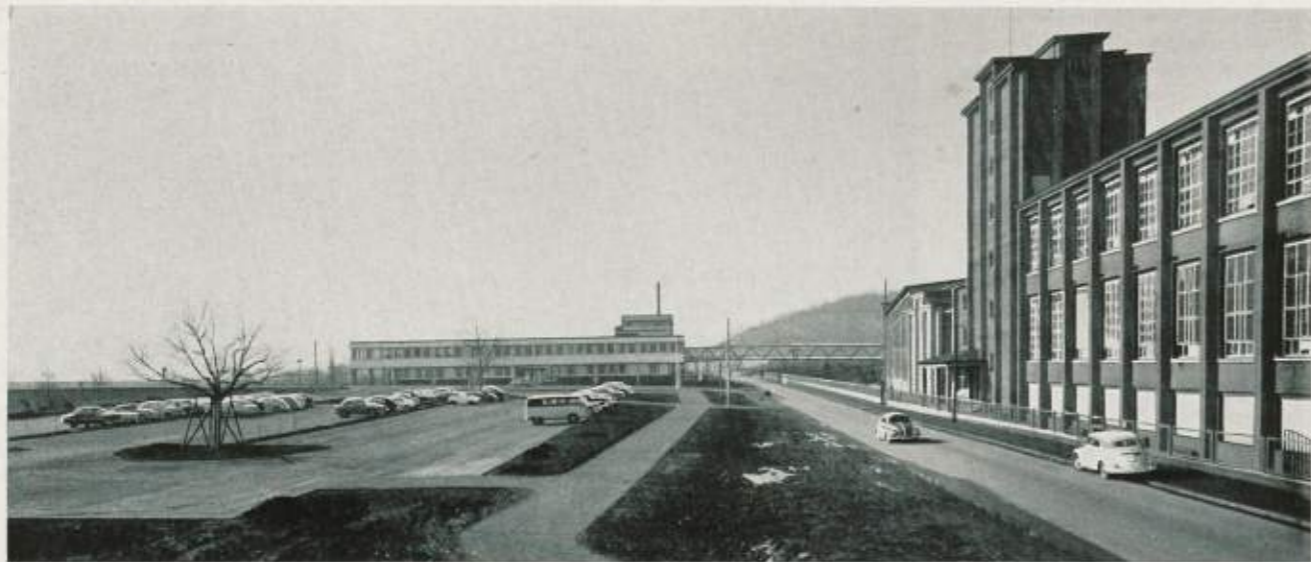
Im Bereich des Steinlachteles schwingt die zunächst geplante,

vom Hechinger Eck ausgehende neue Trassenführung der B 27 östlich an der Gewerbeschule vorbei, um südlich des Baugebietes Feuerhügels mit einem entsprechenden Einführungsbauwerk den Anschluß an die spätere von Westen kommende, Derendingen beim Käppele südlich umgehende Trassenführung der B 28 zu finden. Aber auch diese Trassenführung wird im Laufe der weiteren Planungen zweifellos noch gewisse Änderungen erfahren; die Stadt hat ihrerseits schon eine andere Lösung vorgeschlagen.

Im Zuge des zweibahnigen Ausbaues der Strecke zwischen Waldhörnle und Todeskreuzung werden sowohl im Bereich des Hechinger Ecks als auch an der Todeskreuzung umfangreiche Kreuzungsbauwerke gebaut werden, deren eingreifende Auswirkungen auf das angrenzende städtische Straßennetz planerisch untersucht wurden.

Um einen umfassenden Anschluß der neuen Wohngebiete und des Universitätsgebietes im Norden der Stadt zu erreichen, ist eine sogenannte *Nordringstraße* von der Herrenberger Straße ausgehend über die Fronsdbergstraße zum Schnarrenberg weiter über Wanne, Waldhäuser Höhe, Exerzierplatzgelände, Sand zur Wilhelmstraße bzw. zur Osterbergrandstraße geplant. Der erste Abschnitt dieser Planung im Anschluß an die Schnarrenbergstraße zwischen Berufsunfallkrankenhaus und Baugebiet Wanne mit einem Brückenbauwerk zur Überführung des Rosenauer Wegs im Bereich der neuen Heizzentrale ist bereits im Bau.

Im Bereich des innerstädtischen Verkehrs waren die Verhältnisse beim *Lustnauer Tor* und bei der Einfahrt der Grabenstraße in die Wilhelmstraße schon lange völlig untragbar. Nach Erstellung der neuen Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse und des Gesundheitsamtes in der Kastanienallee gab der im Sommer 1959 durchgeführte Abbruch der alten Gebäude an der Grabenstraße die Möglichkeit, die Einmündung übersichtlicher und großzügiger zu gestalten. Eine merkliche Entlastung und Verflüssigung des Verkehrs ist damit mindestens bis auf weiteres eingetreten. Das Problem des Engpasses der *Mühlstraße* mit einer Belastung von 18 000 Fahrzeugen in einem Zeitraum von 15 Stunden und einer halbstündigen Spitzenbelastung von zirka 900 Fahrzeugen in beiden Richtungen bleibt nach wie vor bestehen.



Württembergische Frottierweberei – Neubau mit Parkeplatz

Die dringende Notwendigkeit einer zweiten Nord-Süd-Verbindung zur Entlastung der Mühlstraße zeigt sich immer deutlicher. Die Novelle zum *Bundesfernstraßengesetz* soll die Möglichkeit schaffen, auch für die Ortsdurchfahrten und deren Verbesserung erhebliche Zuschüsse von Land und Bund zu bekommen. Im Hinblick auf diese für die Stadt sich eröffnenden günstigen finanziellen Möglichkeiten, wurde vordringlich die Planung für den großzügigen Ausbau der Ortsdurchfahrt der B 28 zwischen der Todeskreuzung und der Ettergrenze Herrenberger Straße im Westen der Stadt bearbeitet und dem Bundesverkehrsministerium vorgelegt. In diesen Ausbauplan ist der Schloßbergtunnel mit einbezogen, für den die Planung soweit vorangetrieben wurde, daß nach vorbereitenden Arbeiten im Jahre 1961 mit dem Baubeginn im Jahre 1962 gerechnet werden kann.

Mit dem Ausbau der an der Hinteren Grabenstraße durch den Abbruch mehrerer von der Stadt erworbener Gebäude sowie eines Teils der Herberge zur Heimat gewonnenen Fläche und des Wöhrplatzes zu *Parkplätzen* ist eine fühlbare Erleichterung für den ruhenden Verkehr erzielt worden.

Auch beim Freibad wurden durch Ausbau der Fläche zwischen Stadion und Sportplatz großzügige Parkplätze für Stadion und Freibad gewonnen.

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Frottierweberei an der Nürtinger Straße wurde auch in diesem Bereich unter deren finanzieller Beteiligung ein Parkplatz für rd. 100 Pkw und sechs Omnibusse geschaffen.

Eine fühlbare Entlastung für den ruhenden Verkehr brachte außerdem die im Jahre 1959 durchgeführte Aufstellung von *Parkuhren* in der Altstadt. Diese Einrichtung hat sich nach Überwindung der üblichen Anfangsschwierigkeiten ausgezeichnet bewährt.

Zu einer gewissen Entlastung des Fußgängerverkehrs in der Mühlstraße führte der im Jahr 1958 gebaute *Staffelaufgang zum Österberg*. Er schafft eine direkte Fußgängerverbindung vom oberen Teil der Österbergstraße entlang dem Gelände des Germanenhauses zur Eberhardsbrücke.

Die lebhaften Auseinandersetzungen über die Neuanlage eines *Omnibusbahnhofes* auf dem *Postplatz* im Bereich der Kastanienallee im Zusammenhang mit dem Umbau der Rottenburger

Straße durch die staatliche Straßenbauverwaltung führten zu der im Dezember 1960 fertiggestellten sogenannten Insellösung. Dabei wird die Rottenburger Straße in zwei Fahrbahnen aufgeteilt und der stadtauswärts fahrende Verkehr schon im Bereich der Einfahrt in die Allee beim Haus Trautwein abgezweigt. Nur der aus Richtung Rottenburg kommende Verkehr wird am Bahnhof vorbei und über einen Ringverkehr über die Poststraße-Friedrichstraße in die Stadt eingeführt.

Zur Sicherung des Fußgängerverkehrs von und zum Bahnhof durch die Anlagen ergab sich als zwingende Notwendigkeit der Bau einer Fußgängerunterführung unter finanzieller Beteiligung des Landes. Im Zusammenhang mit der Warthalle am Aufgang zum Omnibusbahnhof wird eine moderne Gaststätte gebaut.

Diese ist an die Klosterbrauerei Pfullingen verpachtet worden. Bei der Auswahl des Pächters war maßgebend, daß sich die Stadt bei dieser Gelegenheit den Erwerb des im Besitz dieser Brauerei befindlichen „Deutschen Hauses“ im Bereich des Verkehrssanierungsgebiets Lustnauer Tor gesichert hat.

Dank der verständnisvollen Haltung der Bundesbahn wird das Gebäude des Hauptbahnhofes im Frühjahr 1961 renoviert. Ein die beiden Haupteingänge und die Treppenabgänge zur Unterführung verbindendes Vordach ermöglicht es, auch bei schlechtem Wetter trockenen Fußes zum Omnibusbahnhof und bis zur Kastanienallee zu gelangen.

Auch vor der Hauptpost bei der Einmündung der Rottenburger Straße in die Karlstraße bzw. Poststraße fordert der zunehmende Verkehr die Schaffung eines gefahrlosen Übergangs für den Fußgänger zur Südstadt.

Die zur Zeit laufenden Untersuchungen sehen die Verlängerung der Bahnunterführung nach Norden bis zum Gebäude der Hauptpost vor, wobei auf der Nord- und Südseite der Rottenburger Straße je ein Aufgang angeordnet ist. Gewisse Schwierigkeiten bei der Durchführung ergeben sich deshalb, weil beim Bau dieser Unterführung ein Teil der auf der Bahnseite liegenden eingeschossigen Ladenbauten abgebrochen werden muß, um den nötigen Arbeitsraum für die Baustelle zu erhalten.

Im Rahmen der Gesamtmaßnahmen wird auch die ungünstige Führung der alten Derendinger Allee vor dem Wildermuth-Gymnasium beseitigt und eine direkte Straße von der Alleen-



Omnibusbahnhof

brücke zur Rottenburger Straße hergestellt. Die dadurch gewonnene Fläche vor dem Wildermuth-Gymnasium wird als Vorplatz für die Schule ähnlich wie beim Kepler-Gymnasium umgestaltet. Auch hier wird der Bau einer Fußgängerunterführung im Hinblick auf den wachsenden Verkehr nach Erstellung des Schloßbergtunnels schon jetzt im Zuge dieser Maßnahmen durchgeführt.

Wesentliche Fortschritte zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Gebiet der *Stadtentwässerung* und der *Stadthygiene* konnten durch die verschiedensten Maßnahmen erzielt werden. Ein erster Schritt zur Erschließung des neuen Universitätsgebiets im Bereich Morgenstelle sowie des Wohngebiets Wanne war der Bau des Entwässerungskanals für diesen Gesamtbereich im Jahre 1956. Besonders vordringlich für die Gesamtplanung auf diesem Sektor war die Bearbeitung des *Generalentwässerungsplans*. Da die gesamte Südstadt bis vor wenigen Jahren noch nicht an das allgemeine Entwässerungsnetz angeschlossen war, ergab sich als vordringliche Aufgabe mit dem Ziel der Sauberhaltung der öffentlichen Gewässer der Bau des *Schwemmkanales Süd* in den Jahren 1954/55, eines 4 Kilometer langen Hauptentwässerungskanals vom Stauwehr an der Brückenstraße entlang dem Neckar bis zur Kläranlage.

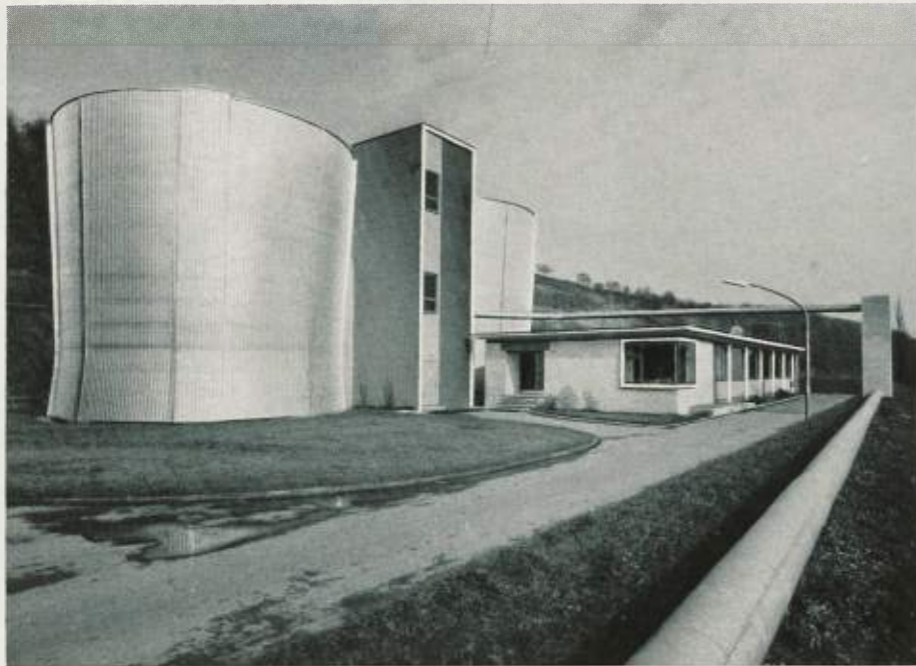
Zur Entlastung des vorhandenen Entwässerungsnetzes in der Südstadt und zur Ableitung der Abwässer der künftigen Erschließungsgebiete im Süden der Stadt wurde das Projekt *Hauptsammler Süd* ausgearbeitet. Nach Vollausbau hat dieser Kanal eine Länge von etwa 4 Kilometer und verläuft vom Neckar entlang der Umgehungsstraße über Todeskreuzung, Hechinger Eck und Steinlach bis zur Derendinger Straße. Mit Rücksicht auf den demnächst zu erwartenden Umbau der Todeskreuzung wird der erste Teil dieses Gesamtprojektes zwischen Neckar und Schweickhardtstraße mit einem Aufwand von etwa 2,4 Millionen DM bereits gebaut.

Die Durchführung derartiger Projekte ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die *Kläranlage* die notwendige Kapazität aufweist. – Die im Jahre 1925 erstellte und in den Jahren 1934 bis 1938 erweiterte Anlage an der Nürtinger Straße reichte für die neuen durch den Bevölkerungszuwachs entstandenen Be-

dürfnisse nicht mehr aus. Bei der im Jahre 1953 begonnenen Erweiterung wurden zunächst zwei Klärbecken mit zusammen 1500 Kubikmeter Inhalt auf der Südseite des Neckars erstellt. Der weitere Bau von zwei Faulbehältern mit 13 Meter Höhe und 2400 Kubikmeter Inhalt zusammen mit dem Maschinenhaus an der Nürtinger Straße in den Jahren 1958 und 1959 gab



Aufgang zum Österberg – ein neuer Anziehungspunkt der Stadt



Kläranlage, Faulbehälter und Maschinenhaus

auch dem äußeren Bild den Charakter einer modernen, nach neuen technischen Gesichtspunkten gestalteten Anlage. Mit dem anfallenden Klärgas wird nach Speicherung in einem Gasbehälter mittels Gasmaschinen elektrischer Strom erzeugt, der entweder in der Kläranlage selbst benötigt wird bzw. in das Netz der Stadtwerke eingespeist wird.

Mit dem Bau eines Dückers unter dem Neckar bei der Ammermündung in Lustnau wurde im Jahre 1959 der Anschluß des Kanalgebiets der Nord- und Mittelstadt an die Kläranlage hergestellt.

Die Einführung der staubfreien Müllabfuhr im Sommer 1959 brachte auf diesem Gebiet eine wesentliche Verbesserung und auch für die an den Müllfahrzeugen beschäftigten Arbeiter eine fühlbare Erleichterung. Dank der verständnisvollen Haltung der Tübinger Bürgerschaft konnte diese Umstellung in kurzer Zeit und ohne besondere Schwierigkeiten durchgeführt werden.

Nicht unerwähnt in diesem Zusammenhang darf die Frage der Sperrgutabfuhr bleiben. Die staubfreie Müllabfuhr läßt die Mitnahme von sperrigen Gütern nicht mehr zu, so daß diese in vierteljährlichen Abständen besonders abgeführt werden müssen, wobei jedesmal Sperrgut in erheblichem Umfang anfällt.

Die besondere Schwierigkeit der Müllbeseitigung liegt jedoch in der Bereitstellung von Müllauffüllplätzen. Der in immer größerem Umfang anfallende Müll hat zur Schaffung der Müllplätze beim Bläsberg, im Schwaigbrühl und im Saiben geführt, nachdem die Plätze an der Nürtinger Straße und im Kirnbachtal aufgefüllt waren. Bei den Müllplätzen an der Nürtinger Straße konnten nach Überdeckung mit Humus beträchtliche Flächen zur Anlegung von Pacht- und Kleingärten gewonnen werden.

Die im Jahre 1959 begonnene Aktion zur Neuanlage und Erneuerung von Gehwegen im gesamten Stadtgebiet hat bereits zu wesentlichen Erfolgen geführt. Durch planmäßige und konzentrierte Instandsetzung bestehender und Herstellung neuer Gehwege soll auch auf diesem Gebiet in einigen Jahren eine grundlegende Bereinigung eintreten.

Die starken Niederschläge der letzten Jahre und die dadurch

verursachten zum Teil sehr starken Hochwasser haben an öffentlichen Gewässern der Markung Tübingen zum Teil erhebliche Ufer- und andere Schäden hervorgerufen. Dabei hat sich gezeigt, daß die teilweise eingedolten Bäche an ihren Unterläufen die Wassermassen nicht mehr abführen konnten und Überschwemmungen verursachten. Entsprechende Gegenmaßnahmen waren deshalb erforderlich.

Neben der Korrektur des Goldersbaches von der Markungsgrenze bis zum Adler Lustnau sowie den laufenden Instandsetzungen der Ufer von Neckar, Steinlach und Ammer wurde als besondere Maßnahme ein Rückhaltebecken im Elysium und am Iglerslohbach gebaut. Weitere Stauräume am Backofenbach, am Weilersbach und im Öhler sind geplant, ebenso die Eindolung oder Befestigung weiterer Wasserläufe.

Sehr umfangreiche Arbeiten erforderte die Instandsetzung des durch Hochwasser beschädigten Kilchberger Wehrs. Auf Grund eines Gutachtens des Flußbautechnischen Laboratoriums der Technischen Hochschule Karlsruhe wurde unterhalb des Wehrs zur Vermeidung weiterer Schäden mit hohem Kostenaufwand durch das Land und unter finanzieller Beteiligung der Stadt eine neue Wehrschwelle eingebaut, eine zweite Schwelle ist geplant. Auch am Triebwerk und Unterwasserkanal des Kraftwerks Tübingen waren umfangreiche und kostspielige Reparaturen notwendig.

Am Stauwehr beim Elektrizitätswerk an der Brückenstraße stellte sich anläßlich der Erneuerung der Walzen ebenfalls heraus, daß der Beton des Unterbaues des ganzen Wehrs, also der Wehrschwelle, weitgehend zerstört und erneuerungsbedürftig war. Auch hier mußten kostspielige Ausbesserungen durchgeführt werden.

Die Einmündung der Ammer in der Nähe der Frottierweberei ist zur Vermeidung weiterer Schäden nach neuesten flußbautechnischen Gesichtspunkten umgebaut worden. Der in diesem Bereich 1959 erstellte Fußgängersteg über die Ammer hat die von der Lustnauer Bevölkerung lang ersehnte direkte Fußgänger Verbindung zwischen Aeulesiedlung und Nürtinger Straße hergestellt.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben mußte zwangsläufig auch

eine Erweiterung der städtischen Einrichtungen von Fuhrpark, Bauhof und Steinbruch Reusten vorgenommen werden.

Der städtische Bauhof am Schleifmühlweg war seinerzeit noch für Pferdebetrieb eingerichtet worden. Die steigenden Bedürfnisse der wachsenden Stadt erforderten dringend eine Erweiterung. Ein großer Mangel am Schleifmühlweg war das Fehlen eines Anschlußgleises. Es wurde deshalb beschlossen, im Schwärzlocher Täle einen neuen Bauhof zu erstellen und die Gebäude am Schleifmühlweg dem ebenfalls wachsenden Fuhrpark zu überlassen.

Neben einem zweigeschossigen Gebäude mit Wohnung und Büros wurden die nötigen Unterstellmöglichkeiten für Walzen, Teermaschinen und sonstige Fahrzeuge, ein Werkstattgebäude sowie ein Splittsilo mit den erforderlichen Lagerflächen für Baumaterialien geschaffen.

Beim städtischen Fuhrpark sind die Verhältnisse durch die Neuanschaffung von Müll- und sonstigen für den erweiterten Bedarf der Verwaltung notwendigen Fahrzeugen so, daß eine Erweiterung der Abstellmöglichkeiten sowie eine Modernisierung der Werkstatt außer der ohnehin notwendigen Erneuerung der Heizungsanlage unumgänglich ist. Der Fuhrpark als betriebliche Einrichtung arbeitet wirtschaftlich und erbringt die jährlich notwendigen Rücklagen.

Zur Beschaffung der erforderlichen Schotter- und Vorlagsteine für den städtischen Straßenbau betreibt die Stadt den Steinbruch Reusten. Seine Leistung mit 14 000–16 000 cbm Steinmaterial reicht nicht ganz aus, so daß während der Hauptbausaison noch Steinmaterial hinzugekauft werden muß.

Im Rahmen der Förderung des Wohnungsbaus wurden erhebliche Anstrengungen gemacht, um neben der Förderung vor allem einkommensschwachen und kinderreichen Familien zu ausreichenden Wohnungen mit niederen Mieten zu verhelfen.

Als erstes Bauprogramm dieser Art wurden in den Jahren 1955 und 1956 zwei Gebäude an der Eckenerstraße mit 24 Wohnungen und je einem Gebäude mit zwölf Wohnungen im Aeule in Lustnau bzw. im Wennfelder Garten erstellt. Während die beiden erstgenannten Gebäude mit einem Zuschuß seitens der Stadt mit 252 000 DM durch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH. Tübingen erstellt wurden, konnten die Bauten im Aeule und Wennfelder Garten mit einem Gesamtaufwand von 720 000 DM durch die Stadt selbst gebaut werden.

Zwei Sechs-Familien-Häuser auf dem Sand in den Jahren 1958 und 1960 mit einem Gesamtaufwand von 425 000 DM sind weitere Zeugen dieser Bemühungen.

Weiterhin wurden im Jahre 1960 im Wennfelder Garten durch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH mit städtischer Förderung in Höhe von 216 000 DM Wohnungen für 26 Familien fertiggestellt. Drei in den Jahren 1958/59/60 ausgeführte Obdachlosenheim mit sieben Einraumwohnungen für unzumutbare und ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommende Mieter haben darüberhinaus eine fühlbare Entlastung auf dem Wohnungsmarkt gebracht.

Insgesamt wurden in der Berichtszeit etwa 9,8 Millionen DM öffentliche Mittel sowie 1,65 Millionen DM Kapitalmarktmittel verteilt. Mit diesen Mitteln sowie den Krediten von Banken, Sparkassen, Bausparkassen und den durch die Bauherren aufgebrachten Eigenmitteln konnten somit

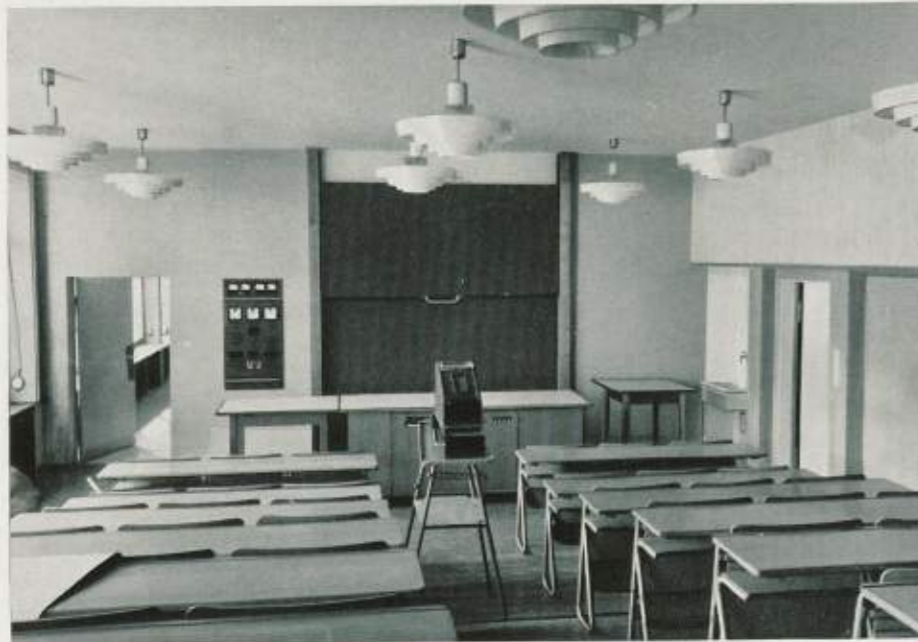
1025 Mehrraumwohnungen geschaffen werden. Dazu kommt die Erstellung von Wohnheimen für Studenten und ältere, alleinstehende Personen. Von dem insgesamt geschaffenen Wohnraum wurden etwa 355 Wohnungen in Familienheimen, etwa 670 Wohnungen als Mietwohnungen gebaut.



So war es früher



Heute staubfrei!



Naturwissenschaftlicher Hörsaal im Kepler-Gymnasium

Dazu kommen 1334 steuerbegünstigte bzw. frei finanzierte Wohnungen, so daß in der Berichtszeit insgesamt 2359 Wohnungen erstellt wurden. Außerdem wurden noch etwa 550 Einraumwohnungen bzw. Einzelzimmer geschaffen. Diese Zahl könnte den Eindruck erwecken, daß die Wohnraumlage in Tübingen weitgehend normalisiert sei. Dies ist deshalb nicht der Fall, weil nur etwa die Hälfte der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen dem Tübinger Wohnungsmarkt zur Verfügung steht, während der übrige Teil im Rahmen zweckgebundener Bauprogramme zur Unterbringung von Flüchtlingen, Zuwanderern und sonstigen bevorrechtigten Geschädigten, verteilt werden mußte. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die zunehmend bessere

Qualität der Wohnungen nach Größe und Ausstattung. Diese Entwicklung liegt sowohl im Interesse der Mieter, als auch in dem der Bauträger, die nach Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft einen konkurrenzfähigen Wohnungsbestand dringend benötigen.

Neben der Förderung des Wohnungsneubaus sind zur Instandsetzung erhaltungswürdiger Wohngebäude zinsverbilligte Darlehen in Höhe von etwa 520 000 DM ausgegeben worden.

Gleichlaufend mit dem Anwachsen der Bevölkerung und dem Neubau von Wohnungen ergab sich ein steigender Bedarf an weiterem Schulraum, neuen Kindergärten und sonstigen sozialen und kulturellen Einrichtungen.



Festsaal der Dorfackerschule

Innenhof der Kaufmännischen und Gewerblichen Berufsschule mit Brunnen (Bildhauerin Frau Müller-Diefenbach)



Zwei neue Kirchen, die evangelische Martinskirche mit Pfarrhaus an der Frischlinstraße sowie die Katholische Peterskirche mit dem Luise-Poloni-Altersheim an der Pfrondorfer Straße geben dem Stadtbild neue entscheidende Akzente.

Auch der Neubau von Turm und Gemeindehaus der Eberhardskirche bildet eine willkommene Bereicherung des Stadtbildes der Südstadt.

Einen Gesamtüberblick geben die im Folgenden aufgeführten Hochbauten:

Der im September 1955 eingeweihte Neubau der *Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule* in Derendingen stieß infolge seiner großen Entfernung vom Stadtzentrum seinerzeit auf heftigen Widerspruch seitens der beteiligten Handwerkskreise. Nachdem durch die Bebauung des Gebiets Feuerhägle auch diese Schule praktisch in den Bereich eines Stadtteils einbezogen wurde, wird erst deutlich, wie richtig der seinerzeitige Beschluß für die Planung in diesem Bereich war. Mit ihren 21 Klassenräumen, den notwendigen Spezialklassen und Nebenräumen sowie den großzügig angelegten eingeschossigen Werkstätten ist sie eine moderne Ausbildungsstätte für den kaufmännischen und gewerblichen Nachwuchs.

Mit dem im Sommer 1959 eingeweihten Erweiterungsbau des *Kepler-Gymnasiums* konnten nicht nur die räumlichen Bedürfnisse dieser Schule mit neun Klassenzimmern, Spezialräumen sowie einer Aula restlos erfüllt, sondern auch die hauswirtschaftliche Berufsschule, fünf Klassenzimmer der Grundschulklassen der Silber- und Melancthonschule sowie das Seminar für Studienreferendare in neuen Räumen zeitgemäß untergebracht werden.

Auch in Lustnau wurden die Raumverhältnisse im Jahre 1959 durch den Erweiterungsbau der *Dorfackerschule* mit vier Klassenzimmern, Nebenräumen und einem Festsaal entscheidend verbessert und so großzügig gestaltet, daß die Raumnot für lange Zeit behoben ist.

Ein weiterer wesentlicher Schritt zur Behebung der Schulraumnot erfolgte durch den Umbau des Gebäudes *Schulstraße 1*, des sogenannten Industriesaales, im Jahre 1958. Der Einbau ergab drei Klassenzimmer und einen Handarbeitsraum für die Mittelschule sowie eine wesentliche Vergrößerung der Räume und

Aborte mit einer Verbesserung der Zugangsverhältnisse für die Pestalozzischule.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Umgestaltung des Platzes vor der Krümmen Brücke mit dem neuen Brunnen sowie die äußere Renovierung der Mittelschule und des Bürgerheims einschließlich des Hofes hingewiesen.



Albert-Schweitzer-Mittelschule in neuer Schönheit



Erweiterungsbau Kepler-Gymnasium

Die Arbeiten für die Umgestaltung des Gebäudes *Schulstraße 3/5* (ehemalige Spitalscheuer) zur Unterbringung der Stadtkasse sowie der Lochkartenstelle sollen im Jahre 1961 einen gewissen Abschluß in diesem Bereich bringen.

Auf dem Gebiet der Fürsorge für die Kleinkinder wurde als Ersatz für den in der Kastanienallee entfallenden Kindergarten das Gebäude *Gartenstraße 50*, die ehemalige Denzelsche Fabrik, im Jahre 1957 zu einem Kindergarten umgebaut.

Ein dringendes Bedürfnis für die Südstadt erfüllte der Neubau des Kindergartens auf dem Galgenberg im Jahre 1958/59.

Eine überraschende Erleichterung der Raumverhältnisse in den Kindergärten in Lustnau brachte die hochherzige Stiftung eines Kindergartens auf der Heinrichswiese von *Frau Paula Zundel*, der zur Zeit im Bau ist.

Der Fürsorge für pflegebedürftige alte Menschen diente die Planung eines *Altenpflegeheims* im Bereich des *Pauline-Krone-Heims*. Da diese jedoch infolge einer neuen Verkehrsführung nicht zur Ausführung kommen konnte, wurde im Neubaugebiet *Wanne* eine neue Baumöglichkeit gefunden.

Die Stiftung einer in Amerika lebenden Tübinger Bürgerin, *Frau Luise Wetzel*, setzte die Evangelische Heimstiftung, Stuttgart, anstelle der Stadt in die Lage, dort ein *Altenpflegeheim* mit 80 Betten zu erstellen, dessen Einweihung im Laufe dieses Jahres erfolgen wird.

Durch Umgestaltung des *Wirtschaftsgebäudes im Pauline-Krone-Heim* im Jahre 1959 wurden die Unterkunftsverhältnisse für das Pflege- und Dienstpersonal erheblich verbessert und sechs

Wohnräume mit elf Betten gewonnen. Der Einbau einer Zentralheizung ermöglichte die Schaffung einer zentralen Waschanlage.

Einem dringenden Bedürfnis auf kulturellem Gebiet entsprach der Einbau der *Stadtbücherei* im zweiten Bauabschnitt des Technischen Rathauses in der *Brunnenstraße* im Jahre 1956. Diese konnte im Jahre 1958 durch den Ausbau einer Jugendlesestube erweitert werden.

Als öffentliche Einrichtung wurde im Jahre 1957 auf die mit Nachdruck betriebene Forderung der Schlachthausgesellschaft zur Einrichtung eines Schlachtviehmarktes eine *Schlachtviehmarkthalle* im Bereich des alten Schlachthofes erstellt. Auf einer Fläche von etwa 1200 Quadratmeter können etwa 450 Stück Kleinvieh sowie 100 Stück Großvieh zum Verkauf aufgestellt werden.

Von besonderer Bedeutung für die Sauberhaltung des Stadtklimas sowie für die Erhaltung des besonderen Charakters der Stadt ist die Pflege und Erweiterung der *Grünflächen*. Durch die Schaffung von neuen Anlagen mit Spazier- und Erholungsmöglichkeiten, den Bau von Kinderspielplätzen und neuen Sportanlagen wird ein Äquivalent für die durch Bebauung entfallenden Erholungsgebiete geschaffen.

Die Planung des Omnibusbahnhofs auf dem Postplatz sowie der Umbau der *Rottenburger Straße* hat in der Öffentlichkeit eine erhebliche Diskussion ausgelöst, weil damit zwangsläufig eine grundlegende Umgestaltung der Anlagen in diesem Bereich verbunden war.

Da die Allee als solche durch die Überalterung der Kastanien in dieser Form auf lange Sicht gesehen ohnehin nicht erhalten werden kann, es sei denn man nimmt alle Bäume weg und pflanzt eine junge Allee, die dann nach mehreren Jahrzehnten wieder das heutige Bild darstellen würde, muß überlegt werden, welcher Weg der Umgestaltung unter möglichst Erhaltung des gesunden Baumbestandes beschritten werden kann.

Der erste Schritt zu dieser Umgestaltung ergab sich zwangsläufig im Bereich der Allgemeinen Ortskrankenkasse und des Gesundheitsamtes. Dort wurde der Fußgängerweg aus der Allee herausgenommen und an deren Nordseite verlegt.

Auch im Bereich westlich der Allee *Uhlanddenkmal/Bahnhof* setzt sich diese Entwicklung fort. Auch hier ist geplant, die Wege aus der Allee hinauszunehmen, um die nach dem Umbau der *Rottenburger Straße* zwischen Straße und *Anlagensee* verbliebene Fläche möglichst zusammenhängend als Grünfläche zu gestalten.

Beim *Anlagensee* selbst ist beabsichtigt, die Wasserfläche nach der zur Zeit durchgeführten Entschlammung zugunsten der Grünflächen zu verringern, um einen größeren räumlichen Zusammenhang zwischen Wasserfläche und Anlagen herzustellen. Dabei ist geplant, einen Weg unmittelbar am See auch auf der Nordseite gegen die *Uhlandstraße* anzulegen.

Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig hohen Kosten für die Auffüllung soll diese Maßnahme erst im Zusammenhang mit dem Bau des *Schloßbergtunnels* mit dem dort anfallenden Material durchgeführt werden.

Auch vor der *Wildermuth-Schule* werden die Anlagen nach der bereits erwähnten Verlegung der alten *Derendinger Allee* entsprechend umgestaltet.

Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist die Neuplanung einer Anlage im Gebiet des sogenannten *Gänswasens*, dem Gelände zwischen *Gartenstraße* und *Neckar* in seiner Ausdehnung zwischen *Elektrizitätswerk* und *Umgehungsstraße*. Hier wird unter Erhaltung der natürlichen Landschaftsform des alten *Neckarbetts* mit seinem schönen Baumbestand eine Park- und Gartenslandschaft mit eingestreuten Spielflächen und Spazierwegen entstehen. Diese Planung bildet ein erstes Ersatzprogramm für die

durch den Omnibusbahnhof verlorengegangenen Grünflächen. Die Auffüllungsarbeiten im unteren Teil der geplanten Anlage sind schon durchgeführt, hier hat auch der Ruderclub „*Fidelia*“ sein neues Clubhaus errichtet.

Auch im Bereich des Wasserturms *Auf dem Kreuz* wird die bisher ungepflegte Fläche umgestaltet und als öffentliche Grünanlage eine Erweiterung des Gebiets um die *Eberhardshöhe* nach Westen bilden. Eine entsprechende Baumbepflanzung soll die in ihrem baulichen Erscheinungsbild etwas harte Form des Wasserturms durch Begrünung abschirmen. Die Arbeiten sind noch im Gange.

An der Nahtstelle zwischen Universitätsgebiet auf der *Morgenstelle* und dem neuen Wohngebiet auf der *Wanne* ist als willkommene Grünzäsur zwischen den beiden Baugebieten in dem landschaftlich besonders reizvollen Gebiet westlich und östlich des *Pfadfinderhäuschens* die großzügige Neuanlage des *Botanischen Gartens* vorgesehen.

Eine ähnliche, von der Stadtplanung schon seit Jahren angestrebte Entwicklung bahnt sich auf der Fläche zwischen *Wilhelmstraße* und *Osterberg* im sogenannten *Ziegelteile* an. Auch hier wird durch die Einbettung des Universitätssportgeländes in das Grün am Fuße des *Osterbergs* erreicht, daß die Grünfläche zwischen der Stadt und dem Vorort *Lustnau* erhalten bleibt.

Durch neue Spazierwege im Bereich der *Lichtenberger Höhe*, mit deren Ausbau 1960 unter Einsatz einer internationalen Jugendgruppe begonnen wurde, soll dieser besonders reizvolle Spaziergängerbereich in der Nähe des *Bismarkturms* noch weiter ausgebaut werden.

Die im Jahre 1958 fertiggestellten *Kinderspielplätze*

„*Im Zwingel*“ in der Altstadt,

„*An der Memmingerstraße*“ beim *Hechinger Eck*,

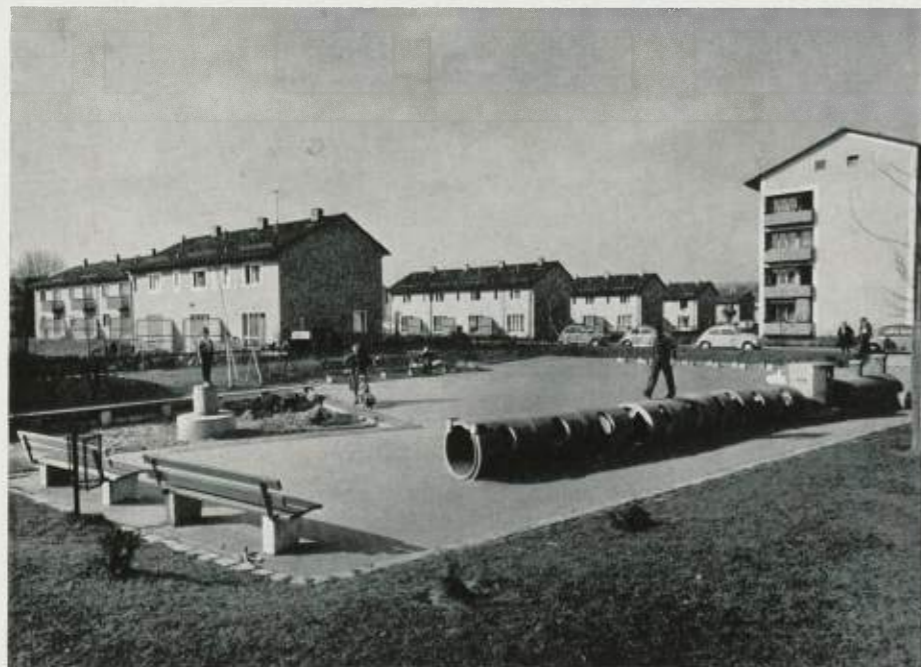
„*Am Memelweg*“ beim *Gaswerk*,

bedeuten eine erhebliche Bereicherung auf dem Gebiet der Fürsorge für die Jugend.

Als Ersatz für den auf dem Erweiterungsgelände der *Frottierweberei Lustnau* entfallenden *Sportplatz Lustnau* wurde nach verschiedenen an anderer Stelle infolge Grundstücksschwierig-



Kindergarten Galgenberg



Kinderspielplatz Memmingerstraße



Hermann-Hepper-Turnhalle mit neuem Hartplatz

keiten gescheiterten Planungen im Neckartal unterhalb der Umgehungsstraße im Jahre 1960 ein neuer Sportplatz angelegt. Zusammen mit dem durch den Sportverein Lustnau erstellten Sportheim wird die Gesamtlage mit ihrer sechsbahnigen Aschenbahn neben dem Universitätsstadion ein weiteres ideales Sportforum für alle Tübinger Sportveranstaltungen sein. Gleichzeitig wurde auch der *Schülersportplatz* bei der *Hermann-Hepper-Turnhalle* mit Rücksicht auf die besonders intensive und auch bei jeder Witterung mögliche Nutzung nach modernen Gesichtspunkten als *Hartplatz* ausgebaut. Der vor einigen Jahren angelegte Schülersportplatz auf dem Gelände südlich des Freibades soll als *Sportplatz für die TSG* ausgebaut werden. Der bisherige Platz der TSG westlich der Herrenberger Bahn ist als schulnaher Sportplatz für die drei Gymnasien an der Umlandstraße besonders geeignet.

Der Bevölkerungszuwachs der vergangenen Jahre und die damit verbundene größere Zahl von Bestattungen bedingte auch eine Erweiterung der *Friedhöfe*.

Die zunehmende Belegung des im Jahre 1948 angelegten *Bergfriedhofs* forderte dringend eine Erweiterung nach Norden. Entsprechend einer im Jahre 1958 erfolgten Gesamtplanung wird diese Erweiterungsfläche zur Zeit angelegt und mit entsprechend großem Baumbestand so angepflanzt, daß bei späterer Belegung der Grabfelder schon eine entsprechende Begrünung vorhanden ist. Während der bisher belegte Teil etwa 1400 Gräber aufnehmen konnte, wird der Friedhof nach Ausbau der jetzigen Planung für etwa 4000 Gräber Platz bieten. Außerhalb der eigentlichen Friedhofsfläche soll das gesamte übrige Gebiet des Galgenbergs als Grünfläche ähnlich wie der Nordhang des Osterbergs erhalten bleiben. Damit ist gleichzeitig eine Sicherung für eine später notwendig werdende weitere Vergrößerung des Friedhofes geschaffen.

Die planerischen Vorbereitungen für eine Neugestaltung des Zugangs und den Bau eines Aufsehergebäudes sowie für den Neubau einer Friedhofskapelle mit Aufbahrungsräumen sind zur Zeit im Gange.

Auch der *Friedhof in Derendingen* wurde im Jahre 1958 durch

Neuanlage eines Gräberfeldes nach Norden erheblich erweitert und vergrößert.

Welche Bedeutung der *Stadtgärtnerei* in diesem Zusammenhang zukommt, ist offensichtlich. Sie hatte auf ihrem bisherigen Gelände südlich des Gaswerks infolge der Bebauung des Baugebiets Galgenberg-Ost keine Ausdehnungsmöglichkeit mehr und mußte an anderer Stelle für die erweiterten Bedürfnisse neu untergebracht werden. Mit ihrer Verlegung auf das Gelände östlich des Campingplatzes, dem Neubau eines Wohn- und Bürogebäudes sowie von Gewächshäusern hat auch diese für Tübingen besonders wichtige Einrichtung eine ihrer Bedeutung entsprechende Unterbringung gefunden.

Zur Erarbeitung der planerischen Grundlagen für die staatliche, städtische und private Planung wie auch für die Baudurchführung waren umfangreiche und ins Einzelne gehende Vorarbeiten auf dem Gebiet der *Stadtvermessung* unbedingte Voraussetzung.

Sie hat grundsätzlich für die Gesamtmarkung der Stadt die öffentlichen und privaten Vermessungsarbeiten mit öffentlichem Glauben auszuführen. Hinzu kommen umfangreiche spezielle städtische Vermessungsaufgaben verschiedenster Art. Über die rd. 35 000 Einzelflurstücke und 9500 Gebäude ist nach Lage, Größe und Gestalt Buch zu führen und die Veränderungen zur Sicherung der Eigentums Grenzen zu erfassen.

Als Grundlage des Flächennutzungsplans, der Bebauungspläne und der Ortsbaupläne dienen die laufend fortgeführten Rahmenplanwerke in den Maßstäben 1:500, 1:1000 und 1:2500 mit den zugehörigen Katastern. Infolge der starken Höhenunterschiede des Geländes sind umfangreiche Vermessungsarbeiten zur Erfassung der Geländeform und Festlegung der Straßenzüge und Bauzonen notwendig. Die Neuordnung des Grund und Bodens durch Baulandumlegungen wird durch die Ausdehnung der Stadt in Außengebieten in zunehmendem Maße notwendig.

Zur Erschließung von Baugebieten wurden sechs Baulandumlegungen mit etwa 82 Eigentümern und 132 Baugrundstücken durchgeführt. Der Erfolg derartiger Umlegungen ist zur Zeit

besonders sinnfällig in der Unteren Viehweide, Im Feuerhäggle und im Hasenbühl. Hinzu kamen in den zurückliegenden sechs Jahren die laufenden Vermessungsarbeiten mit Grunderwerbs- und Vertragsvorschlägen für städtische und private Baugebietserschließungen.

Zur Umwandlung von Feldgrundstücken in Baugrundstücke, zur Vorbereitung von Grundstücksneueinteilungen und die Einleitung von Erschließungsmaßnahmen werden laufend weitere Grundstücksvorschläge, Grunderwerbspläne und Festlegungen von Straßenführungen notwendig.

Wie intensiv die Mitwirkung der Vermessung bei der öffentlichen und privaten Bautätigkeit war, wird sinnfällig, wenn man berücksichtigt, daß bei jedem Neubau oder Umbau allein im Regelfall zu sieben verschiedenen Zeitpunkten folgende Vermessungsarbeiten notwendig sind:

- Fertigung von Rohplänen über Grundstückslage und Größe mit generellen Höhenangaben als Planungsunterlage für Architekten und Baubehörde.
- Fertigung der Lagepläne, örtliche Einmessung der Geländeschnitte und Festlegung der Erdgeschoßfußbodenhöhe in bezug auf Gelände, Straße und Entwässerung.
- Mitwirkung beim Baugenehmigungsverfahren und Festlegung der neuen Grenzen.
- Übertragung der Gebäudeumrisse ins Gelände zur Aushebung der Baugrube.
- Einschneiden des Schnurgerüsts zur genauen Festlegung der Gebäudefundamente und des Mauerwerks.
- Erteilung von Bau- und Grenzbescheinigungen als Nachweis für Kreditinstitute.
- Katastermäßige Einmessung des fertigen Gebäudes mit Gebäudemessurkunde zur Übernahme in das Grundbuch und die Kataster.

So wurden in den zurückliegenden sechs Jahren Vermessungsarbeiten für etwa 1900 Neubauten mit etwa 8300 Lageplänen durchgeführt. Bei den zahlreichen öffentlichen Bauten kamen

noch erhebliche Arbeitsaufwendungen während der Planvorbereitung und während der Bauausführung für Sondervermessungsarbeiten und durch den Einsatz von Baumaschinen hinzu. Auf dem Gebiet der Katastervermessung konnten infolge des lebhaften Grundstücksverkehrs und der großen Arbeitsüberlastung nur die allerdringendsten Fälle erledigt werden.

Neben den laufenden Tiefbauvermessungsarbeiten für Straßenbau, Wasserbau, Versorgungs- und Entwässerungsleitungen waren einige technisch besonders interessante und umfangreiche Sonderaufgaben zu erfüllen wie z. B. die Vermessung der Bodenseewasserleitung, Ferngasleitung Reutlingen-Tübingen-Rottenburg, Kläranlage Tübingen, Schnarrenbergstraße, Erschließung Wanne, Feuerhäggle, Viehweide u. a., Umbau der Rottenburger Straße mit Omnibusbahnhof, ferner Bauvermessungen für öffentliche Bauten wie Unfallkrankenhaus, Bundesforschungsanstalt, Medizinische Klinik, Max-Planck-Institute oder Präzisionsmessungen für Kraftwerk Tübingen und Neckarkraftwerk Tübingen zur Wehr- und Walzenerneuerung u. a. m. Insgesamt wurden für etwa 44 Kilometer Kanäle, 28 Kilometer Wasserleitungen, 25 Kilometer Gasleitungen, 32 Kilometer Hochspannungskabel und 30 Kilometer Niederspannungskabel die Absteckungsmaße berechnet, in die Baugrube übertragen und nach Fertigstellung der Bauarbeiten in besonderen Tiefbauvermessungsplänen i. M. 1:500 eingemessen, eingetragen und in Feldbüchern registriert.

Eine weitere wesentliche Aufgabe war die des Stadtplans i. M. 1:5000 über die Gesamtmarkung und des Stadtplans i. M. 1:10 000 Auflage 1957 und Auflage 1960 mit einem völlig neuen, modernen Zeichenschlüssel samt Straßenverzeichnis und Beschreibungen.

Darüber hinaus konnte das städtische Rahmenplanwerk i. M. 1:500 in den letzten Jahren um 70 Blätter mit 840 Hektar Geländefläche erweitert werden, so daß das städtische Grundrahmenplanwerk heute 168 Blätter mit einer Gesamtgeländefläche von etwa 2020 Hektar, d. h. 45 Prozent der Gesamtmarkung, umfaßt.

Das stetige Anwachsen der öffentlichen und privaten Bautätigkeit im gesamten Stadtgebiet brachte zwangsläufig auch eine erhebliche Zunahme der Aufgaben des *Bauordnungsamtes* mit sich.

Das Aufgabengebiet umfaßt in erster Linie das Gebiet der Baupolizei. Dabei muß besonders darauf geachtet werden, daß alle nach der Bauordnung genehmigungspflichtigen Neubauten, An- oder Umbauten zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Prüfung der eingereichten Baugesuche nach den Bestimmungen der Bauordnung, Ortsbausatzung, Feuerverordnung und nach den sonstigen baupolizeilichen Bestimmungen erfordert einen erheblichen Aufwand von Zeit- und Arbeitskraft, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, daß der Zeitraum für die Genehmigung eines Bauantrags so kurz wie möglich gehalten wird.

In der Berichtszeit wurden insgesamt 2850 Baugesuche und 600 Entwässerungsgesuche bearbeitet.

Besonderes Augenmerk muß bei den heutigen modernen Konstruktionen (Stahl- und Eisenbeton) auf die notwendige Stand-sicherheit gerichtet werden, deren Nachweis durch die Vorlage von statischen Berechnungen erbracht und entsprechend geprüft wird.

Durch Überwachung des gesamten Stadtgebiets in Zusammenarbeit mit Polizei und Feldschützen sollen nicht genehmigte Bauten im Stadtgebiet unterbunden, vor allem aber das sogenannte „wilde Bauen“ außerhalb Etters, d. h. in den Außen-gebieten verhindert werden.

Neben diesen Aufgaben müssen noch folgende Arbeiten bewältigt werden:

Prüfung und Vorbereitung der Genehmigungen der Anträge zum Einbau von Spülaborten, jährlich etwa 250 Gesuche mit 1000–1200 Spülklosetts.

Durchführung der Baukontrollen während und nach Beendigung der Bauzeit mit jährlich etwa 2000 Kontrollen.

Überwachung der mechanisch-biologischen Kläranlagen und der geschlossenen Abortgruben – etwa 80 Anlagen mit viermaliger Kontrolle pro Jahr.

Überprüfung sämtlicher Gebäude mit Feuerungseinrichtungen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren.

Auch nachstehende Aufgaben gehören noch zum Tätigkeitsbereich des Bauordnungsamtes:

- Berechnung der Wohnflächen für Grundsteuerbefreiung und Grunderwerbsteuerbefreiung für den sozialen Wohnungsbau.
- Mitwirkung bei der Bearbeitung von Baudarlehensanträgen und Abrechnungen für die Lakra.
- Mitwirkung des Bausachverständigen bei der Preisbehörde für Mieten und Pachten, desgleichen bei Verständigungs-verhandlungen.
- Verwaltung der gesamten Bauregistratur, die durch die rege Bautätigkeit von den städtischen Ämtern und Privatarchitekten stark in Anspruch genommen wird.
- Gebäudeschätzungen durch den Leiter des Amtes.

Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sämtlicher auf dem technischen Sektor zusammenlaufenden Funktionen von Planung, Hochbau, Tiefbau, Vermessung und Baupolizei in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu erreichen und zur organisatorischen Bewältigung und Koordinierung der immer größer werdenden technischen Aufgabengebiete wurde im Jahre 1957 die *Baudirektion* gebildet.

Neben den bisher bestehenden Ämtern für Stadtplanung, Hochbau, Tiefbau, Vermessung und Bauordnung mit ihren bereits bestehenden Funktionen wurde zur Erledigung der immer grö-

ßer werdenden Verwaltungsaufgaben der Baudirektion das *Bauverwaltungsamt* neu geschaffen.

Ihm obliegen folgende Aufgaben:

- Verwaltungsmäßige Bearbeitung der Angelegenheiten der Baudirektion,
- Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen,
- Verwaltung des städtischen Inventars,
- Aufsicht und Verwaltung des Fuhrparks,
- zentrale Beschaffung von Brennstoff- und Reinigungsmittel,
- Berechnung von Anliegerbeiträgen, Dolenbeiträgen und Klärgebühren,
- Wohnbauförderung,
- Behandlung von Naturschutzangelegenheiten.

Auf die Neufassung der Ortsbausatzung für Anliegerleistungen vom Jahre 1957 sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Diese Entwicklung fand ihren organisatorischen Abschluß im Jahre 1960 in der Bestellung des Stadtbaudirektors zum zweiten (technischen) Beigeordneten.

Infolge des raschen bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Wachstums der Siedlungsgebiete in unserem Lande und der damit zunehmenden gegenseitigen Verflechtung auf vielen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens, zeigte sich in zunehmendem Maße das Bedürfnis für eine bessere Koordinierung der überörtlich bedeutungsvollen Planungen. Auf Grund dieser Erkenntnis war die Stadt maßgebend beteiligt an der Konstituierung der *Regional-Planungsgemeinschaft Neckar-Alb* im Juni 1958, deren Vorsitz Oberbürgermeister Gmelin übernommen hat. Stadtbaudirektor Jäger leitet die Planungsstelle. Diese Planungsgemeinschaft, in Form eines nichtrechtsfähigen Vereins mit Sitz in Tübingen, umfaßt das Gebiet der Landkreise Balingen, Hechingen, Münsingen, Reutlingen, Sigmaringen und Tübingen, mit einer Fläche von etwa 3200 Quadratkilometern und etwa 510 000 Einwohnern.

Neben diesen sechs Landkreisen gehören der Planungsgemeinschaft noch 19 Städte und Gemeinden als Einzelmitglieder an.

Die wesentlichsten Aufgaben dieser Planungsgemeinschaft sind:

- Erforschung der natürlichen, baulichen, wirtschaftlichen, verkehrspolitischen, kulturellen und sozialen Gegebenheiten.
- Aufstellung eines Entwicklungs- und Raumordnungsplanes für eine bewegliche, den baulichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen angepaßte Gesamtentwicklung des Planungsgebietes.
- Koordinierung der Planung der drei Planungsträger: Staat, Gemeinde und Privat wo diese erforderlich ist, sowie Beratung der Gemeinden bei der Ausarbeitung ihrer örtlich begrenzten Planungen.

Während die Tätigkeit der Technischen Ämter in den vergangenen Jahren gleichmäßig verteilt auf den Gebieten der Erschließung von Baugelände, der Schaffung von Wohnungen sowie dem Bau von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen lag, zeichnet sich heute schon eine Verlagerung der städtischen Bauaufgaben auf den Sektor des Tiefbaues ab. Die Aufgaben des Hochbaues sind zwar nicht geringer geworden, sie müssen jedoch in nächster Zukunft etwas zurücktreten gegenüber den kategorischen Forderungen des Verkehrs nach einem großzügigen Ausbau des Straßennetzes, der Forderung, weitere neue Wohngebiete zu erschließen und der Notwendigkeit, das infolge der starken baulichen Ausdehnung der Stadt nicht mehr leistungsfähige Kanalnetz mit einem hohen Kostenaufwand auszubauen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf die Folgen der Stadterweiterung hinsichtlich der Unterhaltung von Straßen, Kanälen, Grünanlagen usw. hingewiesen, die nicht nur einen immer größer werdenden finanziellen Aufwand erfordern, sondern auch große Schwierigkeiten wegen der fehlenden städtischen Arbeitskräfte bereitet. In den zurückliegenden Jahren sind zwar mit gutem Erfolg das Tiefbauamt und die Stadtgärtnerei mit zusätzlichen Fahrzeugen, neuzeitlichen Maschinen und Geräten ausgestattet worden, um ein rationelles Arbeiten zu ermöglichen, alle Schwierigkeiten konnten damit jedoch nicht überwunden werden.

Der Bericht der Baudirektion über die Tätigkeit der vergangenen sechs Jahre wäre aber unvollständig ohne die Zusammenstellung einiger nüchternen Zahlenangaben. Gerade daraus läßt sich der Umfang der zu leistenden Arbeit vielleicht am ehesten ablesen.

Baudirektion

Personelle Besetzung im Rahmen der Gesamtverwaltung

	Gesamte Stadtverwaltung (ohne Stadtwerte)		
	Stand 1.2.1960	Baudirektion	% Anteil
Beamte	68	21	30,8
Angestellte	286	76	26,5
Arbeiter	312	161	51,9

Anteil der Baudirektion im Rahmen des Gesamthaushalts Ordentlicher Haushalt (Rechnungsergebnis)

Ausgaben	Gesamtsumme	Anteil der Baudirektion	%
1955	13 976 000.–	4 363 000.–	31,2
1956	15 899 000.–	4 645 000.–	29,2
1957	15 214 000.–	4 666 000.–	30,7
1958	16 306 000.–	4 975 000.–	30,5
1959	18 075 000.–	6 804 000.–	37,7
1960	20 590 000.–	6 733 000.–	32,7

Einnahmen	Gesamtsumme	Baudirektion Anteil der	%
1955	14 147 000.–	2 088 000.–	14,5
1956	16 573 000.–	1 885 000.–	11,3
1957	15 776 000.–	2 110 000.–	13,3
1958	17 311 000.–	2 154 000.–	12,4
1959	18 075 000.–	2 624 000.–	14,5
1960 Planansatz	20 589 000.–	2 616 000.–	12,7

Außerordentlicher Haushalt	DM
1955	3 231 000.–
1956	3 616 000.–
1957	2 971 000.–
1958	2 823 000.–
1959	4 832 000.–
1960 Planansatz	3 615 000.–

Von den gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Stadt entfallen auf:

	Gruppe 95 Hochbau	Gruppe 96 Tiefbau	Gruppe 98 Neuanschaffungen
1955	325 000.–	743 000.–	394 000.–
1956	267 000.–	862 000.–	238 000.–
1957	204 000.–	610 000.–	242 000.–
1958	258 000.–	625 000.–	405 000.–
1959	275 000.–	1 292 000.–	421 000.–
1960 Planansatz	420 000.–	785 000.–	423 000.–
	1 749 000.–	4 917 000.–	2 123 000.–

Bauverwaltungsamt

Städtisches Inventar

	Gesamtwert	Büroeinrichtungen einschl. Schulen Büromaschinen	
1955	1 163 000.–	905 000.–	275 000.–
1956	1 321 000.–	1 046 000.–	276 000.–
1957	1 397 000.–	1 108 000.–	281 000.–
1958	1 736 000.–	1 416 000.–	322 000.–
1959	1 923 000.–	1 570 000.–	353 000.–
1960	2 005 000.–	1 640 000.–	392 000.–

Fuhrpark

1. Personal:	2 Mechanikermeister	
	18 Kraftfahrer	
2. Fahrzeuge:	6 Personenkraftwagen	5 Lastkraftwagen
	6 Müllwagen	2 Latrinewagen
	1 Wasserwagen	2 Kehrmaschinen
	1 UNIMOG	2 Meßwagen

Unterhaltungsaufwand für den gesamten Fuhrpark:

1955	etwa 93 000 DM
1956	etwa 97 000 DM
1957	etwa 100 000 DM
1958	etwa 102 000 DM
1959	etwa 109 000 DM
1960 (geschätzt)	etwa 110 000 DM

Die verhältnismäßig geringe Steigerung erklärt sich dadurch, daß die Fahrzeuge verhältnismäßig neuwertig sind und die meisten Reparaturen in der eigenen Werkstatt durchgeführt werden.

Jahresbedarf: Vergaserkraftstoff etwa 30 000 Liter
Dieselkraftstoff etwa 100 000 Liter

Beschaffung von Brennstoffen und Reinigungsmitteln

Kohlen	insgesamt	Reutlingen Abnahmevertrag m.d.Gaswerk Rtl.	Tübingen Handel
1955	rd. 25 500 Ztr.	rd. 17 200 Ztr.	rd. 8 300 Ztr.
1956	rd. 28 300 Ztr.	rd. 17 175 Ztr.	rd. 11 125 Ztr.
1957	rd. 27 000 Ztr.	rd. 17 000 Ztr.	rd. 10 000 Ztr.
1958	rd. 26 500 Ztr.	rd. 16 500 Ztr.	rd. 10 000 Ztr.
1959	rd. 26 500 Ztr.	rd. 18 000 Ztr.	rd. 8 500 Ztr.
1960	rd. 25 500 Ztr.	rd. 16 200 Ztr.	rd. 9 300 Ztr.

Heizöl

Seit dem Jahre 1956 ansteigende Tendenz wegen zunehmender Einrichtung von Ölfeuerungen.

	Heizöl extra leicht	Heizöl mittel
1955	102 000 Ltr.	104 600 kg
1956	150 500 Ltr.	105 000 kg
1957	130 000 Ltr.	120 000 kg
1958	378 000 Ltr.	150 000 kg
1959	375 000 Ltr.	150 000 kg
1960	380 000 Ltr.	130 000 kg

Jährlicher Gesamtaufwand für sämtliche Heizmaterialien	240 000 DM
Jährlicher Gesamtaufwand für Reinigung (Reinigungsmittel, Wasser, Abortentleerung)	95 000 DM
Jährlicher Gesamtaufwand für Beleuchtung	55 000 DM
Jährlicher Gesamtaufwand für Mieten	61 000 DM

Die Sammelnachweise 2, 4 und 5 weisen übersichtsmäßig folgendes aus

	SN 2 Gebäude- unter- haltung	SN 4 Gebäude- bewirt- schaftung	SN 5 Inventar- unter- haltung
1955 Rech.-Erg.	233 188.49	302 547.28	24 109.08
1956 Rech.-Erg.	217 111.80	393 018.20	27 592.31
1957 Rech.-Erg.	216 597.60	428 874.47	17 871.53
1958 Rech.-Erg.	286 529.82	419 860.47	23 999.50
1959 Rech.-Erg.	310 641.62	556 110.43	18 360.59
1960 Planansatz	242 700.—	435 830.—	23 900.—

Anmerkung: SN 4 – Heizung, Reinigung, Beleuchtung – ohne Steuern und Abgaben.

Anliegerleistungen, Beiträge, Gebühren

Es wurden erhoben

Im Rechnungsjahr 1951 (einschl. Nachholungen ab dem Rechnungsjahr 1948)	180 000 DM
Im Rechnungsjahr 1952	152 000 DM
Im Rechnungsjahr 1953	126 000 DM
Im Rechnungsjahr 1954	111 000 DM
Im Rechnungsjahr 1955	161 000 DM
Im Rechnungsjahr 1956	130 000 DM
Im Rechnungsjahr 1957	181 000 DM
Im Rechnungsjahr 1958	163 000 DM
Im Rechnungsjahr 1959	312 000 DM
	1 516 000 DM

Diese Beiträge decken jedoch nur etwa 45 Prozent der für anbaubare Straßen entstehenden Herstellungskosten.

Dolenbeiträge

Rechnungs- jahr	Bauaufwand	Dolenbeitrag	Kosten- deckung
1955	479 000.—	113 000.—	etwa 23 %
1956	701 000.—	129 000.—	etwa 18 %
1957	359 000.—	127 000.—	etwa 35 %
1958	380 000.—	142 000.—	etwa 37 %
1959	526 000.—	168 000.—	etwa 32 %

Gesamtdurchschnitt etwa 29 %

Klärgebühren

a) Allgemeine laufende jährliche Klärgebühr und laufende jährliche Gebühr für Spülaborie

Die Gebühren betragen: Allgemeine laufende Klärgebühr 1,5 v. T. des Gebäudebrandversicherungsanschlags
Laufende Gebühr für Spülaborie 10 DM je Abortsitz

Rechnungsjahr	Summe der Klärgebühren	Anzahl der Gebührenbescheide
1955	239 000.—	3100
1956	244 000.—	3300
1957	271 000.—	3700
1958	282 000.—	3900
1959	373 000.—	4100
1960	357 000.—	4300

b) Einmalige Anschlußgebühr für Spülaborie und Pissoirs in Höhe von 70 DM je Abortsitz usw.

Rechnungsjahr	Summe der Anschlußgebühren	Anzahl der Gebührenbescheide
1955	75 000.—	320
1956	75 000.—	360
1957	91 000.—	370
1958	84 000.—	380
1959	90 000.—	390
1960	86 000.—	380

c) Besondere laufende jährliche Klärgebühr

Für die Klärung von Abwässern in größerem Umfang.
Jährliches Gesamtaufkommen etwa 50 000 DM.

Hausgebühren

Für die Straßenreinigung und Müllabfuhr in Höhe von 4,3 v. T. des Gebäudebrandversicherungsanschlags.

Rechnungsjahr	Summe der Hausgebühren	Anzahl der Gebührenbescheide
1955	253 000.—	4200
1956	273 000.—	4400
1957	290 000.—	4500
1958	348 000.—	4700
1959	460 000.—	4800
1960	479 000.—	4900

Gesamtaufkommen an Haus- und Klärgebühren
z. Zt. jährlich etwa 950 000 DM.

Öffentliche Wohnungsbauförderung

In der Berichtszeit wurden verteilt
Öffentliche Mittel 9 800 000.— DM
Kapitalmarktmittel 1 650 000.— DM

Baujahr	Öffentliche Mittel	Kapitalmarktmittel
1955	1 214 600.— DM	82 000.— DM
1956	933 200.— DM	233 000.— DM
1957	1 943 000.— DM	178 000.— DM
1958	1 565 000.— DM	220 000.— DM
1959	3 249 000.— DM	692 000.— DM
1960	1 095 000.— DM	250 000.— DM

Neugeschaffene Wohnungen

Seit 1949 insgesamt 2596 Mehrraumwohnungen
40 Einraumwohnungen

Davon wurden in den Jahren 1955 bis 1960 gebaut bzw. gefördert:

1955	162 Wohnungen
1956	131 Wohnungen
1957	207 Wohnungen
1958	131 Wohnungen
1959	260 Wohnungen
1960	134 Wohnungen

1025 Wohnungen

Von dieser Zahl an öffentlich geförderten Wohneinheiten sind insgesamt rd. 375 Wohneinheiten in Familienheimen erstellt worden, während der Rest als Mietwohnungen gebaut wurde.
Von den seit 1955 geförderten 1025 Wohnungen entfallen auf:

Allgemeines Bauprogramm	619 WE
Besatzungsverdrängte	1 WE
Lastenausgleichsberechtigte	25 WE
Binnenumsiedler	74 WE
Neuumsiedler	54 WE
Sowjetzonenflüchtlinge	243 WE
Heimatlose Ausländer	1 WE
Räumung von Bunkern und Baracken	6 WE
Ungarnflüchtlinge	2 WE
	1025 WE

Stadtplanungsamt / Stadtmessungsamt

1. Übersicht über die bearbeiteten Ortsbaupläne

(Die Pläne sind jeweils dem Jahr eingeordnet, in dem sie rechtskräftig wurden.)

1955	Im Schwanzer Schwabstraße Freibad Primus-Truber-Straße Rotbad Vogtshalde
1956	Verlängerte Moltkestraße Westlicher Osterberg, Teil I, II und IV Untere Viehweide, Teil I, II und IV

Galgenberg
Galgenberg-Ost
Östliche Kastanienallee
Denzenberghalde
Westlicher unterer Herrlesberg
Östlich der Turnhalle Lustnau
Julius-Wurster-Straße

1957 Huber-/Fürst-/Memmingerstraße
Bismarck-/Schaffhausenstraße
Untere Haußerstraße (Geb. 7–37)
Corrensstraße/Im Rotbad
Schlachthausstraße/Zepelinstraße
Westlicher Osterberg, Teil III
Ecke Mühlstraße/Gartenstraße
(Gärtnerei Reibold/Germanengebäude)
Ecke Umlandstraße/Eberhardsbrücke
(Feucht/Tengelmann)
Mohlstraße
Denzenacker
Aeule

1958 Haußer-/Corrensstraße/Obere Heulandsteige
Ammertal
Schaffhausenstraße
Untere Viehweide, Teil III
Wennfelder Garten
Belthle-/Herrenberger Straße
Hundskopf, I. Abschnitt, 1. Teil
Landhausstraße
Dorfstraße Lustnau
Dorfackerschule Lustnau
Feuerhägler

1959 Bruns-/Nauklerstraße
Charlottenstraße
Wächterstraße
Hasenbühl
Mörikestraße/Ob dem Viehweide
Im Schönblick
Bismarck-/Schaffhausenstraße/Unterer Wert
Hundskopf, II. und III. Teil
Blaue Brücke
Paul-Lechler-Straße
Schickhardtstraße
Julius-Wurster-Straße
Fronsbbergstraße
Erweiterung Corrensstraße/Im Rotbad
Kleine Wilhelmstraße

1960 Wanne
Auf dem Kreuz
Hasenbühl, Teil II
Wöhrdstraße
Volksgarten
Wanne-West, Teil II
Erweiterung Galgenberg östlich
des Kindergartens
Salzwasen

2. Noch im Genehmigungsverfahren stehende Ortsbaupläne

Rottenburger Straße
Föhrberg/Herrenberger Straße
Neckarfront

Grafenhalde
Zwehrenbühl
Haußer-/Corrensstraße
Stöckle-/Herrenberger Straße
Schiller-/Wildermuthstraße
Feldweg 140
Wennfelder Garten – Erweiterung –
Denzenberghalde
Westlicher Hundskopf
Ziegeltäle

Stadtwerke		DM
1955	Neubau Trafostation Braun & Kemmler Großholz	27 000.–
1956	Neubau Trafostation Daimlerstraße	25 000.–
1958	Neubau Trafostation Täglesklinge	26 000.–
1958	Neubau Trafostation Österberg	15 000.–
1958	Neubau Trafostation Denzenberg	29 000.–
1958	Abzweigschacht Bodenseewasserleitung Sand	5 000.–
1958	Umbau Reinigerhaus Gaswerk	35 000.–
1958/60	Umbau Maschinenhalle in der Nonnen- gasse	208 000.–

3. Noch in der Bearbeitung stehende Planungen für folgende Gebiete:

Altstadtsanierung
Herbstenhof/Horemer
Buckenloh
Untere Viehweide
Aischbach/Weilersbach
Unterer Herrlesberg, Teil II
Neuhalde
Mühlbachacker
Bernhalde
Oberer Herrlesberg und Stauden

Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH		DM
1960	26 Wohnungen im Wennfelder Garten	680 000.–

Sportverein Lustnau		DM
1960	Neubau Sportheim	150 000.–

Ordentlicher Haushalt		DM
1955		325 000.–
1956		267 000.–
1957		204 000.–
1958		258 000.–
1959		275 000.–
1960	Planansatz	420 000.–

Gesamtmarkungsfläche etwa 4486 ha
Gesamtfläche der bearbeiteten Ortsbaupläne 710 ha
Das sind etwa 16 Prozent der Gesamtfläche der Gesamtmarkung.

Davon bis 1945 etwa 330 ha = 7,4 Prozent
ab 1950 etwa 380 ha = 8,5 Prozent

Hochbauamt

Stadteigene Bauten (a. o. Haushalt)		DM
1953/55	Kaufm. und Gewerbl. Berufsschule	2 950 000.–
1955	Ludwig-Krapf-Schule Einbau einer Zentralheizung	30 000.–
1954/55	Neubau Hermann-Hepper-Turnhalle	1 270 000.–
1955/58	Neubau Kepler-Gymnasium	2 650 000.–
1955/59	Neubau Bauhof Ammertal	320 000.–
1956	Kindergarten Gartenstraße 50	110 000.–
1956	Sozialamt Umbau Zentralheizung	35 000.–
1956/57	Neubau Schlachtviehmarkthalle	500 000.–
1957/59	Erweiterung Dorfkackerschule	633 000.–
1957/58	Kindergarten Galgenberg	260 000.–
1957/59	Sportplatz Lustnau	150 000.–
1958	Umbau Industriesaal	130 000.–
1959	Umbau Wirtschaftsgebäude Pauline-Krone-Heim	120 000.–
1959/60	Neubau Omnibusbahnhof Gaststätte	360 000.–
1959/60	Sportplatz Hermann-Hepper-Turnhalle	208 000.–

Im einzelnen wurden folgende Arbeiten mit einem Gesamtbetrag über 10 000 DM durchgeführt:

1955	Turnhalle Lustnau: Befestigung des Vorplatzes Turnhalle Umlandstraße: Erweiterungsbau für zwei Umkleide- und ein Geräteraum Wildermuth-Gymnasium: Generelle Instandsetzung Schule Münzgasse: Instandsetzung Pauline-Krone-Heim: Waschräume, Aborte, Dach-eindeckung Bergfriedhof: Gestaltung des Eingangs Friedhof Derendingen: Neue Leichenhalle Wilhelmstraße: Wartehalle Universität
1956	Obdachlosenheim Backofen: Neubau Tierheim: Erweiterung Mittelschule: Verbesserung der Abortanlage Bürgerheim: Dachumdeckung Pauline-Krone-Heim (Altbau): Instandsetzung
1957	Schule Derendingen: Instandsetzung Kindergarten Lustnau: Abortumbau Stadtmessungsamt: Lagerschuppen Stadtgärtnerei: Neubau Wohn- und Bürogebäude
1958	Rathaus: Be- und Entlüftungsanlage Turnhalle Lustnau: Faltwand und Teerung des Hofes Stadtbücherei: Einbau Lesesaal Bürgerheim: Uhrenanlage Bürgerheim: Heizung Pauline-Krone-Heim: Äußere Erneuerung des Altbaus Gemeindekrankenpflege: Zentralheizung Bergfriedhof: Erweiterung des Gräberfeldes Friedhof Derendingen: Bepflanzung, Wege, Zaun

1959	Obdachlosenheim Backofen: Neubau Tierheim: Vergrößerung der Wärterwohnung und Verbesserung der Außenfront Alte Schule Derendingen: Dachumdeckung und Instandsetzung am Äußeren Bergfriedhof: Erweiterung des nördlichen Gräberfeldes Haußerstraße 10/12: Dachumdeckung Neckarhalde 36: Neuer Außenputz, neue Dachdeckung samt Fensterläden Schloßbergstraße 34: Anstrich- und Instandsetzungsarbeiten
1960	Obdachlosenheim Backofen: Neubau Mittelschule: Erneuerung des Daches und Instandsetzungsarbeiten am Äußeren Turnhalle Wildermuth-Gymnasium: Einbau einer Bühnenwandfläche (Gitterträger) und Wandverkleidung. Vergrößerung der Heizflächen Hölderlinhaus: Instandsetzungsarbeiten am Äußeren, Dachumdeckung, Doppelfenster und Außenputz Pauline-Krone-Heim: Neugestaltung des Haupteingangs, Abbruch des Holzschuppens, neuer Unterstellraum für Gartenmöbel, Einfriedigung Kindergarten Derendingen: Umbau der Spielräume und Verbesserung der Abortanlagen Bauhof Schwärzlocher Straße: Verlegung des Schuppens vom alten zum neuen Bauhof Bergfriedhof: Nördliches Gräberfeld weiterer Bauabschnitt. Umzäunung des Bergfriedhofs Campingplatz: Erweiterung der Waschräume und Aborte.

Stadtgärtnerei

Aufwand nach Abzug der Einnahmen:	
1955	119 000 DM
1956	135 000 DM
1957	146 000 DM
1958	167 000 DM
1959	231 000 DM
1960	315 000 DM

Der Personalaufwand stieg von 92 000 DM im Jahre 1955 auf 196 000 DM im Jahre 1960.

Tiefbauamt

a) Straßenbau

1955	965 000 DM
1956	889 000 DM
1957	418 000 DM
1958	431 000 DM
1959	2 096 000 DM
1960	4 700 000 DM

Bauten im Einzelnen:

1955	Schnarrenbergstraße Schwabstraße Primus-Truber-Straße Steinlachelle	Neubau Verlängerung Randsteinsatz Ausbau
------	--	---

1956	Eckenerstraße Vogtshaldenstraße Galgenberg Ost Biesingerstraße Bebenhäuser Straße Wilhelmstraße	Ausbau Ausbau Ausbau Verbreiterung Umbau Verbreiterung
1957	Untere Viehweide	Ausbau des Straßennetzes
	Heinlenstraße zwischen Hechinger Straße und Steinlach Straße „Im Schwanzer“ Schlachthausstraße Schaffhausenstraße	Ausbau Ausbau Verlängerung Verlängerung bis VW-Wetzels Ausbau
	Kirchplatz Lustnau	Ausbau
1958	Neuhaldenstraße Heldstraße Staffelaufgang Österberg Windfeldstraße Derendinger Straße Mathildenstraße Sternplatz – Umgebung	Ausbau Ausbau Neubau Ausbau westl. Gehweg Gehweg Gehweg
1959	Haldenstraße Hirschauer Straße Charlottenstraße Straße „Im Schönblick“ Museumseck	Ausbau Ausbau Ausbau Ausbau Ausbau
1960	Paul-Lechler-Straße L.I.O. 370 (Rottenburger Straße) Bahnhofsvorplatz Fußgängerunterführung beim Bahnhof Omnibusbahnhof Nordringstraße FW. Nr. 140 Ostteil Parkplatz beim Freibad Wilhelmstraße	Ausbau Umbau Umbau Neubau Neubau Neubau Verbreiterung bei der Tankstelle Holl Ausbau und Gehwege Gehwege und Randsteinsätze Gehwege
	Steinlachgebiet Galgenbergstraße ganze Länge Galgenberg West	Gehwege Gehwege
	Heinlenstraße zwischen Derendinger Straße und Steinlach Eberhard-Wildermuth-Siedlung	Ausbau und Gehwege Gehwege und Randsteinsätze Gehwege
	Steinlachgebiet Galgenbergstraße ganze Länge Galgenberg West	Gehwege Gehwege
	b) Brückenbau	
1958	Straßenbrücke über die Ammer bei der Firma Zanker Fußgängersteg über die Ammer östlich der Aeulesiedlung	
1960	Mühlbachbrücke vor der Wildermuthschule Fußgängerunterführung vor der Wildermuthschule	
	c) Straßenunterhaltung	
	Bei einem Straßennetz von etwa 140 Kilometern ergibt sich ein Aufwand von etwa 3900 DM pro Kilometer im Jahr.	

d) Wasserbau und Uferschutz

1955	111 000 DM
1956	144 000 DM
1957	96 000 DM
1958	314 000 DM
1959	253 000 DM
1960	280 000 DM
1955	Eindolung Wassergraben Backofen Rückhaltebecken Elysium Iglerslohbach Eindolung, Verlängerung Neckarerbreiterung beim Schwanzer Weilersbach Teileindolung Entlastungskanal und Regenauslässe an Ammer und Goldersbach
1956	Arbachtal Uferbauten Rückhaltebecken Elysium Uferbauten und Ausräumung Uferbauten Steinlach Korrektion des Weilersbachs
1957	Rückhaltebecken Weilersbach Neubauten an Wasserläufen Eindolung Gutleuthausbach
1958	Einmündung Ammer/Neckar Unterer Neckar, Uferbauten Neckarzunge Eisenbahnbrücke Neckaruferbauten beim Tübinger Stauwehr Goldersbachkorrektur Steinlachuferbauten
1959	Iglerslohbach Eindolung Stellegraben Lustnau Neckarufer unterhalb Hirschauer Wehr Kirchgraben Lustnau Steinlachufer Gartenstadt Ammerkorrektur oberhalb Mündung
1960	Rückhaltebecken Iglerslohbach Eindolung Backofen Wehrschwelle unterhalb Kildberger Wehr

1956	Kleine Wilhelmstraße Entlastungskanal Reutlinger Straße Windfeldstraße Stellegraben Neckarhalde Dekanat Pfrondorfer Straße/Aichhaldenstraße
1957	Sieben-Höfe-Straße Entlastungskanal Reutlinger Straße Melanchthonstraße
1958	Sofienstraße Welzenwilerstraße Lindenstraße Derendingen Sieben-Höfe-Straße Derendingen – Regenauslaß – Frischlinstraße Fürststraße Justinus-Kerner-Straße Pfalzhaldenweg Kanalstraße Derendingen
1959	Pfrondorfer Straße Neuffen-/Mallestraße Regenauslaß beim Rathaus Derendingen Entlastungskanal Denzenbergstraße Kanalstück Rappenberghalde Regenauslaß Nürtinger Straße
1960	Wildermuthstraße Adler Lustnau Dorfackerstraße Stöcklestraße Fürststraße Denzenberghalde Wächterstraße

Kanalbauten in den Erschließungsgebieten

1955	Charlottenstraße Dannenmannstraße Lessing-/Klopstockweg Neuhaldenstraße Schwabstraße Vogtshaldenweg Amselweg Kanäle „Untere Viehweide“ Heinlenstraße Im Schwanzer Eckenerstraße Mohlststraße Am Apfelberg
1956	Charlottenstraße Herrlesbergstraße Hirschauer Straße Käspersloch Sonnenstraße Morgenstelle Heinlenstraße Süd Untere Viehweide Galgenberg Ost Gartenstadt Süd Eduard-Haber-Straße

e) Stadtentwässerung

1955	559 000 DM
1956	2 006 000 DM
1957	448 000 DM
1958	450 000 DM
1959	1 018 000 DM
1960	2 200 000 DM

Für die Kläranlage wurde in der Zeit von 1956 bis 1960 ein Betrag von 3 400 000 DM verbaut.

Kanalbauten im Stadtgebiet

1955	Bursagasse/Klosterberg Eisenbahnstraße Lange Gasse Mallestraße Pfrondorfer Straße Roßbergstraße
------	--

1957	Waldeckstraße Neuhaldenstraße Eckenerstraße Entlang der Ammer beim Hagellocher Weg Engelfriedshalde Zubringerkanal Braun & Kemmler Engelfriedshalde Wilhelm-Schussen-Weg Salzwasen Verlängerung Untere Viehweide Galgenberg Ost Schaffhausenstraße Verlängerung Kanal bei der Firma Zanker Baugebiet Hedinger Eck Baugebiet Im Schwanzer Hirschauer Straße
1958	Im Schönblick Obere Waldhäuser Straße Charlottenstraße Wennfelder Garten Hundskapf – Scheefstraße Schwabstraße Vöchtingstraße
1959	Mohlststraße Dannenmannstraße Backofen I Speemannstraße Baugebiet Feuerhäggle Baugebiet Wanne Auf dem Kreuz Hasenbühl

1960	Herrlesberg Burgholzweg Aischbach Hauptsammler Süd Backofen II Mohlststraße Schaffhausenstraße Salzwasen Mittlerer Burgholzweg Kupferhammer
------	--

f) Öffentliche Aborte

Neubau am Marktplatz
Neubau bei der Wildermuthschule
Neubau in der Unterführung beim Hauptbahnhof

g) Straßenreinigung

Die Kosten für die Straßenreinigung werden durch die Gebühren nicht gedeckt. Es waren deshalb folgende Zuschüsse erforderlich:

1955	73 000 DM
1956	71 000 DM
1957	99 000 DM
1958	47 000 DM
1959	82 000 DM
1960	100 000 DM

Im Zuschuß 1959 ist ein Müllwagen von 60 000 DM, im Zuschuß 1960 eine Kehrmaschine von 64 000 DM enthalten.

h) Müllabfuhr

Hier ergibt sich folgende finanzielle Übersicht:

	Einnahmen	Ausgaben	darunter Neuansch. u. Rückl.	Überschuß/ Zuschuß	berichtiger Zuschuß bzw. Überschuß
1955	151 656.–	184 988.–	35 482.–	– 33 332.–	+ 2 150.–
1956	166 917.–	161 059.–		+ 5 858.–	+ 5 858.–
1957	178 515.–	296 074.–	112 058.–	–117 559.–	– 5 501.–
1958	233 990.–	286 090.–	48 670.–	– 52 100.–	– 3 430.–
1959	261 169.–	253 127.–	30 010.–	+ 8 042.–	+ 38 052.–
1960	261 000.–	257 900.–	1 000.–	+ 3 100.–	+ 4 100.–

Bauordnungsamt

I. Baupolizei

Die Anzahl der Baugesuche, die in den letzten sechs Jahren eingereicht und bearbeitet wurden, gliedert sich wie folgt:

1955 = 426
1956 = 444
1957 = 401
1958 = 466
1959 = 518 + 241 Entwässerungsgesuche
1960 = 587 + 350 Entwässerungsgesuche

hiervon entfallen auf:

a) Wohnungsneubauten

1955 = 203 Gesuche mit 505 Wohnungen
1956 = 191 Gesuche mit 441 Wohnungen
1957 = 187 Gesuche mit 397 Wohnungen
1958 = 133 Gesuche mit 259 Wohnungen
1959 = 141 Gesuche mit 307 Wohnungen
1960 = 109 Gesuche mit 418 Wohnungen

Trotz steigender Zahl der Baugesuche infolge ansteigender Baupreise und mangels an Baugrundstücken Rückgang der Gesuche für Wohnungsbauten um etwa 30 Prozent.

b) *Fabrikneubauten und Erweiterungen*

1. *Gewerbe und Industrie*

	Bauträger	Art des Bauvorhabens
1955	Fa. Zanker	Fabrikneubau am Schleifmühlweg
	Fa. Christ. Kress	Fabrikneubau, Wilhelmstraße
	Fa. Himmelwerk	Fabrikhalle an der Derendinger Straße
	Fa. Montanwerke	Fabrikhalle, Derendinger Straße
	Fa. Sidler	Fabrikhalle, Bismarckstraße
	Fa. Jantsch	Fabrikhalle, Schaffhausenstraße
	Fa. Buchdruckerei Laupp	Anbau an den bestehenden Betrieb Herrenberger Straße
	Tübinger Chronik	Erweiterungsbau gegen die Platanenallee
1956	Fa. Zanker	Fabrikneubauten am Hagellocher Weg und Beim Kupferhammer
	Fa. Musikhaus Kreul	Fabrikneubau, Schwärzlocher Straße
	Fa. Pflumm & Kemmler	Neubau einer Kranhalle an der Reutlinger Straße
	Fa. Gebr. Möck	Fabrikneubau, Reutlinger Straße
	Fa. Montanwerke	Vergrößerung von zwei Fabrikhallen an der Julius-Wurster-Straße
	Fa. M. Jope	Fabrikneubau, Wilhelmstraße
	Fa. Gröber	Fabrikneubau, Derendinger Straße
	Fa. Heinrich Koch	Erweiterungsbau an der Christophstraße
	Fa. Bäcker-Einkaufsgenossenschaft Tübingen	Neubau Büro- und Lagergebäude
	Fa. Zinser	Neu- und Erweiterungsbau an der Friedrichstraße
1957	Fa. Zanker	Fabrikneubau zwischen Ammer- und Herrenberger Straße
	Fa. Braun & Kemmler	Fabrikerweiterungsbau vor dem Großholz
	Fa. M. Jope	Fabrikerweiterung an der Goldersbachstraße
	Fa. Majer	Fabrikerweiterung an der Schwärzlocher Straße
	Fa. Gröber	Erweiterungsbau an der Derendinger Straße
	Fa. Zinser	Geschäftshausneubau zwischen Friedrich- und Wöhrdstraße
	Fa. Schmid	Neubau einer Spritzlackierwerkstätte im Steinlachwasen
	Fa. Wetzler	Neubau Volkswagenwerkstätte, Schaffhausenstraße
	Fa. Laupp	Neubau Lichtspielhaus „Universum“ an der Keltnerstraße
1958	Fa. Egeria	Neubau eines Dampfkraftwerks
	Fa. Fritz & Sohn	Wiederaufbau der abgebrannten Sägewerkshalle
	Fa. Lamm	Neubau Lichtspielhaus an der Blauen Brücke
	Fa. Möck	Erweiterungsbau an der Reutlinger Straße

	Bauträger	Art des Bauvorhabens
1959	Fa. Zanker	Vergrößerung der Werkhalle zwischen Ammer und Herrenberger Straße
	Fa. Himmelwerk	Hallenneubau an der Julius-Wurster-Straße
	Fa. Montanwerke	Hallenneubau, Derendinger Straße
	Fa. Braun & Kemmler	Fabrikhallenerweiterung vor dem Großholz
	Fa. Egeria	Neubau Verwaltungs- und Lagergebäude
	Fa. Rösch	Erweiterungsbau und Neubau Kesselhaus
	Fa. Bühler	Erweiterungsbau, Hechinger Straße
	Fa. Schell	Neubau Werkstatt und Tankstelle an der Rottenburger Straße
1960	Fa. Möck	Lagerhalle, Reutlinger Straße
	Fa. Pflumm & Kemmler	Aufstockung des Fabrikgebäudes an der Reutlinger Straße
	Fa. Schmid	Fabrikationshalle im Steinlachwasen
	Fa. Ackel	Fabrikneubau an der Schaffhausenstraße
	Fa. Chemika	Erweiterungsbau an der Bismarckstraße
	Fa. Sauter	Fabrikneubau zwischen Ammer und Herrenberger Straße
	Fa. Zwanger	Neue Fabrikhalle im unteren Wert
	Fa. Phawügro	Lagergebäude
	Fa. Klink	Halle für Getränkevertrieb
	Fa. Henne	Abbindhalle und Zimmereiwerkstätte, Schaffhausenstraße
	Fa. Brillinger	Neubau orthopäd. Werkstätte
	Dipl.-Ing. Rilling	Geschäftshaus mit Studentenwohnheim an der Belthlestraße
<i>2. Staatliche Gebäude, Bauten der Universität, Städtische Gebäude und sonstiger Körperschaften</i>		
1955	Medizinische Klinik	Klinikneubau auf dem Schnarrenberg
	Betatron-Institut	Neubau von Institutsgebäuden im Käsenbach
	Neubau im Käsenbach	
	Universitäts-Apotheke	Neubau von Institutsgebäuden
	Astronomisches Institut	und Sternwarte auf dem Kreuz
	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere (Prof. Traub)	Neubau von Verw.-Gebäuden und Ställen
	Max-Kade-Stiftung	Neubau eines Studentenwohnheimes an der Wilhelmstraße
	Berufsunfallverband	Neubau eines Unfall-Krankenhauses im Gewand Öschle
	Kath. Kirchengemeinde mit Carlo-Steeb-Stiftung	Kirchenneubau mit Altersheim an der Pfrondorfer Straße

	Bauträger	Art des Bauvorhabens
	Ev. Kirchengemeinde	Kirchenneubau mit Kindergarten und Pfarrhaus an der Frischlinstraße
	Franz. Verwaltung	Neubau Schule am Galgenberg
	Franz. Verwaltung	Neubau Kaufhaus an der Katharinenstraße
	Franz. Verwaltung	Hotel mit Kino an der Friedrichstraße
	Stadtverwaltung	Neubau Hermann-Hepper-Turnhalle – Westbahnhofstraße
	Stadtverwaltung	Erweiterungsbau Kepler-Gymnasium, Uhlandstraße
	Stadtverwaltung	Neubau Sophie-Haug-Kindergarten, Hallstattstraße
	Stadtverwaltung	Umbau Kindergarten Gartenstraße
	Stadtverwaltung	Neubau Bauhof im Ammertal
1956	Philosoph. Institut	Neubau eines Seminargebäudes, Ecke Kepler-/Wilhelmstraße
	Frauenklinik	Aufbau eines Geschosses am bestehenden Gebäude
	Zoolog. Institut	Neubau einer zoolog. Sammlung
	Physiolog. Institut	Neubau eines Versuchstierstalles an der Gmelinstraße
	Max-Planck-Gesellschaft	Neubau eines Institutsgebäudes an der Corrensstraße
	Pensionskasse für Körperschaftsbeamte	Wohnungsbauten an der Gartenstraße
	Reutlingen	
	Stadtverwaltung	Neubau einer Schlachtviehmarkthalle an der Schlachthausstraße
1957	Physiolog. Institut	Erweiterungsbau an der Gmelinstraße
	Staatliches Gesundheitsamt	Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Kastanienallee
	Allgem. Ortskrankenkasse Tübingen	Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Kastanienallee
	Stadtverwaltung	Erweiterungsbau Dorffackerschule Lustnau
	Stadtverwaltung	Neubau Kindergarten an der Galgenbergstraße
1958	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	Mehrgeschossiges Institutsgebäude an der Waldhäuser Straße

	Bauträger	Art des Bauvorhabens
	Paul-Lechler-Krankenhaus	Um- und Erweiterungsbau
	Landkreis Tübingen	Um- und Erweiterungsbau an der Doblerstraße
	Max-Planck-Gesellschaft	3 Institutsneubauten an der Spemannstraße
	Verbindung „Guestalia“	Um- und Erweiterungsbau des Verbindungshauses
	Stadtverwaltung	Umbau Industriesaal in der Schulstraße
1959	Universität	Zentrales Fernheizwerk für die Neubauten auf dem Schnarrenberg am Rosenauer Weg
	Universitätsbibliothek	Erweiterungsbau an der Wilhelmstraße
	Land Baden-Württemberg	Schwesternheime im Käsenbach
	Med. Klinik	Zentralküche auf dem Schnarrenberg
	Med. Klinik	Neubau von Schwesternhäusern auf dem Schnarrenberg
	Physiolog.-Chem. Institut	Institutsneubau auf dem Schnarrenberg
	Astron. Institut	Neubau eines Verw.-Gebäudes
	Ev. Herbergsverein	Männerwohnheim an der Kiesackerstraße
	Kassenzahnärztl. Vereinigung	Verwaltungsgebäude an der Stiffurtstraße
	Stadtverwaltung	Umbau Wirtschaftsgebäude Pauline-Krone-Heim, Wilhelmstraße
1960	Chemisches Institut	Lothar-Meyer-Bau
		Neubau von Hörsaal- und Laborgebäude
	Studentenwerk Tübingen	Studentenwohnheim an der Charlottenstraße
	Max-Planck-Gesellschaft	Neubau eines Bibliothekgebäudes an der Spemannstraße
	Ev. Kirchengemeinde	Gemeindehaus und Glockenturm bei der Eberhardskirche
	Diözese Rottenburg	Neubau eines Studentenwohnheimes an der Hechinger Straße
	Stadtverwaltung	Neubau einer Gaststätte beim Omnibusbahnhof
	(Stiftung Frau Zundel)	Neubau Paula-Zundel-Kindergarten an der Neuhaldenstraße in Lustnau

VII. Schlacht- und Viehhof

a) Schlachtviehmarkt

Am 15. Mai 1957 ist der neue städtische Viehhof seiner Bestimmung übergeben worden. In nicht ganz zehnmonatiger Bauzeit wurde die Gesamtanlage mit einem Kostenaufwand von rd. 500 000 DM erstellt. Die Halle ist für 450 Stück Kleinvieh und 100 Stück Großvieh vorgesehen. Sie ist 73 Meter lang und 17 Meter tief. Der nordöstliche Teil (500 Quadratmeter) dient der Abhaltung des Großviehmarktes. Die Einrichtung wurde so geschaffen, daß diese Abteilung in kurzer Zeit für Ausstellungszwecke (Kleintierausstellungen usw.) hergerichtet werden kann. Im südwestlichen Teil befindet sich die Kleintierabteilung (500 Quadratmeter) mit festen Buchten und drei vollautomatischen Toledo-Viehwaagen. Die Stirnseite der Halle bildet das zweigeschossige Verwaltungsgebäude mit der Wohnung für den Viehhofverwalter.

Der Schlachtviehmarkt Tübingen gilt als Schlachtviehmarkt im Sinne des Vieh- und Fleischgesetzes. Auf ihn wurden aufgetrieben:

	1957 (6 Mon.)	1958	1959	1960
Großvieh	1290 Stück	2 541 Stück	2 801 Stück	2 822 Stück
Kälber	1338 Stück	2 268 Stück	2 375 Stück	2 594 Stück
Schweine	4395 Stück	8 424 Stück	9 191 Stück	10 178 Stück
Schafe	10 Stück	—	20 Stück	6 Stück
Ziegen	1 Stück	—	—	—

Zusammen 7034 Stück 13 233 Stück 14 387 Stück 15 600 Stück

Davon wurden an auswärtige Käufer abgegeben:

	1957 (6 Mon.)	1958	1959	1960
Großvieh	402 Stück	803 Stück	943 Stück	949 Stück
Kälber	169 Stück	240 Stück	255 Stück	326 Stück
Schweine	303 Stück	492 Stück	585 Stück	284 Stück
Schafe	—	—	—	—

Zusammen 874 Stück 1535 Stück 1783 Stück 1559 Stück

Vom 23. bis 24. Juli 1960 wurde eine Ausstellung des Kleintierzuchtvereins Tübingen durchgeführt.

b) Schlachthof

Mit der Schlachthausgesellschaft Tübingen wurde am 26. September 1956 ein Vertrag über die Benutzung des Schlachthofes abgeschlossen. Schlachthofzwang und Schlachthofordnung sind auf Grund dieses Vertrages neu geregelt worden. Der Schlachthof wird nunmehr seit 1. April 1957 auf öffentlich-rechtlicher Grundlage betrieben.

Für den Betrieb des Schlachthofes sind folgende Satzungen beschlossen und mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft gesetzt worden:

- aa) Die Satzung über die Benutzung des Schlachthofes,
- bb) die Gebührenordnung über die Benutzung des Schlachthofes und seiner Einrichtungen.

Zur Deckung der Kosten für die Schlachtier- und Fleischschau, der Trichinenschau und der unschädlichen Beseitigung genußuntauglichen Fleisches wurde am 1. September 1958 eine Fleischbeschaugebührensatzung erlassen.

Die Schlachtungen betragen:

	1955	1956	1957	1958	1959	1960
Pferde	36	1	—	—	—	—
Ochsen	248	176	104	87	61	36
Bullen	706	692	853	1 063	1 080	1 162
Kühe	407	519	551	460	428	400
Rinder	507	445	469	437	514	529
Kälber	3 563	3 271	3 113	2 867	2 721	2 789
Schweine	8 826	9 653	10 195	10 881	11 084	11 495
Schafe	419	350	363	385	463	396
Ziegen	42	13	18	22	15	68
	14 754	15 120	15 666	16 202	16 366	16 875

Obwohl die Schlachtungen im Jahr 1960 den Stand des Jahres 1938 um 33,6 Prozent überschritten haben, sind sie trotzdem nicht im gleichen Verhältnis wie die Einwohnerzahl angestiegen. Die Ursache bilden zunehmende Einfuhren von Frischfleisch und Fleischwaren durch die Fleischwarenindustrie. Während die Frischfleischimporte im Jahre 1957 61,3 Tonnen betragen, haben sie sich 1958 auf 158,2 Tonnen, 1959 auf 209,5 Tonnen und im Jahr 1960 auf 334,6 Tonnen erhöht.

Um der Gefahr der Verödung des Schlachthofes durch ständig zunehmende Einfuhren von Frischfleisch zu begegnen, wurde am 17. Mai 1957 die Satzung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das der Universitätsstadt Tübingen aus Schlachtungen außerhalb des Stadtbezirks zugeführt wird, erlassen.

Die schon seit mehr als einem Jahrzehnt immer wieder erhobene Forderung der Renovierung der Schlachthofanlagen ist zu einer der dringenden öffentlichen Aufgaben der Stadt geworden. Für die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen ist ein Aufwand von etwa 1,5 Millionen DM erforderlich.

c) Freibank

Die Städtische Freibank wurde von der Schulstraße in das neuerrichtete Gebäude der Stadtwerke, Haaggasse 35, verlegt und am 1. Oktober 1955 in Betrieb genommen. Die Freibank ent-

Schweinemarkt in der Schlachtviehmarkt Halle



hält einen Laden, einen Kühlraum und einen Fleischverarbeitungsraum.

Es wurden folgende Mengen beanstandetes Fleisch abgesetzt:

1955	14 395 kg
1956	17 373 kg
1957	18 570 kg
1958	14 638 kg
1959	17 973 kg
1960	17 161 kg

d) Lebensmittelüberwachung

Im Zuge der Neuordnung des Lebensmittelrechts in Baden-Württemberg hat das Innenministerium zum Schutze der menschlichen Gesundheit die Polizeiverordnung über die Behandlung von Lebensmitteln tierischer Herkunft vom 28. Juli 1959 – die sog. Hygieneverordnung – erlassen. Im Zusammenhang damit ist die tierärztliche Lebensmittelüberwachung durch die Bekanntmachung des Innenministeriums über die Bestellung der tierärztlichen Sachverständigen bei der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft vom 21. September 1959 und den Erlaß des Innenministeriums über die Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft durch die tierärztlichen Sachverständigen neu geregelt worden.

Auf Grund dieser Neuregelung sind durch den Stadtveternarrat im Bereich der Universitätsstadt Tübingen innerhalb eines Jahres über 1000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt worden. Während das Hauptgewicht der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung bisher bei den fleischverarbeitenden Betrieben gelegen hat, ist jetzt der Umfang der Überwachungstätigkeit bei den Lebensmittelhandlungen, Hotelküchen, Speisewirtschaften, Kantinen, Anstalten in denen Personen verpflegt werden (Universität, Kliniken, Studentenhäuser) stark gestiegen, so daß zur Bewältigung dieses bedeutenden und verantwor-

tungsvollen Aufgabengebietes die Anstellung eines zweiten Stadtveternarrates mit Wirkung vom 1. April 1960 an notwendig geworden ist.

e) Zuchtierhaltung

In dem Bestreben der Stadt, den immer weiter zurückgehenden landwirtschaftlichen Betrieben im Stadtbezirk Tübingen auch in Zukunft die Rinderzucht in zweckmäßiger und erfolgversprechender Form zu gewährleisten, wurde 1953 an Stelle der bisherigen Farrenhaltung die künstliche Besamung der Rinder zunächst auf die Dauer von 2 Jahren eingeführt. Nach Ablauf dieser Frist konnte an Hand eines umfassenden Zahlenmaterials in drei von der Stadt durchgeführten Bauernversammlungen berichtet werden, daß die künstliche Besamung sich durchweg gut bewährt hat.

Um den Landwirten Gelegenheit zu geben, sich über das Zuchtmaterial und den Betrieb der Besamungsstation zu unterrichten, veranstaltete die Stadt am 5. Juni 1955 eine Besichtigung der Besamungsstation Stuttgart-Birkach, wozu sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe eingeladen waren.

Auf Grund der guten Erfolge, welche bisher mit der künstlichen Besamung erzielt wurden, haben sich die Landwirte für die Beibehaltung dieser neuen Zuchtmethodens entschieden.

Im Weiler Waldhausen ist ein Zuchtbulle der Zuchtwertklasse II in Vertragshaltung aufgestellt.

In den Ziegenbockhaltungen Tübingen, Lustnau und Derendingen waren bis 1957 acht Zuchtböcke aufgestellt. Infolge des Rückgangs der Ziegenhaltungen konnten die Ziegenbockhaltungen auf je zwei Zuchtböcke verringert werden.

f) Städtisches Tierheim

Das am 1. Dezember 1954 dem Tierschutzverein Tübingen e.V. zum eigenverantwortlichen Betrieb übergebene Städtische Tierheim erfreut sich großer Beliebtheit. Das Tierheim war bereits im ersten Jahr seines Bestehens häufig überbelegt und mußte im



Tierheim am Großholz

Jahr 1956 mit einem Kostenaufwand von 12 000 DM erweitert werden. Für die Unterbringung der Katzen ist das Tierheim um 2 Boxen erweitert und für den Betrieb sind erforderliche Nebenräume geschaffen worden. Im Jahr 1958 war das Tierheim dem Andrang nicht mehr gewachsen. Der Tierschutzverein hat daher im Jahr 1958 aus eigenen Mitteln weiteres Gelände für Ausläufe nutzbar gemacht und mit einer Umzäunung versehen und 1959 ein separates Katzenhaus und eine Quarantänestation errichtet. Die zu gering bemessenen Wohnräume für die Familie des Tierpflegers sind mit einem Aufwand von 12 000 DM durch die Stadt erweitert worden. Für den Betrieb des Tierheimes hat der Tierschutzverein eine jährliche Entschädigung erhalten.

Belegung des Tierheims

	Hunde			Katzen		
	herrenlos	Pensions-tiere	zus.	herrenlos	Pensions-tiere	zus.
1955	72	49	121	73	15	88
1956	80	59	139	52	14	66
1957	46	110	156	74	16	90
1958	107	125	232	159	26	185
1959	78	159	237	158	46	204
1960	99	204	303	200	55	255

VIII. Stadtwerke

Die Erschließung weiterer Baugebiete, die Erstellung neuer Kliniken, Forschungs- und Lehrgebäude sowie der wachsende Energie- und Wasserbedarf der Industrie, des Gewerbes und der Haushaltungen verlangten von den Stadtwerken einen starken Ausbau der Versorgungseinrichtungen. Die Stadtwerke waren dabei bestrebt, der Entwicklung des Bedarfs voranzueilen und es zu keinen Engpässen in der Versorgung kommen zu lassen. Daneben galt es, die bestehenden Anlagen leistungsfähig zu erhalten und die Sicherheitsinrichtungen den heutigen Anforderungen anzupassen.

a) Elektrizitätsversorgung

Besonders groß war der Anstieg des Strombedarfs. Die nutzbare Stromabgabe betrug 1960: 44 Millionen Kilowattstunden und lag damit 60 Prozent über dem Stromabsatz des Jahres 1954. In den sechs Berichtsjahren wurden 4500 Stromzähler neu eingebaut. Das Versorgungsgebiet erweiterte sich durch Übernahme der Stromversorgung von Bläsibad, Bläsikelter und Steinlachwasen von der Energieversorgung Schwaben.

Zur Bewältigung des Stromanstiegs mußten in dem Berichtszeitraum 8,2 Millionen DM für Neuanlagen der Stromversorgung investiert werden.

Da das Umspannwerk der Energieversorgung Schwaben für unseren gestiegenen Fremdstrombezug nicht mehr die nötige Reserve enthält, ist der Bau eines neuen größeren Umspannwerkes bei dem Kraftwerk an der Rappenberghalde angelaufen. Die Stadt wird sich an seinen Kosten beteiligen. Einschließlich der Einrichtungen für die Verbindung dieses Umspannwerkes mit den Anlagen der Stadtwerke werden für die Stadt im ersten Bauabschnitt etwa 950 000 DM Kosten erwachsen, wozu in einem zweiten Bauabschnitt weitere 550 000 DM kommen. Das Umspannwerk wird mit 100 000 Volt beliefert werden und das jetzige Umspannwerk, das mit 60 000 Volt angepeist ist, ersetzen.

Das 15 000 Volt-Kabelnetz wurde großzügig erweitert, so daß es, ausgehend vom Kraftwerk an der Rappenberghalde, im Norden die Neubaugebiete Schnarrenberg, Wanne, Waldhäuser Höhe und Lustnau umspannt, während es im Südosten über Braun & Kemmler bis zur Frotierweberei verlängert wurde. Die beiden Wasserkraftwerke wurden durch ein weiteres Kabel miteinander verbunden, das zur Belieferung des Verteilerstützpunktes Neckarwerk, aber auch des Bahnbetriebswerks und der Industrie an der Derendinger Straße dient.

Das 5000 Volt-Kabelnetz befindet sich im Umbau auf 10 000 Volt, wodurch es in Stand gesetzt wird, die doppelte Leistung zu übertragen. Als erster Abschnitt wurde der Ammertalkabelring auf 10 000 Volt umgeschaltet.

In den neuen Siedlungsgebieten wurde von der Niederspannungsverteilung mit Freileitungen auf die Verwendung von Erdkabeln übergegangen (Hechinger Eck, Eckenerstraße, Feuerhägle, Wanne, Aeule, Kreuz, Hasenbühl).

Insgesamt wurden 37 km Hochspannungskabel und 36 km Niederspannungskabel neu in die Erde eingelegt.

In der Nähe der Firma Braun & Kemmler wurde ein Schalt haus als Knotenpunkt für die Hochspannungsversorgung des unteren Neckartals errichtet, in dem bei einer Störung der Fremdstromübernahmestelle beim Kraftwerk Rappenberghalde Notstrom aus dem 15 000-Volt-Netz der Energieversorgung Schwaben übernommen werden kann.

Zwei neue Großtransformatoren von je 2500 Kilowatt Leistung wurden in dem Kraftwerk Tübingen an der Rappenberghalde und im Umspannwerk Nonnengasse aufgestellt. Diese Transformatoren wurden mit umschaltbarem Übersetzungsverhältnis ausgelegt, so daß sie jetzt aus dem 15 000-Volt-Netz das 5000 oder das 10 000-Volt-Netz und später aus dem 20 000-Volt-Netz das 10 000-Volt-Netz versorgen können. Die vier schon vorhandenen Transformatoren gleicher Leistung wurden zu ihren Herstellern eingesandt, umgewickelt und ebenfalls umschaltbar auf die neuen Spannungen gemacht. Die Generatoren der beiden Wasserkraftwerke wurden von 5000 Volt auf 10 000 Volt umgewickelt. Durch den Übergang auf die höheren Spannungen werden die vorhandenen Hochspannungskabelnetze wesentlich höhere Leistungen übertragen können als bisher.

Um die Bedienung der Schaltanlagen des Neckarwerks einfacher und damit betriebssicherer zu gestalten, wurde die veraltete 5000-Volt-Maschinen-Schaltanlage des Neckarwerks abgebaut und mit neuzeitlichem Gerät in die Schaltanlage Werkstraße verlagert.

Zur Versorgung der Neubaugebiete wie auch zur Verdichtung der Versorgung des Niederspannungs-Verteilungsnetzes aus den Hochspannungsnetzen wurden 14 städtische Transformatorstationen neu erstellt und 13 bestehende Stationen auf höhere Leistung umgebaut. 10 neue abnehmereigene Transformatorstationen wurden an die Hochspannungsnetze angeschlossen.

In dem Berichtsabschnitt wurde die Vereinheitlichung der Stromart zu Ende geführt. Während bis zum Jahr 1955 Umstellungen von Abnehmeranlagen von Gleichstrom auf Dreh- bzw. Wechselstrom nur auf freiwilliger Basis im Wege der Vereinbarung durchgeführt wurden, wurden von da an den Hausbesitzern planmäßige Auflagen erteilt. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen diesen, den Installateuren und den Stadtwerken ist es gelungen, die planmäßige Umstellung von 1000 Häusern statt, wie vorgesehen, in fünf, bereits in drei Jahren durchzuführen. Seit Januar 1959 gibt es in Tübingen nur noch die Stromart Dreh- bzw. Wechselstrom. Das Gleichstromnetz und die Umformer- und Gleichrichteranlagen in den Werken wurden abgebaut. Besonders erfreulich ist, daß das im Übergang notwendige Nebeneinander von Drehstrom- und Gleichstromleitungen auf den Dächern der Stadt ohne einen Unfall überwunden werden konnte. Das durch den Abbau der Gleichstromerzeugungsanlagen frei gewordene Maschinenhaus des Werks Nonnengasse wurde umgebaut und enthält nun im Erd-



Transformatorstation beim Pauline-Krone-Heim

geschoß Werkstätten und in dem durch Einziehen einer Zwischendecke gewonnenen Obergeschoß Büroräume und eine große Lehrküche.

Sofort nach Abschluß der Gleichstromumstellung wurde als neue Aufgabe die Vereinheitlichung der Gebrauchsspannung durch Anpassung der Netzspannung in den Vororten an die im Stadtnetz bereits durchgeführte Normspannung 380/220 Volt in Angriff genommen, und zwar wurde mit dem Umbau des

Netzes von Lustnau von 3×220 Volt Drehstrom auf 380/220 Volt begonnen. Das Denzenbergviertel, das Aeuleviertel, die Gegend um die Wilhelmstraße und die Pfrondorfer Straße sowie die Eichhalde sind bereits umgeschaltet. Das Ortsnetz Bebenhausen wurde im Berichtszeitraum von Drehstrom 3×110 Volt ebenfalls auf 380/220 Volt umgestellt.

Während man sich in früheren Jahren mit einer gewissen Selbstverständlichkeit des Vorhandenseins der beiden Wasserkraftwerke erfreute, ergab sich in den letzten Jahren die Notwendigkeit, an den Wasserbauten des im Jahre 1911 in Betrieb genommenen Neckarwerks an der Brückenstraße und des 1928/29 erbauten Kraftwerks an der Rappenberghalde kostspielige Erneuerungsarbeiten auszuführen. Im Werk an der Brückenstraße mußten die stark abgerosteten stählernen Wehrwalzen durch neue ersetzt werden, die Bohlen des Regulierschützes des Grundablasses und des Leerschusses des Kanaleinlaufs erneuert werden. Bei diesen Arbeiten zeigte sich, daß an den beiden Wehren der Beton der Grundmauern, auf denen die Walzen aufsetzen, morsch geworden war und auf der Unterwasserseite so starke Auskolkungen aufwies, daß die Standfestigkeit in Frage gestellt war. Ähnlich schlecht war der Beton des Tosbeckens, das außerdem anscheinend durch eine Bombe im Krieg aufgerissen wurde. Es ergab sich die Notwendigkeit, die Grundmauern nach Abbruch der morschen Stellen auf der Unterwasserseite durch eisenbewehrte Betonwinkelstützmauern zu verstärken und die Betonsohle der Tosbecken zu erneuern, wobei diese eine Endmauer zur Energievernichtung erhielten. Im oberen Kraftwerk mußten die Sohle des Oberwasserkanals und die Kanalböschungen auf größeren Strecken neu betoniert werden, um Wasserverluste und Unterspülungen der Kanalwände zu vermeiden. Der Unterwasserkanal mußte fast vollständig neu ausbetoniert werden. Hier hatte das Fischen mit Handgranaten nach Kriegsende starke Schäden verursacht. Umfangreiche Reparaturen waren am rechten Ufer des Neckars unterhalb des Wehres infolge Hochwasserschäden und am Tosbecken nötig. Der Einbau einer Sohlschwelle im Neckarlauf 400 m unterhalb des Wehres, der vom Wasserwirtschaftsamt unter Kostenbeteiligung des Kraftwerks durchgeführt wurde, verhindert, daß die Hochwässer gar zu reißend unterhalb des



Gemeinderat besichtigt den Horizontal-Filterbrunnen im unteren Neckartal – links von OBM Gmelin der verstorbene Stadtrat Friesch

Wehres abströmen. Durch das Abbremsen der Strömungsgeschwindigkeit hofft man, zukünftige Uferabbrüche und Auskolkungen der Flußsohle zu vermeiden.

Die Verbesserung der Straßenbeleuchtung wurde fortgesetzt, weitere Hauptdurchgangsstraßen wurden auf Röhrenbeleuchtung umgebaut. In einer Reihe von Straßen wurden die veralteten Leuchten gegen Leuchten mit Quecksilberdampf-Hochdrucklampen ausgewechselt, die bei geringem Stromverbrauch eine hohe Lichtausbeute geben. Auf den Plätzen vor und hinter der neuen Aula, vor der Universitätsbücherei und am Adler wurden Großpilzleuchten aufgestellt. Die neue Ausfallstraße nach Rottenburg erhielt Auslegerleuchten mit Quecksilberdampflampen. Neue Straßen wurden vielfach mit Pilzleuchten und Erdkabelzuleitung versehen.

b) Gasversorgung

Der Gasabsatz ist in der Berichtszeit um 7 Prozent gewachsen und betrug 1960 6,1 Millionen cbm.

Die neu erschlossenen Baugebiete erhielten, bis auf wenige Ausläuferstraßen, Gasversorgungsleitungen. Das Gasmitteldrucknetz wurde, abweigend von dem um den Osterberg herum zur Brunnenstraße führenden Leitung, bis zur Silcherschule und von der Stuttgarter Straße bis zur Neuffenstraße in Derendingen verlängert, und Reglerstationen wurden zur Verbesserung des Gebrauchsdruckes in der Weststadt und in Derendingen angeschlossen. Insgesamt wurden 24 km neue Gashauptleitungen erstellt und 1193 Zähler neu angeschlossen.

Owohl der Bau neuer Leitungen bereits die Arbeitskapazität stark belastete, wurde systematisch an der Erneuerung des überalterten Gasrohrnetzes der Innenstadt gearbeitet, und jedes Jahr wurden einige Straßen der Altstadt aufgegraben und die alten, brüchigen Rohre durch neue, geschweißte Rohre ersetzt. Dabei wurden jeweils auch die Hausanschlußleitungen erneuert. Insgesamt wurden 4 km Gashauptleitungen und 450 Hausanschlußleitungen ausgewechselt. Das Gasrohrnetz wurde auf Undichtigkeiten abgebohrt und die gefundenen Leckstellen wurden abgedichtet.

Auf dem heute als Bauhof der Stadtwerke benützten Gaswerksgelände wurde das Ofenhaus abgebrochen und das Reinigerhaus in ein Lagerhaus für Stahlrohre und Formstücke umgebaut.

Die Neubauminvestitionen der Gasversorgung betrugen in den sechs Jahren rd. 1,8 Millionen DM.

c) Wasserversorgung

Der jährliche Wasserverbrauch hat in der Berichtszeit um vier Prozent auf 2,65 Millionen cbm und damit nicht mehr in dem starken Maße wie in den Jahren vorher zugenommen. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß nach der Erhöhung des Wasserpreises nicht mehr so sorglos mit Wasser umgegangen wird wie vorher.

Für den Ausbau der Wasserversorgung wurde der erhebliche Betrag von rund 5,2 Millionen DM ausgegeben, wovon ein beträchtlicher Teil auf die Wassergewinnung fiel, nämlich 184 000 DM auf die Fertigstellung des Horizontalfilterbrunnens im unteren Neckartal und 1,8 Millionen DM auf die Beteiligung am Zweckverband Bodenseewasserversorgung.

Der Horizontalfilterbrunnen im unteren Neckartal mit einer Pumpenleistung zwischen 60 und 70 Litern in der Sekunde liefert ein kristallklares, wohlschmeckendes Wasser, das wei-



Neue Wehrwalzen am Elektrizitätswerk Brückenstraße

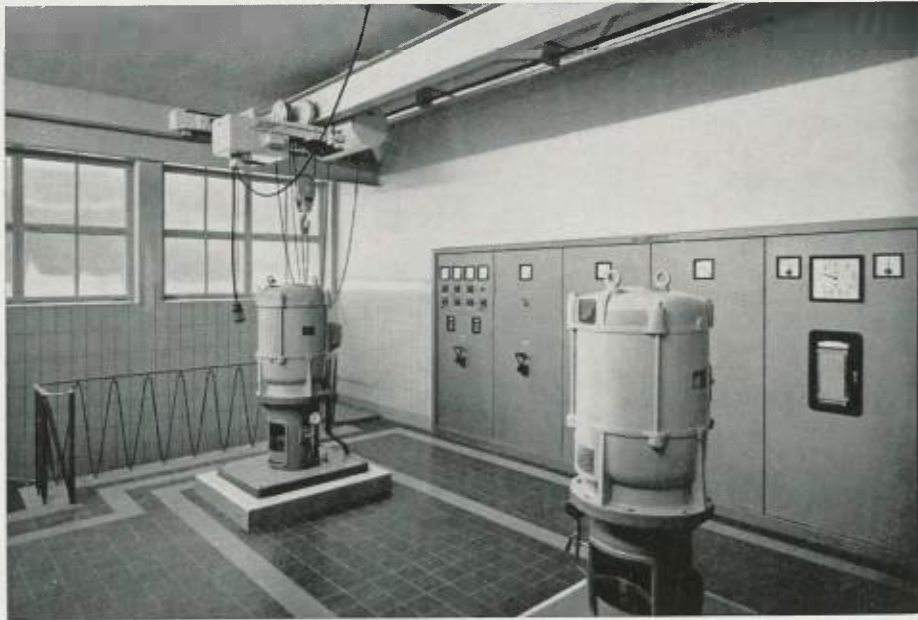
cher als dasjenige der übrigen Pumpwerke ist und noch bei allen Untersuchungen hygienisch einwandfrei war. Seine Dauerleistung liegt allerdings nur bei etwa 50 l/s, da der Grundwasserstrom der Talaue mit Rücksicht auf die Unterlieger nicht restlos ausgeschöpft werden kann.

Von der bei Tübingen vorbeiführenden Bodenseeleitung wurden Anschlußleitungen zu drei von unseren Trinkwasserbehältern, nämlich dem Niederzonenbehälter auf dem Sand, dem Hochzonenbehälter auf dem Kreuz und dem neuen Hochzonenbehälter auf dem Heuberg hergestellt. Aus diesen Anschlüssen kann eine dauernde Wassermenge von 75 l/s entnommen werden, was einem möglichen Jahresbezug von 2,4 Millionen cbm entspricht.

Durch den Bau des Horizontalfilterbrunnens und den Bodenseebezug dürfte unser Wasserbedarf auf Jahrzehnte hinaus sichergestellt sein. Außerdem ergab sich die Möglichkeit, den zu nahe am Neckar liegenden und damit bei Hochwasser nicht einwandfreien Lindenbrunnen ganz stillzusetzen und die beiden besonders hartes Wasser liefernden Pumpwerke Wildermuthbrunnen und Au II abzustellen und nur noch für den Notfall bereitzuhalten.

In der Trockenzeit des Jahres 1959 hat sich der Bodenseeananschluß bereits bewährt. Trotz der in diesen Monaten etwas erhöhten Inanspruchnahme blieb der Jahresbezug vom Bodensee innerhalb der Abnahme-Mindestverpflichtung von 1,2 Millionen cbm im Jahr. Auch im Jahr 1960 wurde die Abnahme-Mindestverpflichtung nicht überschritten.

Für die Versorgung der neuen Medizinischen Klinik, der Berufserheerntenklinik und des neuen Baugebiets Wanne wurde ein Hochzonenbehälter auf dem Heuberg mit 1000 cbm Inhalt



Maschinenhaus im Horizontalfilterpumpwerk Unteres Neckartal

neu erstellt und mit dem Niederzonenbehälter Geigerle über den Schnarrenberg mit einer Leitung verbunden. In einem Anbau an das Schieberhaus des Behälters Geigerle wurde ein Pumpwerk für Anspeisung des Behälters Heuberg aus der Niederzone eingerichtet. Seit der Fertigstellung der Bodenseeanspeisung steht dieses Pumpwerk nur noch in Reserve.

Der Hochzonenbehälter Osterberg wurde um eine zweite Kammer mit 200 cbm Inhalt vergrößert.

Um den Einsatz der Grundwasserpumpwerke, der Hochzonenpumpwerke und um die Entnahmen aus der Bodenseeleitung in der Hand zu haben und die Füllung und Entleerung der Trinkwasserbehälter zu steuern, wurde im Neckarwerk eine *Trinkwasser-Bedienungszentrale* eingerichtet. Über vieldrahtige Erdkabel können vom Neckarwerk aus die Pumpen der Grundwasserpumpwerke und der Hochzonenpumpwerke sowie die Einlaßschieber der Bodenseeanschlüsse fernbetätigt werden. Die Wasserstände der Behälter werden fernübertragen und sind in der Zentrale an Meßgeräten und schreibenden Geräten abzulesen.

Für die neuen Baugebiete wurden insgesamt 26 km Wasserhauptleitungen neu verlegt. 1100 Wassermesser wurden neu angeschlossen.

Mit der oben erwähnten Auswechslung der alten Gasleitungen in der Innenstadt wurden auch die Wasserhauptleitungen und die Hausanschlußleitungen erneuert.

d) Ausstellungsraum und Lehrküche

Im Verwaltungsgebäude wurde ein Ausstellungsraum für Strom- und Gasgeräte eingerichtet, um den Abnehmern Gelegenheit zu geben, sich ohne Kaufzwang über die neuesten Geräte unterrichten zu können. Ein Verkauf findet nicht statt, vielmehr werden die Interessenten zum Kauf an die Installateure und einschlägigen Fachgeschäfte verwiesen. Die bisher erreichte Zahl von etwa 5100 Besuchern zeigt die Notwendigkeit dieser Einrichtung.

Einen ähnlichen Anklang fand die im Erdgeschoß des Hauses Grabenstraße 15 eingerichtete provisorische Lehrküche, in der in den wenigen Jahren ihres Bestehens von der neu eingestell-

ten Haushaltsberaterin 163 Koch- und Backvorträge mit 2400 Besuchern abgehalten wurden. Die im letzten Jahr fertiggestellte neue, wesentlich größere Lehrküche in dem umgebauten Maschinenhaus wird eine Intensivierung der Kundenberatung ermöglichen.

e) Bäder

Die Neuinvestitionen betrugen 118 000 DM.

Im *Freibad* wurden Auskleide- und Toilettenräume bei der Kinderwiese erstellt und neue Auskleidezellen zwischen der Herren- und der Damen-Garderobe eingebaut. Die Kinderwiese und die Spielwiese im Westen des Bades wurden neu hergerichtet, die Spielwiese durch Zukauf der anschließenden Parzelle nach Westen erweitert.

Das Freibad hatte einen durchschnittlichen Besuch von 145 000 je Jahr mit einem Höhepunkt von 227 500 Besuchern im Jahr 1959.

Im *Uhlandbad* steigt der Besuch des Schwimmbades von Jahr zu Jahr. Er betrug 1954 noch 60 300 Besucher, dagegen im Jahr 1960 115 000. Die Wannensäler wiesen je Jahr einen durchschnittlichen Besuch von 55 000 und die Brausebäder von 48 000 auf.

f) Finanzierung der Investitionen

Die umfangreichen Anlageerweiterungen und Anlageerneuerungen sowie die Aufbringung des Eigenkapitals an der Bodenseewasserversorgung erforderten in den letzten 6 Jahren einen Betrag von 15 Millionen DM. Allein für die Verteilungsanlagen, die besonders bei der Elektrizitätsversorgung eine starke Ausdehnung erreichten, wurden seit 1955 8 Millionen DM aufgewendet. Rund 60 Prozent dieser Investitionen konnten durch eigene Mittel und Bauzuschüsse finanziert werden. Nachdem 1955 die Möglichkeit der Sonderabschreibungen nach dem Investitionshilfegesetz zu Ende ging, wurde in verstärktem Umfang die degressive Abschreibungsmethode angewandt, die gegenüber der linearen Abschreibung in den ersten Nut-

Hochbehälter Heuberg



zungsjahren zu bedeutend höheren Beträgen führt. Durch diese Abschreibungen wurden etwa 40 Prozent des Bedarfs gedeckt. Mit einem Gesamtbetrag von 6,3 Millionen DM mußten etwas über 40 Prozent des Aufwands durch Schuldaufnahmen beschafft werden. Unter Berücksichtigung der planmäßig durchgeführten Tilgungen hat sich der Gesamtschuldenstand der Stadtwerke seit Januar 1955 von 2,6 Millionen DM auf 7,4 Millionen DM erhöht. Die finanziellen Verpflichtungen für Verzinsung und Tilgung wurden dadurch stark erhöht. Das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital der Stadtwerke hat sich in dieser Zeit von 1:0,4 auf den wesentlich ungünstigeren Stand von 1:1 entwickelt.

g) Tarife

Für die *Stromversorgung* hat der Gemeinderat in den vergangenen sechs Jahren folgende Tarifänderungen beschlossen:

Der Kleinstabnehmertarif für Haushalt-Lichtstrom wurde ab 1. 1. 1956 von 42 Pfg/kWh auf 34 Pfg/kWh gesenkt.

Die Grundpreise wurden ab Juli 1958 angehoben:

beim *Haushaltstarif*
für 1 bis 5 Räume um 10 bis 20 Pfg je Raum,

beim *Gewerbekrafttarif*
für jedes halbe kW des über ein halbes kW hinausgehenden Anschlußwertes um 20 Pfg auf 2,70 DM,

beim *Landwirtschaftstarif*
für die ersten 3 ha um 20 Pfg auf 5,30 DM monatlich.

Der Arbeitspreis wurde sowohl im Haushaltstarif als auch im Gewerbe- und Landwirtschaftstarif in der ganzen Zeit unverändert auf 11 Pfg/kWh belassen. Der Strompreis für die Großabnehmer wurde durch Anwendung der vertraglichen Klausel den jeweils eingetretenen Kohlenpreisänderungen angepaßt.

Eine in jüngster Zeit vorgenommene Tarifangleichung an die marktwirtschaftliche Situation brachte den Großabnehmern eine fühlbare Preisermäßigung.

Die verschiedenen Erhöhungen der Grundpreise und auch die Preisanhebungen für Großabnehmer wurden, insgesamt betrachtet, durch den Mehrverbrauch weit überdeckt, so daß sich der Durchschnittserlös je kWh – auf die Gesamtabgabe bezogen – um 5 Prozent ermäßigt hat.

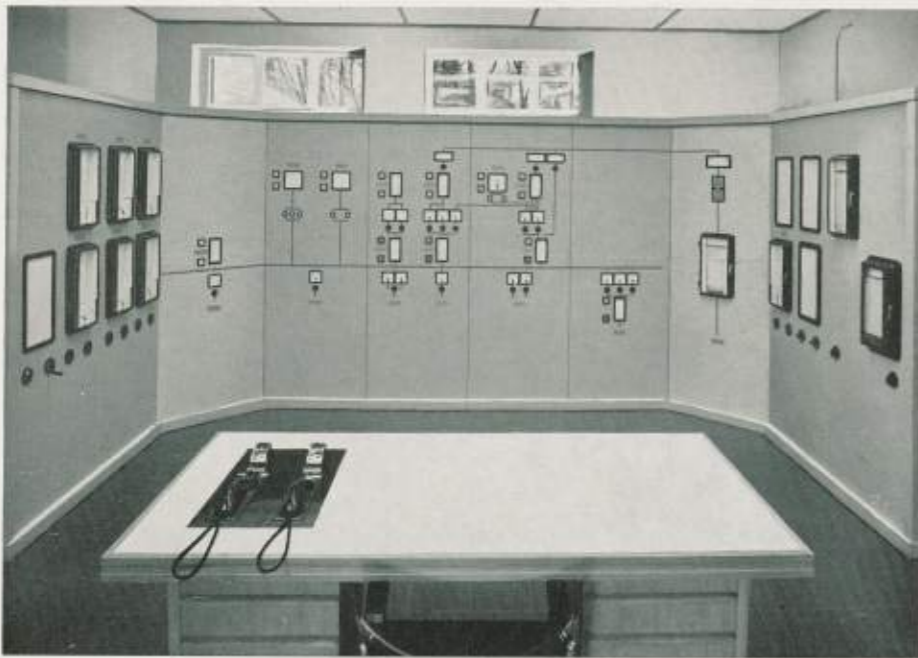
Die einzelnen Abnehmergruppen haben ihren Stromverbrauch wie folgt gesteigert:

die Haushaltabnehmer	um 105 Prozent,
das Gewerbe	um 48 Prozent,
die Landwirtschaft	um 130 Prozent,
die Großabnehmer	um 62 Prozent.

Der durchschnittliche Stromerlös je kWh hat sich ermäßigt beim Haushaltstarif um 16 Prozent, beim Gewebetarif um 9 Prozent und beim Landwirtschaftstarif um 26 Prozent. Dagegen hat sich der Stromerlös für den Absatz an die Großabnehmer in diesen Jahren durchschnittlich je kWh um etwas über 2 Prozent erhöht.

In ganz entgegengesetzter Weise haben sich die Preise für die Deckung des Strombedarfs entwickelt. Die eigene Stromerzeugung aus den beiden Neckarkraftwerken ist ihrem Umfang nach gleich geblieben, so daß der Anteil an Fremdstrombezug in den vergangenen sechs Jahren von 70 Prozent auf 84 Prozent angewachsen ist. Dieser Fremdstrom wird zu mehr als 80 Prozent in Dampfkraftwerken durch die Kohle erzeugt. Der Kohlepreis wurde in dieser Zeit nahezu um 15 Prozent erhöht. In Anwendung der vereinbarten Kohlepreisklausel wurde der Stromeinkauf ebenfalls verteuert, so daß den wesentlich gestiegenen Gesteigungskosten je kWh eine Ermäßigung des Durchschnittserlöses je abgegebener kWh gegenübersteht.

Für die *Gasversorgung* wurde ab Juli 1958 ein Grundpreistarif für den Haushaltsbedarf mit einem nach der Raumzahl gestaffelten Grundpreis und einem Arbeitspreis von 22 Pfg/cbm eingeführt und zugleich der Kleinverbrauchstarif von 29 Pfg/



Schaltraum im Neckarwerk

cbm auf 31 Pfg/cbm erhöht. Diese Tarifierhebung blieb um annähernd 8 Prozent hinter den infolge der Kohlepreiserhöhung gestiegenen Gasbezugspreisen zurück.

Der eingeführte Grundpreistarif hat ab März 1960 den Arbeitspreis auf 19 Pfg/cbm gesenkt und dafür den Grundpreis etwas angehoben, wobei für die Stadt ein Ertragsausfall von 40 000 DM hingenommen wird.

Der Wasserpreis wurde ab April 1957 von 38 Pfg/cbm auf 47 Pfg/cbm und ab November 1958 auf 70 Pfg/cbm erhöht. Diese Preiserhöhung war durch den Bezug von Bodenseewasser erforderlich geworden. Bei der Kalkulation dieses Wasserpreises hat der Gemeinderat ausdrücklich auf die Erwirtschaftung einer Verzinsung des Eigenkapitals, die bisher in einem bescheidenen Gewinn ausgewiesen wurde, verzichtet. Durch die inzwischen eingetretene Umsatzsteigerung und eine Senkung des Bezugspreises für das Bodenseewasser konnte der Preis ab Juli 1960 auf 65 Pfg/cbm ermäßigt werden.

Die Tarife für das *Umlandbad* wurden ab Februar 1959 um 10 bis 20 Pfg erhöht. Die Tarife für das *Freibad* blieben im großen ganzen unverändert; für Saisonkarten wurden sie ab 1956 um 1.50 DM bzw. 2.50 DM ermäßigt. Der Zuschuß der Stadt für jeden Badebesuch beträgt nach dem Ergebnis der letzten Jahre im Umlandbad 54 Pfg, im Freibad 66 Pfg, so daß der Besucher jeweils nur die Hälfte unserer Selbstkosten bezahlt.

h) Verbrauchsabrechnung und Hebedienst

Für die Verbrauchsabrechnung wurde gemeinsam mit den Stadtwerken Reutlingen ab 1956 das Lochkartenverfahren eingeführt. Damit war die Voraussetzung geschaffen für einen reibungslosen Ablauf des bargeldlosen Einzugs der Energie- und Wasserrechnungen durch Daueraufträge über Sparkassen und Banken. Durch fortlaufende Werbung sind Ende 1960 53 Prozent der gesamten Abnehmer für dieses rationelle und kostensparende Einzugsverfahren gewonnen worden.

Im Jahre 1958 wurde der Einzug der Verbrauchsrechnungen in sieben Stadtbezirken zunächst versuchsweise der Stadtkasse übertragen. Nachdem dieser Versuch recht erfolgreich verlief,

wurde das Verfahren ab 1959 auf weitere 17 Bezirke ausgedehnt, so daß heute die noch nicht durch bargeldlosen Dauerauftrag eingehenden Forderungen in 24 Stadtbezirken von der Stadtkasse eingezogen werden.

In Fortführung dieser Bestrebungen wurde ab Januar 1960 die bisherige monatliche Verbrauchsabrechnung auf zwei Monate ausgedehnt, ohne daß für die Zwischenmonate Abschlagszahlungen erhoben werden. Alle diese Vereinfachungsmaßnahmen wurden durch die verständnisvolle Einstellung der Abnehmer unterstützt. Auf diesem Gebiet konnten daher in den letzten Jahren starke Personaleinsparungen erzielt werden. Trotz Zunahme der Kundenrechnungen von 13 600 auf 17 450 wurde das im Außendienst eingesetzte Personal von 13 auf sechs Ableser und Geldeinzieher vermindert und auch im Innendienst eine Reduzierung durchgeführt. Die Einsparungen kommen den Abnehmern neben der Verringerung der Tarife durch Gewährung von Prämien zugute.

i) Lieferung der Stadtwerke an den Gemeindehaushalt

In den letzten sechs Jahren betragen die

	Jahres- gewinne	Konzessions- abgaben	Bäderver- luste	Lieferungen an die Stadt
1955	377 722	603 647	186 616	794 753
1956	360 036	640 259	202 925	797 370
1957	237 657	692 230	237 657	692 230
1958	232 982	681 721	222 185	692 518
1959	168 830	799 245	176 891	791 184
1960				
vorauss.	180 000	770 000	200 000	750 000
zus.	1 557 227	4 187 102	1 226 274	4 518 055

In diesen Ergebnissen kommt zum Ausdruck, daß die in den früheren Jahren für die Stadt erreichte Wirtschaftlichkeit der Versorgungsunternehmen erhalten werden konnte, wobei die umsatzabhängige Konzessionsabgabe zu Lasten des Gewinns

gestiegen ist. Wie im Abschnitt über Tarife näher dargestellt, ist diese Entwicklung des Gewinns nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß nicht nur die infolge höherer Umsätze erreichte Kostendegression in vollem Umfang den Abnehmern durch preiswerte Tarife zugeflossen ist, sondern daß darüber hinaus die durch allgemeine Preissteigerungen erwachsenen Mehraufwendungen längst nicht in ihrer Höhe durch angepaßte Tarife wieder hereingebracht werden.

Die Forderung der Gemeindeordnung, daß wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde einen Ertrag für den Haushalt abwerfen sollen, wurde in den vergangenen Jahren noch erfüllt. Bis zum Jahr 1960 wurde die steuerlich und preisrechtlich zugelassene Konzessionsabgabe erwirtschaftet, vom Jahr 1959 an allerdings nur nach Änderung der steuerlichen Bestimmungen über die Konzessionsabgabe.

Die Zusammenfassung der Versorgungsbetriebe mit den städtischen Bädern wurde nur bis 1956 steuerlich anerkannt. Nachdem der Bundesfinanzhof im Jahr 1956 die Zulässigkeit dieser Zusammenfassung verneint hat, können die Verluste der Bäder seit 1957 an den Gewinnen der Versorgungsbetriebe nicht mehr mit steuerlicher Wirkung abgesetzt werden.

Personalrat der Stadtwerke

Zum drittenmal wählten die Stadtwerke am 5. Mai 1955 einen Betriebsrat, welcher aus sieben Mitgliedern bestand. Vier Vertreter stellten die Arbeiter, je einen Vertreter die Angestellten und Beamten. Die städtischen Bäder waren durch ein Betriebsratsmitglied vertreten. Vorsitzender war Alfred Waiblinger. Die Amtszeit betrug infolge Verzögerung des Landespersonalvertretungsgesetzes 4 1/2 Jahre.

Am 27. November 1959 wählten die Stadtwerke mit den Bädern einen Personalrat. Demselben gehören ebenfalls sieben Mitglieder an, und zwar vier Arbeiter, zwei Angestellte, ein Beamter.

Vorsitzender ist wieder Alfred Waiblinger, Stellvertreter Richard Gallmeyer.

Im wesentlichen hatte der Betriebsrat die gleichen Aufgaben zu erfüllen, wie der Personalrat der Stadtverwaltung, so daß es sich daher erübrigt, sie im einzelnen aufzuzählen. Zu erwähnen ist lediglich, daß der Betriebsrat in jedem Jahr eine Betriebsversammlung durchführte, in der er der Belegschaft über seine Tätigkeit berichtete.

